

Wiener Stadt-Bibliothek.

57291 F

H 57294

Jänneh-Tanne

1924

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur
Karl Honay

Wien, Mittwoch, den 2. Jänner 1924.

Zahlung der Wagprämie. Heute vormittags war im Rathause in Gegenwart des öffentlichen Notars Dr. Stefan Schiff die Ziehung der Wasserkraftwerke-Aktiengesellschaft Obligationen, I. Emission. Der Treffer von 50 Millionen Kronen entfiel auf die Nr. 3.433.017. Der Besitzer dieser Obligation kann den Betrag am 1. Februar d. J. bei der Direktion der WAG, I., Löwelstrasse 18 oder bei einer Wiener Bank beheben.

Die Schneehüberung bei den Strassenbahnen. Am Neujahrstage musste infolge der Schneeverwehungen der Betrieb auf der Linie 167 von 8 Uhr 30 Minuten Früh bis 7 Uhr 15 Minuten abends eingestellt werden. An der Freilegung dieser Strecke von den Schneemassen wurde den ganzen Tag gearbeitet und es blieben dabei wiederholt die Schneepflüge stecken. Auch auf der Linie 60 war im Streckenteil längst der Tiergartenmauer der Verkehr infolge Schneewehens zeitweilig äußerst schwierig. Durch unausgesetzte Fahrten mit Schneepflügen bis zum Betriebsschluss und Verwendung zahlreicher Schneearbeiter gelang es dennoch den Verkehr aufrecht zu erhalten. Ähnliche Verhältnisse ergaben sich auch auf den Linien 72 (Schwechat) und 317 (Groß Enzersdorf), wo nur mit großer Mühe der Verkehr abgewickelt werden konnte. Um 3 Uhr nachmittags mussten sämtliche Schneepflüge ausfahren, um die Gleis- und Fahrbahnen von den Schneemengen zu säubern. Am Neujahrstag wurden 3047 Schneearbeiter aufgenommen.

Die voraussichtliche Schülerzahl in den nächsten fünf Jahren. Das statistische Amt der Gemeinde Wien hat eine interessante Berechnung darüber angestellt, wie groß voraussichtlich die Zahl der Schulkinder an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen der Stadt Wien in den nächsten fünf Jahren sein dürfte. Nach diesen Berechnungen wird die Zahl der Schulkinder in den nächsten Jahren unablässig zurückgehen. Am 1. Oktober 1923 wurden noch 146.215 Schüler und Schülerinnen gezählt, die sich nach Altersgruppen derart verteilen, daß bis 7 Jahre nur 12.915, von 7 - 8 Jahren nur 13.154, von 8 - 9 Jahren 17.188, von 9 - 10 Jahren 20.317, von 10 - 11 Jahren 19.969, von 11 - 12 Jahren 19.123, von 12 - 13 Jahren 20.860 und über 13 Jahre 22.699 Schüler und Schülerinnen waren. Um die Schulkinder der Jahre 1924 bis 1928 zu schätzen, wurde zunächst berechnet, wie sich die Schülerzahl vom 1. Oktober 1923 verändern dürfte. Alljährlich rücken die Kinder nach, die schulpflichtig werden. Um diesen jährlichen Zuwachs zu berechnen, wurde zunächst die Zahl der Lebendgeburten jener Jahre festgestellt, die für die Aufnahme der Kinder in die erste Klasse in Betracht kommen. Die Zahl der Lebensgeburten im Jahre 1918 war 18.610, im Jahre 1919 war sie 24.347, im Jahre 1920 bereits 27.821, stieg im Jahre 1921 auf 28.924 um im Jahre 1922 noch weiter auf 29.982 zu steigen. Um nun den Prozentsatz zu bestimmen, der angibt, wieviele Kinder eines bestimmten Geburtsjahres mit Erreichung der Altersstufe von 6 - 7 Jahren in die erste Klasse der öffentlichen Volksschulen eintreten, wurde die Zahl der Lebendgeburten der Jahre 1901 bis 1908 festgestellt, ferner die Zahl der am 1. Oktober 1907 bis einschliesslich 1914 in der Altersklasse 6 - 7 Jahre befindlichen Volksschüler. In diesem achtjährigen Durchschnitt erreichten etwas mehr als 60 Prozent aller Lebendgeborenen den Eintritt in die erste Klasse. Wird nun weiters die Zahl der infolge Vollendung des schulpflichtigen Alters und des Sterblichkeitsprozentes ausscheidenden Schüler und Schülerinnen geschätzt, so ergibt sich, daß am 1. Oktober 1924 die Zahl der Schulkinder an den öffent-

lichen Volks- und Bürgerschulen um weitere 13.000 gegenüber dem 1. Oktober 1923 sinken dürfte, so daß dann die Zahl der Schulkinder rund ^{133.000} betragen dürfte. Wenn auch nicht so stark, so sinkt die Schülerzahl in den kommenden Jahren doch ununterbrochen. Am 1. Oktober 1925 wird die Schülerzahl nur mehr 126.000, am 1. Oktober 1926 nur mehr 124.000, am 1. Oktober 1927 nur mehr 121.000 und am 1. Oktober 1928 mit 119.000 den geringsten Stand erreichen. Durch die steigende Geburtenzahl wird sich von diesem Jahre an die Schülerzahl vermehren. Am stärksten wird natürlich die Schülerzahl in den ersten Klassen ansteigen. So soll nach diesen Berechnungen die Zahl der Taferl-Klasser am 1. Oktober 1924 mit 11.237 den geringsten Stand erreichen, um ständig wachsend am 1. Oktober 1928 bereits 18.104 zu betragen. Ähnlich wird auch die Steigerung der Zahl der Schulkinder in der zweiten Klasse sich vollziehen. Am 1. Oktober 1923 besuchten diese Klasse 13.154 Schulkinder, am 1. Oktober 1928 wird ihre Zahl bereits auf 17.321 geschätzt. Aber schon bei den folgenden Klassen geht die Schülerzahl zurück. So wurden am 1. Oktober 1923 in der dritten Klasse 17.188 Kinder gezählt, während diese Zahl sich stetig vermindern am 1. Oktober 1926 schätzungsweise mit 11.143 den tiefsten Stand erreichen wird, um am 1. Oktober 1928 mit 16.705 immer noch nicht den Stand vom Jahre 1923 erreicht zu haben. Noch augenfälliger ist der Rückgang bei der vierten Schulklasse, die am 1. Oktober 1923 ^{von} 20.317 Kindern besucht war, schätzungsweise fortwährend sinkend am 1. Oktober 1927 mit 11.091 Kindern den geringsten Stand erreicht hat und am 1. Oktober 1928 mit 14.575 Kindern weit hinter dem gegenwärtigen Stande zurückbleibt.

In den folgenden Klassen wird nun nach den Berechnungen sich bis 1928 angefangen vom 1. Oktober 1924 ein ununterbrochener Rückgang der Zahl der Schulkinder ergeben. In der fünften Klasse wird für den 1. Oktober 1924 die Zahl der Schulkinder mit 20.261 geschätzt und sie soll am 1. Oktober 1928 nur mehr 11.035 betragen. In der ersten Bürgerschulklasse und der sechsten Volksschulklasse dürften am 1. Oktober 1924 noch 19.911 Schulkinder gezählt werden, am 1. Oktober 1925 dürfte eine kleine Steigerung auf 20.203 eintreten, aber am 1. Oktober 1928 sind nach den Berechnungen in diesen Klassen nur mehr 12.655 Kinder vorhanden. In den beiden letzten Klassen ist dann ein starkes Sinken der Schülerzahlen berechnet worden. Am 1. Oktober 1924 sollen die zweite Bürgerschulklasse noch 19.057 Kinder besuchen, während am 1. Oktober 1928 voraussichtlich für diese Klasse nurmehr 12.872 Kinder in Betracht kommen dürften. Die letzte Klasse, die am 1. Oktober 1924 noch 20.794 Schüler und Schülerinnen zählen dürfte, sinkt nach diesen Berechnungen am 1. Oktober 1928 auf 16.900 Kinder.

Voraussetzung ist natürlich bei allen diesen Berechnungen, daß keine stürmische Aenderung der Wanderungsbewegung und keine bedeutende Aenderung im Stande der Privatschulen, sowie im Mittelschulbesuch eintritt und sich auch die Sterblichkeitsverhältnisse nicht grundlegend ändern.

Die amtlichen Zahlen über die Wahlergebnisse. Die Abteilung für Statistik des Wiener Magistrates hat soeben eine dreifache Nummer der im Verlage der Buchhandlung Gerlach & Wiedling erscheinenden Beiträge zur Statistik der Stadt Wien herausgegeben. Dieses Heft enthält die Ergebnisse der Nationalratswahl, der Gemeinderats- und Bezirksratswahlen in Wien vom 21. Oktober 1923. Es findet sich aufgeteilt auf die Bezirke und Wahlkreise die Anzahl der männlichen und weiblichen Wähler, der ungiltigen Stimmzettel, der giltigen Stimmen aufgeteilt auf die einzelnen Parteien, die Verteilung der Mandate, die Berufsverhältnisse der gewählten Gemeinderäte u. s. w. in übersichtlicher Form geordnet. Interessant ist der Einblick in die Berufsverhältnisse der Mitglieder der Bezirksvertretungen.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y .

Wien, Donnerstag, den 3. Jänner 1924.

Neue Strassenbenennung. In der gestrigen Sitzung des Gemeinderatsausschusses für technische Angelegenheiten wurde über Antrag des GR. Jenschik der an der westlichen Einfriedungsmauer der Heil- und Pflegeanstalt Am Steinhof verlaufende Weg, der das Kleingarten- und Siedlungsgebiet „Am Rosental“ begrenzt, Rosenweg benannt.

Neue Notwohnungen in Simmering. Die Gemeinde wird in den leerstehenden Teilen der Simmeringer Baracken in der Hasenleitengasse nach dem Plane des Stadtbaumes 110 Kleinwohnungen errichten. Die Arbeiten wurden bereits vergeben und dürften die baulichen Umgestaltungen in kürzester Zeit vollendet sein. Die Kosten betragen 930 Millionen Kronen.

Für anderthalb Milliarden Kronen Pflastersteine. Um das umfangreiche Programm der Strassenherstellungen durchführen zu können, muss die Gemeindeverwaltung grosse Mengen von Pflastersteinen ankaufen, da die eigene Erzeugung in den Mauthausener Brüchen nicht genügt. So wurde in der gestrigen Sitzung des Gemeinderatsausschusses für technische Angelegenheiten für die Beschaffung von 96.900 Stück Pflastersteinen verschiedener Sorten und ungefähr 300 Kubikmeter Kleinsteinen und Schotter ein Betrag von rund 1.5 Milliarden Kronen bewilligt. Die Preise der Pflastersteine sind verschieden und richten sich je nach der Grösse. Für Formsteine werden bis zu 24.000 Kronen für einen Stein bezahlt, während gewöhnliche Würfel 8000 bis 13.000 Kronen kosten. Dazu kommen aber noch die Fuhrwerkskosten, die allein für einen Stein 550 Kronen betragen und die Warenumsatzsteuer. Die Gemeinde wird schon jetzt alles daransetzen, um die notwendigen Mengen von Pflastersteinen zu erhalten, damit die im Voranschlag vorgesehenen Strassenbauten restlos durchgeführt werden können.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 4. Jänner 1924.....

Violinunterricht an den Wiener Schulen. Bis jetzt war bereits an 14 Wiener Volks- und Bürgerschulen der Violinunterricht als Freigegenstand eingeführt. In der letzten Sitzung des Gemeinderatsausschusses für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten wurde nun auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Richter beschlossen, dass an weiteren neun Schulen der unentgeltliche Violinunterricht sofort erteilt werden soll. Der Violinunterricht wird daher an folgenden 23 Schulen als Freigegenstand erteilt: Stubenbastei 3, Schüttaustrasse 42, Sechskrügelgasse 11, Schaumburgergasse 7, Embelgasse 46, Hirschengasse 18, Stumpergasse 56, Zeltgasse 7, Pernerstorfergasse 30, Siengrinerergasse 19, Neuwallgasse 26, Reinlgasse 19, Sechshausenstrasse 71, Friedrichsplatz 4, Lorenz Mandlgasse 56, Speckbachergasse 48, Koppstrasse 75, Geblergasse 31, Cottagegasse 17, Pyrkerergasse 16, Leipzigerplatz 1, Deublergasse 19 und Kahlgasse 8.

Die Sterblichkeit im November. Insgesamt starben im November 1923 in Wien 1841 Personen. Da im Oktober nur 1818 Todesfälle gezählt wurden, ist die Zahl der Sterbefälle um 23 gestiegen. Die grösste Zahl der Todesfälle, nämlich 420, entfiel auf die Erkrankungen der Kreislauforgane.

Die Schneehäuberung. Die heute einsetzende wärmere Witterung brachte im Zusammenhang mit dem gestrigen bedeutenden Schneefall für die Gemeindeverwaltung eine schwere Arbeit. Die zu reinigende Fahrbahnfläche beträgt nämlich nicht weniger als 11.3 Millionen Quadratmeter und die Schneehäuberarbeiten wurden durch das Tauwetter arg erschwert. Die Gemeinde und auch die Strassenbahn hatten ihren ganzen Reinigungsapparat aufgeboten, wobei besonders zu bemerken ist, dass sich heute mehr als doppelt soviel Schneearbeiter gemeldet haben, als in den letzten Tagen, was auf die geringere Kälte zurückzuführen ist. Ausser allen ständigen Strassenarbeitern standen der Gemeinde noch 3574 Schneeschaufler zur Verfügung und die Strassenbahn beschäftigte 8015 Schneearbeiter. Es wurden daher heute mehr als 14.000 Arbeitskräfte aufgeboten, um die Schneehäuberung auf den wichtigsten Strassenflächen zu besorgen. Ausgezeichnet bewährte sich auch der Autoschneepflug der Gemeinde und die Lastenautos mit Anhängern zur Schneeabfuhr. Die Strassenbahn benützte 30 Motorpflüge und 15 Schneepflüge mit Pferdebespannung um die Gleise zu reinigen, während die Gemeinde 224 Schneepflüge in Tätigkeit setzte.

RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y .

Wien, Samstag, den 5. Jänner 1923.

.....
Aus dem Rathause. Der Stadtsenat wurde für Dienstag, den 8. ds. 10 Uhr vormittags einberufen.

.....
Große Installationstätigkeit der Gaswerke. Die städtischen Gaswerke haben im vergangenen Jahre eine ausgedehnte Installationstätigkeit entwickelt. So wurden allein im Monat Dezember 242 Häuser mit 3836 Wohnungen mit Mietgaseinrichtungen versehen und gegenwärtig wird in 325 Häusern mit 4417 Wohnungen an den Mietgaseinrichtungen gearbeitet. Seit Beginn der Installationstätigkeit wurden bereits 969 Häuser mit 15.710 Wohnungen mit Mietgaseinrichtungen versehen. Im Monat Dezember wurden 3088 Gasmesser neu aufgestellt und 253 Neuanschlüsse und Zuleitungen von Gas durchgeführt. Auch die Verwendung von Gasgeräten steigt ununterbrochen. So haben die städtischen Gaswerke im Monat Dezember 2141 Gaskocher, 1232 Bratrohre, 352 Gasbügeleinrichtungen, 188 Aufsatzherde 363 Doppelhähne und 49 Heizöfen verkauft.

.....
Die Schwierigkeiten der Schneebeseitigung. Der Fuhrwerksbetrieb der Gemeinde Wien hat seit dem Beginne des Schneewetters alle verfügbaren Kräfte in den Dienst der Schneebeseitigung gestellt. Einschliesslich des heutigen Tages wurden rund 45.000 Arbeiterschichten, 2400 Schneepflugschichten und 2600 Fuhrwerksschichten für die Schneebeseitigung geleistet. Insgesamt gelangten bis heute mittels Fuhrwerk und Handwagen rund 120.000 Kubikmeter Schnee zur Abfuhr. Diese Menge wurde vor allem aus den engeren und verkehrsreichen Strassen der inneren Bezirke weggeführt. Dem gegenüber ist natürlich die Menge des Schnees, die abgeführt werden müsste, um in den mehr als 1000 km langen Strassen der Stadt klaglose Zustände zu erreichen, eine außerordentlich bedeutende. Man schätzt die Schneemenge in den Strassen Wiens auf ungefähr 6 Millionen Kubikmeter. Es ergebe dies einen pyramidenförmigen Schneehaufen von der Höhe des Rathhausturmes, also rund 100 m hoch, der die zehnfache Fläche des Rathauses einnehmen würde. Zur Abfuhr dieser Schneemenge müssten durch zehn Tage ununterbrochen mindestens 20.000 Fuhrwerke arbeiten, eine Zahl, die selbstverständlich nie zu bekommen wäre. Dazu kommt noch, daß eine solche gigantische Zahl von Fuhrwerken derartige Verkehrsschwierigkeiten auslösen würde, daß schon aus diesem Grunde eine Verwirklichung unmöglich ist. Es würden nämlich diese Wagen, wenn man sie aneinander reiht, etwa 160 km lang sein, also einer Strecke gleich kommen, die noch fünf km über Mürzzuschlag hinausreichen würde. Selbstverständlich würden sich für die Gemeindeverwaltung ganz ungeheure Ausgaben ergeben. Da für ein Fuhrwerk täglich 300.000 K bezahlt werden müssen, so würde die Ausgabe allein für Fuhrwerkskosten rund 60 Milliarden Kronen betragen. Aus diesen Zahlen ist also ersichtlich, wie gewaltig dieser Schneefall war und wie groß die Arbeit ist, die der Gemeinde aus der Schneesäuberung erwächst.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 7. Jänner 1924.

Die Milchpreise werden erhöht. Heute vormittags hielt die Sektion für Milchwirtschaft in der Österreichischen Landwirtschaftsgesellschaft eine Besprechung zwischen den ländlichen Produzenten und den Milchhändlern ab. Es wurde der Preis für einen Liter Milch infolge der Steigerung der Warenumsatzsteuer und der Frachtgebühren von 4000 auf 4200 Kronen erhöht. Der erhöhte Preis wird am Donnerstag, den 10. d. wirksam werden. Von diesem Tage an kostet der Liter Milch aus den Grossmolkereien 5440 Kronen, der Liter Händlermilch pasteurisiert 5360 Kronen und nicht pasteurisiert 5060 Kronen.

Die Wählerverzeichnisse. Nach der Nationalratswahlordnung werden im Monat Jänner die Wählerverzeichnisse der letzten Nationalratswahl für das Jahr 1924 richtiggestellt. Diese Richtigstellung erfolgt nach dem Stande vom 1. Jänner 1924 auf Grund der dem Magistrate zu Gebote stehenden Behelfe. Ausserdem werden in die Wählerverzeichnisse neu aufgenommen alle österreichischen Bundesbürger ohne Unterschied des Geschlechtes, die im Laufe des Jahres 1923 das zwanzigste Lebensjahr erreicht, im Gemeindegebiete von Wien am 1. Jänner 1924 ihren ordentlichen Wohnsitz haben und nicht vom Wahlrecht ausgenommen sind, ferner alle Personen, die die Wahlberechtigung seit der Anlegung der Wählerverzeichnisse durch den Erwerb der Bundesbürgerschaft erlangt oder durch den Wegfall des Ausschliessungsgrundes wieder erlangt haben, weiter alle Wahlberechtigten die ihren ordentlichen Wohnsitz erst nach dem 31. Juli 1923 nach Wien verlegt haben oder deren Namen trotz ihrer Wahlberechtigung nicht in den Wählerverzeichnissen der letzten Wahl enthalten sind und schliesslich werden alle Wahlberechtigten, die ihren ordentlichen Wohnsitz, unter dem sie im Wählerverzeichnis der Wahl vom 21. Oktober 1923 eingetragen sind, innerhalb Wiens gewechselt haben, in das örtlich zuständige Wählerverzeichnis (Sprengelverzeichnis) eingetragen. Die Eintragung aller dieser Personen in das Wählerverzeichnis erfolgt jedoch nur dann, wenn sie die für die Beurteilung des Wahlrechtes erforderlichen Nachweise bis längstens 20. Jänner 1924 dem magistratischen Bezirksamte des Wohnortes vorlegen. Bis zu diesem Zeitpunkte können auf gleiche Art Richtigstellungen der Eintragungen des Wählerverzeichnisses der Nationalratswahl 1923 geltend gemacht werden. Jeder Wahlberechtigte ist verpflichtet, zugleich mit der Vorlage des Nachweises ein in alle Rubriken vollständig und deutlich ausgefülltes Wähleranlageblatt abzugeben. Als Nachweise des Wahlrechtes sind erforderlich wegen des Wohnsitzes der Meldezettel, wegen der Bundesbürgerschaft und des Alters der Heimatschein einer zur Republik Oesterreich gehörigen Gemeinde, Optionsdekrete, Tauf- oder Geburtsschein und Trauungsschein sowie alle anderen amtlichen Urkunden aus denen das Alter und die Bundesbürgerschaft unzweifelhaft zu entnehmen sind. An Stelle des Meldezettels haben jene Wahlberechtigten, die in das örtlich zuständige Sprengelverzeichnis aufgenommen werden wollen, eine polizeiliche Bestätigung über die Wohnung am 1. Juli 1923 und am 1. Jänner 1924 beizubringen. Die erforderlichen Drucksorten können bei den magistratischen Bezirksämtern und bei der Magistratsabteilung 49 im Neuen Wiener Rathause unentgeltlich behoben werden.

Das singende Kind. Im Deutschen Verlag für Jugend und Volk, Wien I. Burg-ring 9, sind für unsere Jugend vorläufig drei reizende Kinderlieder in der von Michael Bakos geschaffenen Sammlung „Das singende Kind“ erschienen. Die Texte hat der bestbekannte „Märchenonkel“ Schriftsteller Karl Schreder geschrieben. Sie tragen der Absicht, den Text durch rhythmische Bewegungen auszudrücken, Rechnung, so dass die Kinder das Lied aus sich selbst heraus erleben müssen. Dazu kommt die gleichwertige Vertonung durch Ludwig M. Sedlaczek, einfache Melodien, die in das Ohr gehen, eine prachvolle Begleitung, die namentlich für Aufführungszwecke geschrieben ist. Die Lieder sind geeignet neue Bahnen im Singen zu erschliessen und wertvolles Erziehungsmittel zu werden.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z .

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y .

Wien, Dienstag, den 8. Jänner 1924.

.....
Keine Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten. Am Donnerstag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim amtsführenden Stadtrat Hugo Breitner.

.....
Die Arbeit des Wohnungsamtes im Jahre 1923. Bei der Beratung der Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen und Sozialpolitik im Gemeinderat gab amtsführender Stadtrat Weber ein anschauliches Bild über die Tätigkeit des Wiener Wohnungsamtes. Es waren Ende Dezember rund 20.000 Wohnungssuchende als dringend vorgemerkt. Darunter befanden sich ungefähr 800 Familien und Einzelpersonen, deren Wohnbedarf äußerst dringend ist, weil sie entweder bereits Obdachlos sind oder von der Obdachlosigkeit bedroht werden. Da im Jahre 1924 die Gemeinde Wien für Wohnhausbauten rund 600 Milliarden bereit gestellt hat, so werden in diesem Jahre ungefähr ⁷⁰⁰⁰ Wohnungen vom Wohnungsamte vergeben werden, so daß diese Notstandsfälle in den nächsten Monaten beseitigt sind. Die Gemeinde hat auch im Jahre 1923 ein umfangreiches Bauprogramm erstellt und es wurden 2175 Wohnungen neu gebaut und bereits vergeben. Gegenwärtig sind vom Bauprogramm des vergangenen Jahres noch 1869 Wohnungen unvollendet; sie werden bis längstens Mai 1924 fertig sein. Seit dem Jahre 1919 hat die Gemeinde Wien insgesamt 7250 Wohnungen gebaut. Außerdem wurden durch das Ablöseverfahren dem Wohnungsamte 154 Wohnungen zur Verfügung gestellt. Im Jahre 1923 sind ungefähr 13.3 Milliarden Kronen an Ablösebeträgen für Überzählige meist zur Zuweisung nicht geeignete Wohnräume geleistet worden. Die Gemeinde hat dann außerdem dem Wohnungsamte durch die Ersatzaufführungen, die sie bei jenen Häusern vornehmen ließ, die Reparaturen erforderten, die jedoch von den Hausbesitzern nicht vorgenommen wurden, 1210 Wohnungen, 52 Geschäftslokale und drei Werkstätten erhalten. Durch die Anforderungen wurden 4555 Wohnungen und Wohnräume erfasst. Die Zahl der Anforderungen ist infolge des verschlechterten Anforderungsgesetzes beträchtlich zurückgegangen. Gegenüber dem Jahre 1922 wurden um rund 3000 Anforderungen weniger durchgeführt. Durch die Uebersiedlungshilfe, die im Jahre 1923 eingeführt worden ist, konnte das Wohnungsamt 75 Wohnungen zuweisen. Diese Einrichtung ist vor allem wegen ihrer guten moralischen Seite sehr begrüßenswert. Stark zugenommen hat im vergangenen Jahre auch der Wohnungstausch. Vom 1. Jänner bis zum 31. Oktober 1923 wurden 10.563 Wohnungstauschsuchen und Wohnungsumschreibungen durchgeführt. Durch diese Einführung konnten viele Familien, die beim Wohnungsamte als dringend wohnbedürftig vorgemerkt waren, befriedigt werden. Das neue Mietengesetz schrieb der Gemeinde die Errichtung von Schlichtungsstellen vor, die über die Zinsbildung und die verschiedenen Mietstreitigkeiten vorzuentcheiden haben. In jedem Gemeindebezirk wurde eine solche Schlichtungsstelle errichtet. Diese Stellen erhielten bis Ende Oktober 1923 insgesamt 13.856 Ansuchen, von denen 4798 durch Vergleich und 7126 durch Vorentscheidung erledigt werden konnten. Die Erhöhung des Instandhaltungszinses wurde in 2328 Fällen verlangt, davon erhielten 479 eine Erhöhung des Friedenszinses bis auf das 200fache, 1358 bis auf das 500fache und 491 bis auf das 1000fache und darüber hinaus zugebilligt. Da in Wien rund 44.000 Häuser sind, so ergibt sich, daß nur für rund fünf Prozent aller Häuser eine Erhöhung des Instandhaltungszinses bei diesen Schlichtungsstellen angestrebt worden ist. Die umfangreiche Bautätigkeit der Gemeinde im Jahre 1924, durch die mehr als 7000 neue Wohnungen geschaffen werden, wird sicherlich die schwierige Arbeit des Wohnungsamtes wesentlich erleichtern.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 8. Jänner 1924. Abendausgabe.

Die telefonische Verbindung zwischen dem Bürgermeister und dem Polizeipräsidenten. In einigen Tageszeitungen wurde die Tatsache, dass von der Polizeidirektion zum Bürgermeister eine eigene telefonische Verbindung besteht, zum Anlass einer besonderen Kritik genommen. Demgegenüber sei festgestellt, daß diese Verbindung immer bestanden hat, so wie auch das Bundeskanzleramt (Ministerium des Innern) mit der Polizeidirektion direkt verbunden ist und früher auch die Statthalterei eine eigene Leitung hatte. Vor ungefähr zwei Jahren wurde die Verbindung zwischen der Polizeidirektion und dem Bürgermeister zeitweilig unterbrochen. Es hat sich jedoch inzwischen ergeben, daß der Aktenverkehr weit kostspieliger und zeitraubender ist, weshalb der alte Zustand des meist telefonischen Verkehrs, wie er zwischen dem Ministerium des Innern (dritte Instanz) und der Polizeidirektion seit jeher besteht, auch zwischen dem Polizeipräsidium und dem Bürgermeister (zweite Instanz), wiederhergestellt wurde.

Rathauskorrespondenz

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y .

Wien, Mittwoch, den 9. Jänner 1924.

Ein Empfang der Volksoperjubilare im Rathaus. Anlässlich des 25jährigen Jubiläums der Volksoper empfing Bürgermeister Seitz die Mitglieder dieses Theaters im Rathaus. Es waren erschienen die Verwaltungsräte der Volksoper Rudolf Krauß, Berthold Storfer und Robert Metzger, ferner die Direktoren Felix Weingartner und August Markovski. Vom Präsidium des Volksopervereines waren Anton Baumann, Leopold Tomola und Regierungsrat Kulhanek, von der Gemeinde die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, die Stadträte Richter, Speiser, Professor Tandler, Rummelhardt und Frau Dr. Motzko erschienen. Die Jubilare und die Ältesten Mitglieder der Volksoper waren zahlreich dem Ruf des Bürgermeisters gefolgt.

Bürgermeister Seitz begrüßte die Gäste und gedachte der dankenswerten Verdienste der Verwaltungsräte der Volksoper, die während der schwierigsten Jahre aufopfernd und erfolgreich den Bestand des Instituts gesichert haben, ferner der hervorragenden künstlerischen Verdienste der Direktoren. Die Stadt Wien erachte es als hohe Ehre einen Künstler, wie Felix Weingartner, an der Spitze ihrer Volksoper zu sehen. Den beiden Direktoren Weingartner und Markovski sei es zu danken, daß durch die Volksoper ein Kunstinstitut ausgebaut wurde, das auch den breiten Massen gute Operaufführungen sichere. Wenn man der künstlerischen Erfolge der Volksoper gedenke, dürfe nicht vergessen werden, daß sie nur durch das einträchtige Zusammenwirken des gesamten Personales von den ersten darstellenden Künstlern bis zu den letzten Hilfskräften ermöglicht worden sind. Direktor Weingartner dankte namens der Direktion dem Bürgermeister für die warmen Worte und würdigte vor allem die großen Leistungen des Verwaltungsrates. Namens dieses dankte Herr Rudolf Krauß für das gute Einvernehmen mit der Direktion. Der Präsident des Vereines, Anton Baumann gab einen historischen Rückblick über die Entstehung und Entwicklung des Theaters, worauf Stadtrat Rummelhardt den Bürgermeister die Gefolgschaft seiner Partei bei der Förderung der Volksoper zusicherte, da Wohltätigkeit, Schule und Kunst unbeirrt von jeder Parteipolitik geleitet werden müssen. Schliesslich dankten noch die Vertreter der erschienenen Mitglieder dem Bürgermeister für die freundliche Einladung.

Die Lizenzen des Lohnfuhrwerksgewerbes. Im Kriege und auch einige Zeit nach dem Kriege übten infolge des Futtermangels viele Lohnfuhrwerker ihr Gewerbe nicht aus. In den letzten Jahren ist wohl eine Besserung eingetreten, immerhin sind noch ungefähr 400 Lizenzen vorhanden, die nicht ausgeübt werden. Nach den gesetzlichen Bestimmungen muss der Magistrat diese Lizenzen einziehen, wenn sie durch sechs Monate nicht ausgeübt werden. Da nun viele diese Lizenzen bereits seit Jahren nicht ausgeübt werden und auf dem Gebiete des Fuhrwerkswesens fast normale Verhältnisse herrschen, hat der Magistrat eine Überprüfung der Lizenzen vorgenommen. Dabei wurde festgestellt, daß diese Lizenzen vielfach an gewerbefremde Personen übergegangen waren, so daß Kaufleute, Bankdirektoren u.s.w. Fuhrwerkslizenzen verwahrten, um zu gelegener Zeit ein Geschäft damit zu machen. Der Magistrat hat nun in solchen Fällen die Lizenz eingezogen, aber dort, wo es sich um Fuhrwerkerfamilien, Witwen von Fuhrwerksbesitzern und ähnlichen berücksichtigungswürdigen Fällen handelte, sie auch dann belassen, wenn sie schon länger, als es die gesetzliche Frist vorschrieb, nicht ausgeübt wurden. Von den 400 beanstandeten Lizenzen wurden rund 200 eingezogen. Dagegen haben einige Lizenzbesitzer an das Ministerium rekuriert und es wurde diesem Rekurse stattgegeben. Merkwürdig ist, dass sich darunter auch ein Bankdirektor befindet, der nicht weniger als acht Lizenzen besitzt, die nicht ausgeübt werden und die nun durch die Entscheidung der vorgesetzten Stelle nicht eingezogen werden können. In diesem Zusammenhange wurde auch behauptet, daß die kommunalen Steuern die Ausübung der Fuhrwerkerlizenzen erschweren. Dem gegenüber wird festgestellt, daß Fiaker und Einspänner überhaupt keine Steuern an die Gemeinde zu zahlen haben. Auch die Standplatzabgabe wird seit fast drei Jahren nicht mehr eingehoben und es ist nur für unnummerierte Equipagen eine Steuer von 400.000 K jährlich zu zahlen. Auch die

Keine Gemeinderatsitzung in dieser Woche mehr, keine Sitzung des Wiener Gemeinderates statt.

Pferdebesitz wird nur für Lohnfuhrwerker abgehoben. Für Autotaxi ist jährlich eine Steuer von 720.000 K zu zahlen, die von der in der letzten Zeit beschlossenen Erhöhung der Automobilsteuer unberührt bleibt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 9. Jänner 1924. Abendausgabe

Herabsetzung des Nachttarifes im Kraftstellwagen. Seit dem Wiederaufnahme des Tagverkehrs mit Kraftstellwagen wurde probeweise die einmännige Besetzung der Wagen eingeführt, bei der die Arbeit des Schaffners von dem Fahrer besorgt wird. Diese Vereinfachung hat sich gut bewährt und soll nun auch im Nachtverkehr eingeführt werden. Die durch diese Reform erzielte Ersparnis an Personalkosten soll dem Publikum zugutekommen. In der letzten Sitzung des Gemeinderatsausschusses für die städtischen Unternehmungen wurde über Antrag des Gemeinderates Michal beschlossen, daß eine Änderung der Teilstrecken und eine Ermässigung der Tarife für den Nachtverkehr einzutreten habe. Die derzeit im Nachtverkehr befahrenen Linien Nordbahn-Stefansplatz-Südbahn, Röchusgasse-Stefansplatz-Elterleinplatz, Rainergasse-Stefansplatz-Franz-Josefsbahn, Stefansplatz-Hietzing, Stefansplatz-Gerstthof und Stefansplatz-Silbergasse haben fünf Teilstrecken. Für eine Teilstrecke sind 5000 Kronen, für zwei Teilstrecken 9000 Kronen, für drei Teilstrecken 12.000 Kronen und für vier und mehr Teilstrecken 14.000 Kronen zu bezahlen. Es wird nun jede dieser sechs Nachtverkehrslinien durch eine Unterteilung, die bei den ersten drei Linien am Stefansplatz und bei den zweiten drei Linien am Gürtel erfolgt, in je zwei Teilstrecken zerlegt und der Fahrpreis für jede Teilstrecke mit 5000 Kronen festgesetzt. Umsteigefahrscheine werden nicht ausgegeben. Die im Vorverkauf gelösten Fahrscheine kosten für eine Teilstrecke 4500 Kronen und für zwei Teilstrecken 9000 Kronen. Gegenwärtig kostet eine Fahrt vom Stefansplatz bis zum Mariahilfer Gürtel 9000 Kronen, nach dem neuen Tarif wird sie nur 5000 Kronen kosten. Eine Fahrt Stefansplatz-Hietzing kostet jetzt 14.000 Kronen, sie wird auf 10.000 Kronen ermässigt. Die neuen Tarife werden am 21. Jänner 1924 wirksam.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Donnerstag, den 10. Jänner 1924.

.....
Ein Sammeltag für die Armen Wiens. Da im Dezember v. J. die Gemeinde Wien für die reichsdeutschen Kinder einen Sammeltag veranstaltet hatte, entfiel die alljährliche allgemeine Sammlung für die Armen der Stadt Wien. Diese Sammlung wird nun nach einem Beschlusse des gemeinderätliche Wohlfahrtsausschusses über Antrag des StR. Professor Dr. Tandler am Sonntag, den 27. Jänner nachgeholt. Es ist zu erwarten, daß die Wiener Bevölkerung, die für fremde Not ein warm-führendes Herz bewies, auch ihren eigenen armen Mitbürgern tatkräftige Hilfe durch Spenden nicht versagen wird. Es wäre erfreulich, wenn diese Sammlung für die Ärmsten der Armen ein ganz besonderes Ergebnis aufweisen würde. Die Sammlung erfolgt ohne besondere Verlautbarung in den Häusern. Es werden ausschliesslich amtliche Sammelbogen den Hausparteien vorgelegt.

.....
Das neue Ottakringer Volksbad. Die Gemeindeverwaltung hat im vergangenen Jahre in der Bachgasse in Ottakring ein großes modernes Volksbad zu bauen begonnen. Die Arbeiten sind bereits weit vorgeschritten und es dürfte die neue Badeanlage in kürzester Zeit eröffnet werden. In der gestrigen Sitzung des Gemeinderatsausschusses für technische Angelegenheiten wurde über Antrag des GR. Schmid beschlossen, dieses Volksbad „Thaliabad“ zu benennen.

.....
Der Ausbau des Ziegelwerkes der Gemeinde. Die Durchführung des umfangreichen Bauprogrammes der Gemeinde Wien bedingt die klaglose Sicherstellung der erforderlichen Ziegel. Die Gemeinde besitzt bekanntlich ein eigenes Ziegelwerk in Ober-Laa, das schon im vergangenen Jahre in moderner Weise vergrößert worden ist. Nunmehr wurde eine weitere Ausgestaltung dieses Werkes beschlossen, die in kürzester Zeit durchgeführt sein wird, wodurch die städtischen Ziegelwerke in Ober-Laa jährlich rund 15 Millionen Ziegel erzeugen können.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verang. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 11. Jänner 1924.

Die Wasserkraftwerke und der neue Zolltarif. Die Regierung hat einen Entwurf über neue Zölle ausgearbeitet, der auch eine Erhöhung des Zementzolles auf zwei Goldkronen enthält. Gegenüber dem bisherigen Zementzoll entspricht dies einem siebenfachen gegenwärtigen Zollsatz. Dadurch verteuert sich ein Waggon Zement um etwa 2.5 Millionen Kronen. Würde dieser erhöhte Zoll wirksam werden, so ergebe sich für die Gemeinde Wien, die in diesem Jahre eine umfangreiche Wohnbautätigkeit entfaltet, eine bedeutende Mehrausgabe, unter der natürlich der Wohnhausbau zu leiden hätte. Aber auch die Wasserkraftbauten Oesterreichs würden unter einem erhöhten Zementzoll vielfach eingeschränkt werden müssen. Es haben daher die an dem Ausbau der Großwasserkräfte Oesterreichs arbeitenden Gesellschaften an das Bundesministerium für Finanzen eine ausführliche Eingabe gerichtet, in der sie ihre schwerwiegenden Bedenken gegen die geplante gewaltige Erhöhung des Zementzolles vorbringen. In der Eingabe wird ausgeführt, daß ohne zu untersuchen, ob das Verlangen der heimischen Zementindustrie nach dieser, einem Prohibitivzoll gleich kommenden Zollerhöhung mit ihren Gestehekosten im Einklang steht, das Ausschalten der preisregulierenden Konkurrenz des ausländischen Zementes durch diese enorme Zollbelastung doch eine schwere Schädigung nicht nur der Wasserkraftbauten, sondern auch anderer, wichtiger Gewerbe, ^{vor allem der} Bauindustrie u. s. w. darstelle. Die durch die Erhöhung der Löhne, Materialien, durch die Schaffung der Warenumsatzsteuer hervorgerufene Vertauung des Ausbaues von Wasserkraften, würde durch diese neue Belastung derart gesteigert werden, daß sich in vielen Fällen der Wasserkraftausbau unwirtschaftlich stellen würde, wodurch das mit der Sanierung des Staates aufs engste verbundene Programm der Nutzung der heimischen Wasserkräfte erdrosselt würde. So erfordert der Ausbau einer Wasserkraft von 12.000 Pferdekräften bei günstigen heimischen Verhältnissen rund 1400 Waggonen Zement. Durch den geplanten Prohibitivzoll ergebe sich eine neue Belastung von mehr als 3.5 Milliarden Kronen. Der vielleicht als Begründung der Zollerhöhung angeführte Wunsch, die Arbeitslosigkeit unter den Zementarbeitern zu beseitigen, ist jedenfalls unzutreffend, wenn die kleine Zahl dieser Arbeitslosen, wenn sie überhaupt vorhanden ist, mit den vielen tausenden Bau- und Bergarbeitern verglichen wird, die durch die Drosselung der Wasserkraftbauten und der Bauindustrie arbeitslos werden würden. Auch das Argument, daß durch die Schaffung dieses Zolles mitgeholfen wird, die Handelsbilanz aktiv zu gestalten, kann nicht gelten, weil die Hauptbelastung der österreichischen Handelsbilanz durch die Kohleneinfuhr verursacht wird. Die Bemühungen die Handelsbilanz aktiv zu gestalten, können daher nur darauf passieren, den Staat von der Einfuhr der Kohle aus dem Ausland unabhängig zu machen. Dies geschieht durch die möglichst vollständige Ausnützung der heimischen Wasserkräfte und der Förderung des Ausbaues dieser Werke. Durch eine Zollpolitik, wie sie jetzt geplant ist, würden jedoch gerade diese mit Energie und unentwegtem Arbeits eifer in Angriff genommenen Bauten auf das schwerste getroffen. Die Eingabe verweist schließlich noch darauf, daß die Regierung im Jahre 1921 durch die Schaffung des Wasserkraftförderungsgesetzes in dankenswerter

Weise den Ausbau der Wasserkräfte begünstigt hat und daß diese Begünstigungen durch die in die Milliarden gehende Zollverteuerung hinfällig wurden. Die österreichischen Wasserkraftgesellschaften erwarten daher von der Regierung, daß sie diesen gerechtfertigten Vorstellungen entsprechend den Zementzoll auf der Höhe belässt, die ein wirtschaftliches Arbeiten ermöglicht. Die an dem Ausbau der Wasserkräfte Oesterreichs arbeitenden Gesellschaften erfüllen eine für das Wirtschaftsleben des Bundes wichtige Aufgabe und ersuchen daher die Regierung, daß sie bei der Beratung über derart wichtige Vorlagen, wie sie der Zolltarif darstellt, zugezogen werden.

Unveränderte Kanalräumungsgebühren. Für den Monat Jänner bleiben die Kanalräumungsgebühren unverändert. Sie betragen daher das Zwanzigfache des Mietzinses, der im August 1914 bezahlt wurde.

Semesterschluß in den Schulen. Der Stadtschulrat für Wien hat auf Grund ministerieller Ermächtigung verfügt, daß an jenen Schulen, wo das laufende Schuljahr bereits am 3. September 1923 begonnen hat, das erste Semester diesmal ausnahmsweise schon am 1. Februar schließt. Der Unterricht im zweiten Semester beginnt an diesen Schulen am Mittwoch, den 6. Februar.

Die Verleihung des Bürgerrechtes an Professor Rosé. Der Wiener Gemeinderat hat bekanntlich dem Konzertmeister an der Wiener Staatsoper Arnold Rosé anlässlich der Feier seines 60. Geburtstages in Würdigung seiner hervorragenden Verdienste auf musikalischem Gebiet zum Bürger der Stadt Wien ernannt. Die Ernennung wurde in Form eines von dem akademischen Maler Erhard Amadeus-Dier künstlerisch ausgestatteten Diplomes ausgefertigt. Das Diplom enthält folgenden Text: In frohen Tagen wie in ernster Zeit steht den Wienern der Genius der Musik treu zur Seite: Die heranwachsende Jugend führt er zur reinen Schönheit, den Männern und Frauen am Webstuhl des Schaffens erscheint er als Verklärer des Alltags, dem Alter aber als milder Tröster. Darum bringt die Wiener Bevölkerung den Mittelern dieser göttlichen Kunst aufrichtige und innige Hochschätzung und Verehrung entgegen. Als Dolmetsch solch dankbaren Sinnes hat der Wiener Gemeinderat in seiner Sitzung vom 30. November 1923 den Beschluß gefasst, Herrn Professor Arnold Rosé in Würdigung seines hervorragenden Wirkens auf musikalischem Gebiete zum Bürger der Stadt Wien zu ernennen. Urkund dessen dieses Gedenkblatt. Der Bürgermeister Karl Seitz. Der Vizebürgermeister Georg Emmerling. Der Vizebürgermeister Franz Hoss. Dieses Gedenkblatt wurde Professor Rosé bereits überreicht.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantwortlicher
Redakteur:
Karl H o n s y

Wien, am Freitag, den 11. Jänner 1924. A b e n d a u s g a b e

Eine reichsdeutsche Studienkommission im Rathaus. Am Montag erschienen im Wiener Rathaus unter Führung des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes des Deutschen Städtetages Oberbürgermeister Mitzlaff (Berlin), die Teilnehmer an einer Studienreise, die der Deutsche Städtetag angeregt hatte. An dieser Reise nahmen teil Oberbürgermeister Dr. Luppe (Nürnberg), Stadtkämmerer Dr. Karding (Berlin), Beigeordneter Dr. Seippel (Essen), Rechtsanwalt Dr. Kronenberger (München), Oberbürgermeister Dr. Luecken (Kiel), Landrat von Salmuth (Hagen), Ministerialdirektor Mulert vom preussischen Ministerium des Innern und Generalsekretär Stein vom Verein für Kommunalpolitik und Kommunalwirtschaft in Berlin. Die Abordnung war nach Wien gekommen um die kommunalen Einrichtungen, vor allem aber die Finanzpolitik der Wiener Stadtverwaltung kennen zu lernen. Sie wurde von Bürgermeister Seitz, den Vizebürgermeistern Emmerling und Hoss empfangen und von dem städtischen Finanzreferenten Stadtrat Breitner über alle Zweige der Steuerpolitik der Gemeinde informiert. Dabei interessierte der Abordnung die Tatsache, dass die Rechnungsabschlüsse der Gemeinde Wien seit 1. Juli 1921, also in der Zeit der grössten Inflation, aktive Bilanzen aufweisen. Einer sehr eingehenden Untersuchung wurde die Frage unterzogen, ob die Herstellung des Gleichgewichtes im Stadthaushalt eine Einschränkung der notwendigen Aufgabengebiete herbeigeführt habe. An der Hand der Voranschläge wurde festgestellt, dass auf den entscheidenden Gebieten der Verwaltung die Gemeinde Wien nicht nur den Friedenszeit erreicht, sondern darüber noch hinausgegangen ist. Dies konnte vor allem bei den Fürsorgaufgaben verzeichnet werden, für die nach dem Voranschlag für das Jahr 1924 um mehr als fünf Millionen Goldkronen mehr ausgegeben werden, als im Jahre 1913, wobei die vom Lande Niederösterreich übernommenen Irwan- und Erziehungsanstalten nicht eingerechnet sind. Besonderes Interesse erweckte auch das Wiener Schulwesen und die Einführung der Schulzahnkliniken, der Schulärzte und der Schülerspeisung, sowie die durch den Geburtenrückgang bewirkte Verringerung der Schülerzahl in den einzelnen Klassen von 52 auf durchschnittlich 28 Kinder, die eine weitaus intensivere Beschäftigung der Lehrpersonen mit jedem einzelnen Schulkind ermöglicht. Auch die Wohnungsfrage wurde eingehend erörtert und die Teilnehmer an der Studienreise besichtigten am Freitag die Gemeindegewohnhäuser auf der Schmelz, den Fuchsenfeldhof und die Siedlung Hoffingergasse. Einer eingehenden Prüfung unterzogen die reichsdeutschen Fachleute die Führung der städtischen Unternehmungen, die von dem amtsführenden Stadtrat Vizebürgermeister Emmerling, Obersenatsrat Dr. Müller und den Direktoren dargelegt wurde. Gestern wurde die Abordnung von dem Bürgermeister Seitz in das Rathaus zu einem Empfang geladen, an dem auch die Vizebürgermeister, die Stadträte und der geschäftsführende Präsident des Stadtschulrates Nationalrat Glückel teilnahmen. Bürgermeister Seitz hielt dabei folgende Ansprache: Es sind Brüder aus dem Reich gekommen. Das ist für uns Wiener immer eine Freude, heute aber auch eine Genugtuung, weil sie gekommen sind, unsere städtischen Einrichtungen kennen zu lernen. Vor zehn Jahren hätte sich niemand träumen lassen, dass sachkundige Männer Ihrer Art unsere bescheidenen Einrichtungen besichtigen, um an ihnen zu lernen. Das sie auch manches gefunden haben, das Ihnen Anregung gegeben hat und sogar nachahmenswert scheint, ist uns eine grosse Auszeichnung. Wir danken Ihnen dafür und benützen diesen Anlass, um auch für die Gastfreundschaft zu danken, die unseren Vertretern im vergangenen Jahre bei Ihrer Hauptversammlung in Dresden erwiesen wurde. Wir haben vom Reich

auf dem Gebiete der Gemeindepolitik sehr viel gelernt. Wenn der unglückliche Krieg nicht gekommen wäre, hätten Sie gewiss keine Ursache, unsere Verhältnisse zu studieren. So aber handelt es sich darum, wie man in Zeiten der Not verwalten soll. Da war es für Sie selbstverständlich, dass Sie in das Land gekommen sind, das unter der Not am schwersten gelitten hat. Seien Sie versichert, dass all unser Denken und Fühlen darauf gerichtet ist, wie sich das deutsche Volk aus dieser Not, aus diesem Elend und aus dieser Erniedrigung wieder erheben wird. Das wird gewiss geschehen. Das deutsche Volk wird in der Welt wieder jene Stellung gewinnen, die ihm nach Kultur und Wissenschaft, nach Wirtschaft und Kunst gehört. Man liebt jetzt das deutsche Volk in ^{der} Welt nicht, ja man sagt sogar, man müsse es fürchten. Diese Ausrede der Furcht unwirksam zu machen und dem deutschen Volke wieder Sympathien zu verschaffen, wird eine der ersten Aufgaben sein. Wir sehen auch schon die Besserung und wir benützen diese Zusammenkunft um Ihnen zu sagen, dass wir uns mit Ihnen in der Not und im Glück immer solidarisch fühlen. Ich hoffe, dass die freundschaftlichen Beziehungen aller deutschen Städte über alle Grenzpfähle hinweg auch fernerhin fortbestehen werden. Dem Bürgermeister antwortete der Vorsitzende des Deutschen Städtetages Oberbürgermeister Mitzlaff, der folgendes sagte: Wir waren überzeugt, dass man uns in Wien mit Freuden empfangen wird. Aber wenn man uns heute dankt, dass wir gekommen sind, so ist das doch zu viel Bescheidenheit. Wir haben zu danken, dass Sie uns Gelegenheit geben, in einer erschöpfenden Weise die Wiener Stadtverwaltung kennen zu lernen. Wir haben uns die redlichste Mühe gegeben, in dieser Verwaltung Fehler zu finden, aber es ist uns das nicht gelungen und wir müssen sagen: Das Werk ist gelungen! ^{hier} Wir wissen wohl, dass man nicht alles, was wir gesehen haben, auf unsere Verhältnisse übertragen kann. Die Stadt Wien mit ihrer wirtschaftlichen Kraft ist ein Steuerobjekt, wie nur wenige andere Städte. Aber ohne die Tatkraft einer Verwaltung, die sich nicht scheut, auch unpopuläre Massnahmen durchzuführen, ist eine Sanierung nicht zu schaffen. Mit kräftigem Anpacken der Probleme, lässt sich, wie wir das in Wien gesehen haben, selbst das Unmöglichste schaffen. Wir werden die gleiche Tatkraft aufbringen und hoffen, dass auch uns das Werk gelingen wird. Es ist unsere Überzeugung, dass das deutsche Volk, das jetzt gespalten ist, sich wieder vereinen wird. Freilich sind das vorläufig nur Hoffnungen, mit deren Erfüllung wir vorläufig noch nicht rechnen können. Wenn auch die deutschen Städte noch nicht zusammengehören, so wollen wir doch als Volk und Menschen zusammenstehen. Schliesslich sprach noch Oberbürgermeister Dr. Luppe aus Essen anerkennende Worte über die Wiener Stadtverwaltung.

Heute erschien im Rathause Bürgermeister Ofenböck aus Wiener-Neustadt und gab der Abordnung Aufklärungen über die Haushalt der Stadtgemeinde Wiener-Neustadt. Die Teilnehmer der Studienreise begeben sich morgen nach Linz und fahren von dort nach Salzburg, um auch diese Gemeindeverwaltungen kennen zu lernen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Samstag, den 12. Jänner 1924.

Aus dem Rathause. In der kommenden Woche halten der Stadtsenat am Dienstag, den 15. ds. um 10 Uhr vormittags und der Gemeinderat am Freitag, den 18. ds. um 4 Uhr nachmittags Sitzungen.

Arbeitsgemeinschaften der städtischen Sammlungen. Im Rahmen der von der Volksbildungsstelle im Bundesministerium für Unterricht veranstalteten Musealarbeitsgemeinschaften finden in Lesesaale der Stadtbibliothek im Neuen Wiener Rathaus, IV. Stiege, I. Stock folgende Kurse statt: Jeden Mittwoch, beginnend am 23. Jänner, von $\frac{1}{2}$ 6 bis 7 Uhr durch sechs Wochen: Die Formenwelt der Dichtung mit besonderer Berücksichtigung der Wiener Literatur, verbunden mit Uebungen. Vortragender Kustos Dr. Oskar Katann. Der Kursbeitrag ist 20.000 K. Jeden Donnerstag von 5 bis $\frac{1}{2}$ 7 Uhr, beginnend am 24. Jänner, durch fünf Wochen; Einführung in Wesen und Form der Sonate, Erläutert an Beispielen des XVII. bis XX. Jahrhunderts. Vortragender Privatdozent Dr. Alfred Orel. Der Kursbeitrag beträgt 20.000 Kronen. Jeden Samstag von 5 bis $\frac{1}{2}$ 7 Uhr, beginnend am 9. Februar, durch sechs Wochen: Wiens Verfassung und Verwaltung bis zum Jahre 1526, Vortragender Oberrat Hermann Reuther. Kursbeitrag 20.000 K. Jeden Donnerstag von 5 bis 6 Uhr abends; beginnend am 13. März, durch vier Wochen: 150 Jahre Shakespeare im Burgtheater. Vortragender Kustos Dr. Raoul Biberhofer. Kursbeitrag 12.000 K. Jeden Donnerstag von $\frac{1}{2}$ 7 bis 8 Uhr beginnend am 20. März, durch vier Wochen: Der Wiener Kongreß. Vortragender Skriptor Dr. Ferdinand Müller. Kursbeitrag 15.000 K. Jeden Samstag von 6 bis $\frac{1}{2}$ 8 Uhr, beginnend am 22. März, durch fünf Wochen: Wien am Beginn des 18. Jahrhunderts (Kultur- und Sittengeschichte). Vortragender Kustos Dr. Karl Wagner. Kursbeitrag 20.000 K. Die Mitglieder der Kunststellen zahlen ermässigte Kursbeiträge. Die Einschreibungen für den Besuch dieser Kurse sind ab 17. Jänner in der Kanzlei der städtischen Sammlungen täglich von 9 bis 3 Uhr.

Die Tätigkeit des Marktamtes im November. Das Marktamt der Stadt Wien veröffentlicht soeben einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit im Monat November. Es wurden wegen Freistreiberei 34 Anzeigen, wegen Uebertretung der Marktordnung 111 Anzeigen, wegen Uebertretung der Sonntagsruhevorschriften 80 Anzeigen, wegen Unterlassener Preisanschreibung 96 Anzeigen, wegen Uebertretung der Eichvorschriften 35 Anzeigen, wegen der Uebertretung der Gewerbeordnung 140 Anzeigen und 90 verschiedene andere Anzeigen erstattet. Der staatlichen Untersuchungsanstalt für Lebensmittel sind im November 306 Proben verschiedener Lebensmittel zur Untersuchung übergeben worden. Noch immer weisen die Milchverfälschungen einen ungewöhnlich großen Umfang auf. Verwässerungen bis zu zwanzig Prozent mußten festgestellt werden und die Fälle, in denen eine starke Entrahmung

beanständet wurde, mehren sich. Wegen besonders krasser Milchverwässerung mußte die Milchmeierin Rosina Hasenzagel, XIII., Linzerstrasse 258 angezeigt werden, bei der die zum Verkauf gebrachte Milch eine Wassermenge von 37 Prozent aufwies. Auch die Verfälschungen von Butter nehmen im Berichtsmonate das Marktamt der Stadt Wien stark in Anspruch. In vielen Fällen war die Butter mit Maragrine verfälscht, wies einen übermäßigen Wassergehalt auf und war bereits stark verdorben. Aehnlich verhält es sich mit den beanständeten Wurstsorten. So wurden bei einem Fleischselcher in Favoriten Würste beschlagnahmt, die bereits Faulnisercheinungen zeigten. Häufig gelangen noch Würste von der Beschaffenheit einer Braunschweiger- oder Dürren Wurst mit der falschen Bezeichnung Salami zum Verkauf, um einen höheren Preis zu erzielen. Das Marktamt hat in vielen Fällen diesen Unfug abgestellt. Bei einem Gemischtwarenverschleier in Margareten wurden gebackene Seefische beschlagnahmt, die einen unreinen, unangenehmen, säuerlichen und schimmeligen Geruch und Geschmack aufwiesen und zum Genuß nicht mehr geeignet waren. In einigen Fällen wurde „Echter steirischer Himbeersaft“, der aus Essigstichigem Rohsaft hergestellt worden war, beanständet. Ziemlich umfangreich sind auch im Monat November die vom Marktamt durchgeführten Mengen der beschlagnahmten und vernichtenden Lebensmittel. So wurden rund 11.000 kg Obst, 1400 kg Gemüse, 855 kg Kartoffel, 4060 kg Fische, 165 kg Fleisch, 150 kg Topfen, 31 kg Butter, 27 kg Würste, 53 kg Fischkonserven, 140 kg Agrumen, 20 kg Geflügel, 37 Stück Hasen u.s.w. beschlagnahmt und vernichtet, da sie zum menschlichen Genuß ungeeignet waren.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Montag, den 14. Jänner 1924.

.....
Jubilare der Ehe. In der vergangenen Woche überreichte StR. Speiser in Vertretung des Bürgermeisters folgenden goldenen Hochzeitspaaren die Ehrengabe der Stadt Wien: Franz und Josefa Schebek, Barichgasse 32, Josef und Josefa Trach, Eckertgasse 10, Josef und Anna Herein, Thelemangasse 5, Josef und Therese Heilinger, Eisenbahnerstrasse 55. Am Sonntag besuchte StR. Speiser in Vertretung des Bürgermeisters das goldene Hochzeitspaar Karl und Aloisia Hersch, Michelbeuergasse 2 und überreichte dem Jubilaren die Ehrengabe der Gemeinde. Hersch kam im Jahre 1867 als Diener in das anatomische Universitätsinstitut, wo er 41 Jahre lang, zuerst unter Hofrat Dr. Hyrtl und später unter dessen Nachfolgern, zuletzt unter Professor Dr. Tandler, dem gegenwärtigen amtsführenden Stadtrat für das Wohlfahrtswesen der Gemeinde Wien wirkte. Amtsführender/Professor Tandler ehrte seinen treuen langjährigen Mitarbeiter durch seine Anwesenheit bei der Ueberreichung der Ehrengabe.

.....
Vorträge über Lehrfilme. Der Wiener Fortbildungsschulrat veranstaltet am Montag, den 21. Jänner um $\frac{1}{2}$ 7 Uhr abends im Roten Festsaal des Fortbildungsschulgebäudes, Mollardgasse 87, einen Vortrag über die deutsche Lehrfilmbewegung unter besonderer Berücksichtigung Bayerns. Vortragender Dr. Johannes Eckardt, Leiter der bayrischen Landesstelle für gemeinnützige Kunstpflege. Bei diesem Vortrage wird Herr Walter Sensburg aus München die Lehrfilme: Vom Baumwollballen zum fertigen Tuch, Gewinnung und Verarbeitung von Marmor und einen Tierfilm vorführen. Auskünfte in Film- und Lichtbildangelegenheiten werden für die an Fortbildungsschulen wirkenden Lehrkräfte jeden Montag und Freitag von 2 - 5 Uhr nachmittags im Fortbildungsschulgebäude, Mollardgasse 87, erteilt.

.....
Das Eigentumsrecht an Grabkreuzen. Nach dem 1. März werden die Schachtgräber in der Gruppe VIII des Hernalser Friedhofes wieder belegt. Gesuche um Enterdigung von Leichenresten aus diesen Gräbern können bis 16. Februar 1924 bei der Magistratsabteilung 12 in Wien, I., Rathausstrasse 14, überreicht werden. Es wird ausdrücklich aufmerksam gemacht, daß nach diesem Tag einlangende Gesuche nicht mehr berücksichtigt werden können. Nach dem 1. März 1924 werden die Grabkreuze von diesen Gräbern auf Kosten und Gefahr der Eigentümer abgeräumt und an entsprechender Stelle gelagert. Parteien, die ihr Eigentumsrecht an solchen Grabkreuzen nachweisen, erhalten sie innerhalb eines Jahres ausgefolgt, wenn sie der Gemeinde die Kosten der Abräumung ersetzen. Ueber den verbleibenden Rest verfügt die Gemeinde nach freiem Ermessen.

.....
Die Beheizung der Schulräume. Dem Gemeinderat liegt ein Antrag vor, der einen Zuschußkredit von 2500 Millionen Kronen für die Kosten der Beheizung der Schulräume für das Jahr 1923 verlangt. Der Antrag wird in der am Freitag stattfindenden Sitzung des Gemeinderates behandelt werden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantwortl. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 14. Jänner 1924. Abendausgabe.

Die Schneehäuberung. Der städtische Referent für technische Angelegenheiten, amtsführender Stadtrat Siegel berichtete heute dem Bürgermeister über die Schneebeseitigung. Die Gemeindeverwaltung versucht mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die ungeheuren Schneemassen von den Strassen zu entfernen, doch ist jetzt durch den eingetretenen Frost die Arbeit ungemein erschwert worden. Es müssen nämlich die hartgefrorenen Schneemassen erst mühselig aufgedaubt werden. Heute waren bei dieser Arbeit 5068 Mann beschäftigt. Es wurden auch alle verfügbaren Fuhrwerke zur Abfuhr dieser Schneehaufen verwendet. Die Arbeit wird auch nachts und an Sonntagen fortgesetzt. In der Nacht wird vor allem die Strassenbahn in den Dienst der Schneefuhr gestellt und am Sonntag ist der gesamte Fuhrwerkpark, der an den Wochentagen für die Abfuhr des Hauskehrichts benötigt wird, mit der Schneefuhr beschäftigt. Bis jetzt sind 124 Kilometer der wichtigsten Strassen vollständig von den Schneemassen gereinigt worden. Der gesamte, in den Voranschlag für das Jahr 1924 eingestellte Betrag ist nun ausgegeben und ein bereits erhaltener Zuschusskredit von einer Milliarde Kronen fast aufgebracht, so dass ein weiterer grösserer Betrag verlangt werden muss, der auch vom Finanzreferenten grundsätzlich bewilligt worden ist. Bürgermeister Seitz nahm diesen Bericht zur Kenntnis und gab Auftrag die Arbeiten mit aller Beschleunigung und wie bisher ohne Rücksicht auf die Kosten fortzusetzen. Die Bevölkerung wird die schwere und kostspielige Arbeit, die durch diesen gewaltigen Schneefall erwachsen ist, sicherlich zu würdigen wissen. Jeder Einsichtige wird begreifen, dass angesichts eines solchen Elementarereignisses ^{man} selbst bei Anspannung aller Kräfte nur in längerer Arbeit der Misere Herr werden kann. Er dankte dem Stadtrat Siegel und allen Beamten und Arbeitern für die grosse Leistung und für die Schlagfertigkeit des Apparates, der in diesem Winter eine schwierige Aufgabe zu bewältigen hatte.

Gemeinderat Dr. Heinrich Grün gestorben. Samstag spät nachts ist in seiner Wohnung Gemeinderat Dr. Heinrich Grün einem Schlaganfall erlegen. Gemeinderat Dr. Grün war schon in den letzten Monaten ^{schwer} leidend und sein Tod kam daher nicht überraschend. Dr. Grün war Mediziner und in der Leopoldstadt als Arzt sehr bekannt. Er wurde von der sozialdemokratischen ^{Partei} bereits im Oktober 1918 in den provisorischen Gemeinderat gewählt und bekleidete bis zum Jahre 1920 als die neue Gemeindeverfassung wirksam wurde, das Mandat eines Stadtrates. Im Jahre 1923 wurde Dr. Grün wieder von der Leopoldstadt in den Gemeinderat entsendet und kam seinen Obliegenheiten trotz seiner ^{schweren} Erkrankung mit dem grössten Eifer nach. Besonders verdienstvoll wirkte Dr. Grün im Gemeinderatsausschuss für Wohlfahrtsangelegenheiten. Bürgermeister Seitz hat der Witwe des Verstorbenen heute folgendes Beileidsschreiben übermittelt: Die Nachricht von dem Hinscheiden Ihres Gatten hat mich in tiefe Trauer versetzt. Denn, wenngleich wir alle wussten, dass er schwer leidend war, vermeinten wir doch, dass sein starker Lebenswille ihn uns noch recht lange erhalten wird. Die Gemeinde Wien verliert in dem Verbliebenen einen Mann von ausserordentlicher Betätigungskraft, der viele Jahre seines arbeitsreichen Lebens als Stadtrat und als Gemeinderat, sowie in zahlreichen anderen Funktionen dem Wohle seiner Mitmenschen gewidmet hat. Ich bitte Sie, mein herzlichstes und aufrichtigstes Beileid entgegenzunehmen. Möge Sie und Ihre Töchter in dieser Stunde der Gedanke trösten, dass die Stadt Wien sein Andenken stets in Ehren halten wird.

Der Tag, an dem das Leichenbegängnis stattfindet, wird noch mitgeteilt werden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Dienstag, den 15. Jänner 1924.

~~Waisenkinder als Gäste des Bürgermeisters. Für Samstag nachmittags haben der Bürgermeister und seine Frau die Knaben und Mädchen aus den städtischen Waisenhäusern zu einer Jause in das Rathaus geladen. Bürgermeister Seitz hat nämlich vor einiger Zeit von einem unbekanntem Spender einen größeren Betrag zur freien Verfügung nach seinem Ermessen, jedoch auch mit dem Vorbehalt erhalten, man könnte den Pflöglingen der städtischen Wohlfahrtsanstalten hier und da eine besondere Freude bereiten. Die Wiener Waisenkinder werden vorher einer Nachmittagsvorstellung im Zirkus Hagenbeck beiwohnen und nachher mit Sonderwagen der Strassenbahn ins Rathaus geführt, wo sie eine einfache Jause erwarten wird.~~

Das Leichenbegängnis des Gemeinderats Dr. Grün. Der verstorbene Gemeinderat Dr. Grün wird am Samstag, den 19. Jänner um $\frac{1}{2}$ 2 Uhr nachmittags von der Leichenkammer in der Dresdnerstrasse in das Trauerhaus II., Obermüllnerstrasse Nr. 1 überführt. Um $\frac{1}{2}$ 3 Uhr nachmittags wird der Leichnam in das Krematorium der Stadt Wien gebracht, wo um 4 Uhr nachmittags die Trauerfeier stattfindet.

Eine neue Phase im Krematoriumsstreit. In der heutigen Sitzung des Stadtsenates wurden die Gegenäußerungen der Wiener Landesregierung in den beiden in der Krematoriumsfrage beim Verfassungsgerichtshofe anhängigen Angelegenheiten beschlossen. Die Bundesregierung hat nämlich beim Verfassungsgerichtshof den Antrag auf Entscheidung eines bejahenden Kompetenzkonfliktes gestellt, der nach ihrer Meinung darin gelegen ist, dass der Bürgermeister als Landeshauptmann in Vollziehung der Weisung des Bundesministers den Weiterbetrieb des Krematoriums eingestellt, während der Gemeinderat die Fortführung des Betriebes angeordnet hat. Außerdem hat die Bundesregierung dem § 35 der Gemeindeverfassung wegen Verfassungswidrigkeit beim Verfassungsgerichtshofe angefochten. Dieser Paragraph berechtigt und verpflichtet den Bürgermeister, wenn er einen Beschluss des Gemeinderates für gesetzwidrig hält, diesen Beschluss zu sistieren, und dem Gemeinderat zur neuerlichen Beschlussfassung wieder vorzulegen. Bekanntlich wurde dieser Paragraph in der Gemeinderatssitzung vom 1. Juni 1923 in der Krematoriumsfrage angewendet und durch seine Anwendung die Weisung des Bundesministers unwirksam gemacht. Die heute beschlossene Gegenäußerung des Stadtsenates als Landesregierung kommt zu dem Antrag, der Verfassungsgerichtshof wolle die Entscheidung in dem Kompetenzkonflikt ablehnen, da überhaupt kein seiner Entscheidung unterworfenen Kompetenzkonflikt vorliege und die Anfechtung des § 35 der Gemeindeverfassung zurückweisen, weil zwar möglicherweise eine Lücke in der Gemeindeverfassung bestehe, der § 35 aber keineswegs aber verfassungswidrig sei. Ueber beide Angelegenheiten findet die Verhandlung vor dem Verfassungsgerichtshofe am Montag, den 21. Jänner statt.

Einladung

Amtsführender Stadtrat Siegel richtet an die geehrte Redaktion das Ersuchen zu der am Samstag, den 19. Jänner 1924 um 10 Uhr vormittags stattfindenden

Pressebesichtigung des städt. Reservegartens
in der Vorgartenstrasse einen Vertreter zu entsenden.

Es wird gebeten, bis längstens Freitag an die Rathauskorrespondenz mitzuteilen, ob von Ihrer Redaktion ein Vertreter an dieser Besichtigung teilnehmen wird.

Die Abfahrt erfolgt mittels Kraftwagen pünktlich um 10 Uhr vormittags vom Eingange des Neuen Wiener Rathauses, Lichtenfelsgasse 2.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 16. Jänner 1924.

Weisenkinder als Gäste des Bürgermeisters. Für Samstag nachmittags haben der Bürgermeister und seine Frau die Knaben und Mädchen aus den städtischen Waisenhäusern zu einer Jause ins Rathaus geladen. Bürgermeister Seitz hat nämlich vor einiger Zeit von einem unbekanntem Spender einen grösseren Betrag zur freien Verfügung nach seinem Ermessen, jedoch auch mit dem Hinweis erhalten, man könnte den Pflinglingen der städtischen Wohlfahrtsanstalten manchmal eine besondere Freude bereiten. Es werden daher die städtischen Waisenkinder bereits am Samstag in der Volkshalle des Rathauses eine einfache Jause erhalten, wobei zugleich auch ernste und heitere Vorträge, sowie musikalische Darbietungen die Kinder erfreuen werden.

In der nächsten Zeit sollen auch die Pflinglinge in den städtischen Versorgungsheimen aus dieser Spende bedacht werden.

Professor Gersuny-Bürger der Stadt Wien. In der heutigen Sitzung des Gemeinderatsausschusses für allgemeine Angelegenheiten wurde über Antrag des amtsführenden Stadtrates Richter dem Universitätsprofessor Dr. Robert Gersuny anlässlich seines achtzigsten Geburtstages in Würdigung seiner grossen Verdienste um die medizinische Wissenschaft und um die Stadt Wien das Bürgerrecht verliehen.

Die Wiener Steuern im Jahre 1923. Es liegen nunmehr die Ergebnisse der von Wien als Gemeinde und Land im verflossenen Verwaltungsjahre 1923 vereinnahmten Steuern vor. Der Ertrag mit Ausscheidung der nicht mehr geltenden Luxusabgabe ist rund 798 Milliarden Kronen. Für 1924 sind die gleichen Steuern mit einem voraussichtlichen Erfolge von 892 Milliarden Kronen laut Budget veranschlagt worden. Ein wesentlicher Unterschied zwischen Erfolg und Präliminare liegt mit 32 Milliarden bei der Wertzuwachsabgabe vor, die überhaupt Zufallscharakter trägt und sich im Jahre 1923 deswegen ungewöhnlich günstig gestaltete, weil im Oktober 1922 für den alten Besitz eine sehr weitgehende Herabsetzung der Steuer eingetreten ist. Viele früher zurückgestellte Verkaufsabsichten gelangten infolgedessen im Jahre 1923 zur Durchführung und Versteuerung. Die weit- aus ergiebigste Gemeindesteuer, die Fürsorgeabgabe, ist mit einem das Ergebnis von 1923 um 19 Milliarden übersteigenden Betrag eingesetzt worden. Noch im Zuge der Budgetberatung durch den Gemeinderat wurde diese Post unter Berücksichtigung der Lohnbewegungen des Monats Dezember erhöht, weil auch zu diesem Zeitpunkt bereits die Gehaltsregulierung für die Gemeindeangestellten spruchreif geworden war. Die Luxuswarenabgabe, die bis 31. März 1923 als selbständige Gemeindeabgabe 32 Milliarden Kronen lieferte, ist mit dem Inslebentreten der allgemeinen Warenumsatzsteuer an den Bund übergegangen und erscheint nicht mehr im Budget. Die nachstehende Zusammenstellung zeigt in Milliarden die tatsächlichen Eingänge im Verwaltungsjahr 1923, während die in der Klammer genannte Zahl das jeweilige Präliminare für 1924 zu züglich der vom Gemeinderat zur teilweisen Bekkung des Defizites beschlossenen Steuererhöhungen aufweist:

	in Milliarden Kronen.	
Grundsteuer	4.3	(4.3)
Wohnbausteuer	34.-	(100.0)
Fürsorgeabgabe	431.1	(450.0)
Lustbarkeitsabgabe	85.7	(70.0)
Nahrungs- und Genussmittelabgabe	68.8	(60.0)
Fremdenzimmerabgabe	35.3	(28.0)
Wertzuwachsabgabe	52.1	(20.0)
Plakatabgabe	3.7	(2.5)
Inseratenabgabe	11.1	(13.5)
Hauspersonalabgabe	4.4	(18.0)
Kraftwagenabgabe	8.6	(57.0)
Pferdeabgabe	0.08	(0.58)
Hundeabgabe	1.4	(2.7)
Feuerversicherungsabgabe	13.8	(10.5)
Feilbietungsabgabe	4.6	(1.5)
Konzessionsabgabe	1.2	(1.0)
Kanzlei- und Augenscheinstaxen	0.8	(9.9)
Wasserkraftabgabe	23.9	(26.0)
Zuschlag zu den Immobiliargebühren	1.3	(6.5)
Zuschlag den Gebühren von Totalisateuren und Buchmacherwetten	12.2	(10.5)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 17. Jänner 1924.

Die Thaliastrasse elektrisch beleuchtet. In dem Voranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1924 ist ein Betrag von zehn Milliarden Kronen eingestellt, der als erste Baurate für die Umwandlung der Gasbeleuchtung in elektrische Beleuchtung für 92 Strassen bestimmt ist. Diese neue Form der Strassenbeleuchtung kann auf verschiedene Art erfolgen. So hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten gestern auf Antrag des Gemeinderates Ferenz beschlossen, dass in der Thaliastrasse vom Lerchenfeldergürtel bis zur Habischergasse die elektrische Strassenbeleuchtung derart erfolgen soll, dass die Lampen in der Mitte der Fahrbahn auf den Spanndrähnen der Oberleitung der Strassenbahn angebracht werden. Auf diese Art wurde bereits im vergangenen Jahr auf der Ringstrasse in der Strecke von der Bellaria-bis zur Babenbergerstrasse die elektrische Beleuchtung mit gutem Erfolge durchgeführt.

Ein Wettbewerb für Gemeindebauten. Im Oktober hat der Gemeinderat beschlossen für die Verbauung von Gründen in Ottakring, westlich der Sandleitengasse, einen allgemeinen Wettbewerb auszuschreiben. Die Erfahrungen anlässlich des letzten Wettbewerbes für den Wohnhausbau in der Lassallestrasse, für den 91 Entwürfe einlangten, haben gezeigt, dass es volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigen ist, eine so grosse Zahl von Architekten für ein und dieselbe Arbeit anzuspannen. Daher hat das Stadtbauamt vorgeschlagen, dass für den grossen Wohnhausbau in Ottakring von einem allgemeinen Wettbewerb abzusehen sei und ein beschränkter Wettbewerb veranstaltet werde. Es soll ein Anzahl von anerkannten Architekten in Form von sechs bis sieben Arbeitsgemeinschaften für diesen beschränkten Wettbewerb eingeladen werden. Jede dieser Gruppen soll als Vergütung für die zu leistende Arbeit einen Betrag von vierzig Millionen Kronen erhalten. Die Preisrichter und ihre Ersatzmänner erhalten ein Ehrenhonorar von je zwei Millionen Kronen. Das Preisgericht setzt sich aus dem amtsführenden Stadtrat Siegel, dem Stadtbaudirektor Ingenieur Fiebiger, Baurat Ingenieur Bittner und den Architekten Gessner, Oerley, Schmidt zusammen. Als Ersatzmänner wurden die Architekten Aichinger und Badstieber bestimmt. Das Preisgericht wird bei der Durchführung seiner Aufgaben die vom Oesterreichischen Ingenieur- und Architektenverein aufgestellten Grundsätze für das Verfahren bei Wettbewerben beobachten. In der gestrigen Sitzung des Gemeinderatsausschusses für technische Angelegenheiten berichtete amtsführender Stadtrat Siegel über diese Vorschläge der Stadtbauverwaltung, die angenommen wurden. Mit der Durchführung dieses Wettbewerbes wurde das Stadtbauamt betraut.

RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 18. Jänner 1924.

.....
Freie Bezirksarztstellen. In der Zentrale des Gesundheitsamtes der Gemein-
de Wien sind mehrere Bezirksarztstellen zu besetzen. Zur Anstellung sind
die österreichische Staatsbürgerschaft, ein Alter unter 40 Jahren, Unbe-
scholtenheit, Doktorat der gesamten Heilkunde, Mindestens zweijährige
Praxis als Spitalsarzt nach Erlangung des Doktorgrades, Physikatsprüfung
und Verzicht auf die Privatpraxis erforderlich. Die Gesuche sind bis 1.
März 1924 in der Kanzlei der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten
im Neuen Rathause einzureichen.

.....
Lehrstellenvermittlung des städtischen Berufsberatungsamtes. Bekanntlich
ist dem städtischen Berufsberatungsamt auch eine Lehrstellenvermittlung
angegliedert, ohne deren klagloses Funktionieren die Urteilung der Rat-
schläge zwecklos wäre. Es ist nun durch eine umfassende Aufklärungsarbeit
in allen interessierten Kreisen, zu denen vor allem die gewerblichen Ge-
nossenschaften gehören, gelungen, die Lehrstellenvermittlung des Berufsbe-
ratungsamtes bedeutend auszubauen. So wurde kürzlich ein Kataster nach dem
Muster der großen Arbeitslosenämter angelegt und das Amt verfügte Ende No-
vember 1923 über nicht weniger als 2196 offene Lehrstellen, von denen
1169 Lehrlinge und 1027 Lehrlinge betrafen. Davon sind im November al-
lein 473 Lehrstellen von den Arbeitgebern beim Amte neu angemeldet worden.
Dieser Zuwachs ist kein außergewöhnlicher, sondern etwa der jeden Monat
erzielte Durchschnitt. Das Amt hat nun von dem bei ihm angemeldeten Stel-
lensuchenden im November 223 auf offene Lehrstellen vermittelt, die sich
auf 165 Lehrlinge und 58 Lehrlinge verteilen. In der nächsten Zeit wird
der erste Jahresbericht des Berufsberatungsamtes erscheinen. Er wird den
zahlenmässigen Beweis erbringen, dass auf das ganze Jahr gerechnet eine
für die Zahl der Wiener Lehrlinge entsprechende Anzahl offener Lehrstellen
beim Berufsberatungsamt geführt wird. Auch die Vermittlungstätigkeit für
Lehrlinge und Lehrlinge hat sich bedeutend gehoben und es ist daher die
Benützung dieses Amtes, das im Gebäude des Stadtschulrates, Burgring 9,
Telefon Nr. 33.185, sich befindet, für Lehrherren und Lehrlinge gleich
nützlich.

.....
Ein Jahr Wiener Krematorium. Am 17. Jänner ist ein Jahr vergangen, das die
Gemeinde Wien ihr Krematorium der Benützung übergeben hat. Es ist nun ge-
wiss von allgemeinem Interesse festzustellen, wie groß die Zahl der Lei-
chenverbrennungen in diesem ersten Jahre war. Das Krematorium wurde in die-
sem Jahre an 155 Tagen benützt und 884 Leichen eingeäschert, worunter sich
auch 18 Kinderleichen befanden. Von den Feuerbestatteten waren 545 männli-
chen und 339 weiblichen Geschlechts. Die zur Einäscherung gebrachten Lei-
chen verteilen sich nach Glaubensbekenntnissen auf 514 römisch katholische,
36 auf altkatholische, 2 auf griechisch-orientalische, 127 auf evangelische
101 auf mosaische Kirchenangehörige. Konfessionslos waren 104 Verstorbene.
Nach altkatholischem Ritus wurden 256, nach evangelischem Ritus 127 und
nach griechisch-orientalischem Ritus eine Einsegnung vorgenommen. Aufbah-
rungen erfolgten 643 in diesem Jahre. Die Bestattung der Aschenkapseln er-
folgt meist in dem in der Nähe des Krematoriums befindlichen Urnenhaine in
kleineren Urnengräbern und grösseren Grabplätzen. Ausserdem befinden sich
im Gebäude des Krematoriums und in der Umfassungsmauer des Urnenhaines zur
Bestattung der Aschenkapseln eine grosse Zahl von Mauernischen. Es kann
aber auch die Beisetzung an anderen Begräbnisstätten erfolgen. Im ersten
Jahre wurden 447 Aschenkapseln in ^{bedeutenden} Urnengräbern, 48 in Grabplätzen und 61
in Mauernischen beigesetzt. Von hervorragenden Persönlichkeiten, deren
Leichen im Wiener Krematorium eingeäschert wurden, sind Staatssekretär
Ferdinand Hanusch, Nationalrat Dr. Wank, Dichter Rudolf Hawel, Gemeinderat
Bombek, Rudolf Beer und die Gemeinderätin Fleischner zu nennen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 18. Jänner 1924.

W i e n e r G e m e i n d e r a t

Sitzung vom 18. Jänner 1924.

Bgm. Seitz eröffnet um 4 Uhr nachmittags die Sitzung. Der sozialdemokratische Gemeinderatsklub hat auf das Pult des verstorbenen Gemeinderates Dr. Grün einen Lorbeerkranz mit roten Schleifen niedergelegt. Vor Eingang in die Tagesordnung hält Bürgermeister Seitz dem verstorbenen Gemeinderat Dr. Grün, folgenden Nachruf, den der Gemeinderat stehend anhört: Wir haben einen schweren Verlust erlitten. GR. Dr. Grün ist am 12. Jänner gestorben. Wie wir wissen war er schon längere Zeit hindurch krank, aber sein lebenswürdiges Wesen, seine immer wieder fröhliche Natur, seine Freundlichkeit haben uns darüber hinweggetäuscht und wir hofften, ihn doch am Leben zu erhalten. Grün selbst als Arzt hat sich wohl keinen Augenblick einer Täuschung darüber hingegeben, wie es um ihn steht, aber seine innere Kraft, seine Stärke, sein Optimismus, sein Vertrauen auf sich selbst und auf die große Sache, der er gedient hat, haben sein ganzes Wesen so gestaltet, daß man die Schwere der Krankheit nicht erkannt hat. Nun ist er ihr doch erlegen. Dr. Grün war ein ausgezeichnete Arzt. Als solcher hatte er bald erkannt, daß die medizinische Wissenschaft eigentlich nur den Begüterten, den vom Glück Begünstigten voll und ganz dienen kann, die große Masse der arbeitenden Menschen aber mehr bedarf, daß der Kampf gegen die Krankheit der großen Masse zugleich ein sozialer Kampf ist. Das hat ihn frühzeitig schon ins öffentliche Leben geführt, dem er in seiner Art und in seiner Weise und nach seiner Ueberzeugung gedient hat. Von der Erkenntnis ausgehend, daß die Stellung des Arztes in der heutigen Gesellschaft eine ungenügende

hat er sich auch lebhaft den Standesfragen der Aerzte gewidmet. In einem Fach, im öffentlichen Leben und in seiner Standesorganisation, überall sah man den Mann mit dem fröhlichen Wesen, mit dem frohem Optimismus gern als Mitarbeiter. Im Gemeinderat der Stadt Wien wirkte Grün seit dem Jahre 1918, in der Zeit vom Mai 1919 bis Mai 1920 hat er das Amt eines Stadtrates und in dieser Eigenschaft das Referat über die hygienischen und sanitären Angelegenheiten geführt. Seit der Neugestaltung der Gemeindeverfassung hat er als Mitglied des Ausschusses für Wohlfahrtseinrichtungen, Jugendfürsorge und Gesundheitswesen gewirkt, er war Mitglied des Stadtschulrates, Vertreter der Gemeinde Wien im Kuratorium für das Kinderspital in Bad Hall, im Vorstand der Krankenfürsorgeanstalt der Angestellten der Gemeinde Wien und in dem Ausschuss des Leopoldstädter Kinderspitalvereines. Überall war er mit opferwilliger Hingabe und mit beispielloser Tatkraft tätig, sein lauterer Charakter, sein lebenswürdiges Wesen haben ihm überall Sympathie verschafft. Wir danken ihm für die ungeheure Lebensarbeit, die er geleistet hat und wir werden ihm stets ein ehrenvolles Andenken bewahren. Ich habe von dieser Teilnahme des Gemeinderates, wie ich glaube Ihrem Wunsche entsprechend der Witwe Mitteilung gemacht und habe dem letzten Wunsche des Verstorbenen gemäß statt eines Kranzes einen entsprechenden Betrag dem Leopoldstädter Kinderspital gewidmet. Das Leichenbegängnis findet morgen um $\frac{1}{2}$ 3 Uhr vom Trauerhause, II., Obermüllnerstrasse 1, die Einäscherung um 4 Uhr im Krematorium statt. Die Mitglieder des Gemeinderats haben sich zum Zeichen der Trauer von den Sitzen erhoben. Ich danke für diese Kundgebung und bitte zu gestatten, dass ich sie dem Protokoll der heutigen Sitzung einverleibe.

Es wird nun zur Eriedigung der Tagesordnung geschritten.

GR. Alt berichtet über einen Grundankauf der Gemeinde Wien im 16. Bezirk, zu dem ein Kapital von 324 Millionen Kronen erforderlich ist.

GR. Ullreich (chr. soz.) erklärt, seine Partei habe gegen den Ankauf nichts einzuwenden und wünsche nur, daß in Zukunft, wie es früher einmal der Brauch war, den Gemeinderäten Skizzen über die betreffenden Grundstücke, sowie genaue Angaben über deren Lage, Preis u. s. w. vorgelegt würden.

Der Antrag wird sodann angenommen.

2
GR. Ferenz stellt den Antrag, einen Zuschusskredit von 2500 Millionen Kronen für Beheizung der Schulräume zu genehmigen.

GR. Wawerka (chr. soz.) bemängelt, dass vielfach der Unterricht in den Schulen wegen Untertemperatur nicht durchführbar sei und in mehreren Fällen die Schüler nach Hause geschickt werden mussten. Es/da^{sei} ein für eine Gemeindeverwaltung, die sich so gerne ihrer Schulfreundlichkeit rühmt, ganz unhaltbarer Zustand, der nach Auffassung des Redners auf eine falsche Auslegung der Heizvorschriften zurückzuführen sei. Nach diesen Vorschriften wäre die Heizung zwei Stunden vor Schulschluss zu beenden. Da nun nachmittags die nichtobligaten Gegenstände gelehrt würden, so müsse auch nachmittags die Schulzimmer, in denen dieser fakultative Unterricht stattfindet, erwärmt werden.

GR. Doppler (chr. soz.) erhebt Einspruch dagegen, dass die Kinder während der strengsten Kälte spazieren geführt werden, obgleich viele fadenscheinige Kleider und zerrissenes Schuhwerk haben. Solche Lehrspaziergänge werden unternommen, um an gewissen Tagen ~~Esparungen~~ in der Beheizung der Schulzimmer zu erzielen. Redner führt darüber auch Beschwerde, dass in den Schulen der 20. Bezirkes Kino- und andere Aufführungen ohne Erlaubnis der zuständigen Amtsstelle, lediglich auf Befehl des Bezirksvorstehers Janetschek abgehalten werden. Janetschek dünke sich gleichsam als Präsident der Brigittenau (Heiterkeit).

Bgm. Seitz erklärt, er werde die vorgebrachten Beschwerden einer genauen Prüfung unterziehen. Die angeführten Misstände in der Beheizung nicht auf Sparsamkeit zurückzuführen, sondern auf den baulichen Zustand der Schulen für den unter dem früheren Regime nicht genügend vorgesorgt worden sei. Wegen der Beschwerden Dopplers könne der Bürgermeister nur sagen, dass über die Vergabe von Schulräumen der Magistrat entscheidet, er werde nachprüfen lassen, ob hier andere Formen bestehen und falls sich eine Unzukömmlichkeit ergeben haben sollte, die Abhilfe bewirken.

Der Referent erklärt in seinem Schlusswort, dass 14 Kontrolloren in den Schulen die ordnungsgemässe Beheizung zu überwachen haben. Trotzdem sei es schwer zu vermeiden, wenn sich hier und da infolge eines Gebrechens in der Heizungsanlage Mängel ergeben. Ubrigens habe das Unterrichtsministerium selbst in einem Erlass angeordnet, in der Beheizung der Schulen 30 Prozent Ersparnisse zu erzielen. Die Gemeinde Wien habe in ihren Schulen diesen Erlass gar nicht angewendet, weil sie den armen Kindern wenigstens in der Schule warme Räume bieten wolle. Der Opposition sei es nur um die Kritik zu tun. Zuhemerken sei schliesslich, dass Schulspaziergänge bei strenger Kälte nicht unternommen werden.

Der Antrag wird sodann angenommen.

GR. Professor Dr. Fränkel erstattet den achten Vierteljahresbericht der Wasserkraftwerke A.G. WAG für die Zeit vom 1. August bis 31. Oktober 1923 und bemerkt dazu, dass trotz der Schwierigkeiten, insbesondere im Frieslingstollen, die Bauarbeiten befriedigend fortschreiten.

GR. Untermüller (chr. soz.) führt an, dass nach den Aussagen von Betriebsräten der Opponitzer Arbeiterschaft der Präsident der WAG, Professor Fränkel, auf die Organisationszugehörigkeit der Arbeiter Einfluss nehme und unter anderem verlangt habe, dass nur freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter gewählt werden dürfen. Auf Betreiben dieser zwei Betriebsräte haben die Arbeiter die Entlassung von nichtsozialdemokratisch organisierten erzwungen. Die beiden, Bluskowitz und Reiterer, wurden dann vom St. Pöltner Gerichte wegen Erpressung bedingt zu Freiheitsstrafen verurteilt. Vier Wochen später ^{hat} derselbe Bluskowitz 14 Millionen Organisationsgelder unterschlagen und ist darauf entlassen worden. Der ganze Vorfall zeige deutlich, wie hierdie Personalpolitik betrieben werde. Die Christlichsozialen müssen dagegen protestieren, dass der Präsident der WAG seine Stellung dazu missbrauche.

Der Referent sagt in seinem Schlusswort, Gemeinderat Untermüller scheine ein sehr schlechtes Gedächtnis zu haben, denn er habe diese Be-

schweren schon einmal im Gemeinderate vorgebracht und damals sei hieüber eine Debatte abgeführt worden. Hierbei stellte ich fest, dass sowohl Bluskowitz als auch Reiterer eine Erklärung unterschrieben haben, dass sie die erwähnten Angaben über mein Verhalten gar nicht gemacht haben. Ich lehne es daher ab, auf den Gegenstand weiter einzugehen. Ich sage es übrigens offen, dass wir für einheitliche Organisation der Leute sind, weil wir mit zwei Organisationen nicht arbeiten können. Nun ist es so weit gekommen, dass die Arbeiter und Angestellten, einen gemeinsamen Betriebsrat haben. (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen: Gr. Untermüller: Sie verteidigen den Terror! GR. Preyer: Das werden Sie sich abgewöhnen müssen!) Die Drohungen der Herren Preyer und Untermüller schrecken mich gar nicht. Sie werden damit nur das Gegenteil erzielen.

Der Bericht wird sodann mit den Stimmen der Mehrheit zur Kenntnis genommen.

GR. Jenschik beantragt die Genehmigung eines Betriebskredites von 500 Millionen Kronen für den Betrieb der technischen Werkstätten in Lainz.

GR. Ellend (chr. soz.) drückt seine Befürchtung aus, dass diese Werkstätten nicht nur die kleinen Gebrechen in der Anstalt selbst zu beheben haben werden, sondern grössere Arbeiten eventuell auf dem Offertwege übernehmen werde. Dadurch würde der Handels- und Gewerbestand, aus dem der Herr StR. Breitner immer neue Steuern herauszupressen wisse, schwer betroffen und in seiner Existenz gefährdet. Es sei darum klar, dass die Minorität nicht für die Genehmigung dieses Kredites stimmen werde. Redner bringe darum auch den Antrag ein, das Referat sei von der Tagesordnung abzusetzen und der Herr Bürgermeister zu ersuchen binnen 14 Tagen dem Gemeinderat eine vollständige Aufstellung über die Gebarung und Betriebsführung der verschiedenen Gemeindegewerkstätten vorzulegen.

GR. Orel (chr. soz.): Die in Frage stehende Ausgestaltung der Betriebswerkstätten sei unwirtschaftlich und antisozial. Der Mensch könne nur als freie Persönlichkeit Ordentliches schaffen. Die Freiheit der Arbeit dürfe auf keinen Fall proletarisiert werden. Weder Individualisierung noch Proletarisierung sei anzustreben, sondern lediglich die Möglichkeit für alle sich frei und in Selbstverantwortung der schaffenden Arbeit hinzugeben.

GR. Lehninger (chr. soz.) bemängelt, dass in Lainz die Pfléglinge- arbeiter viel zu schlecht für ihre Arbeit entlohnt würden. Es handle sich in diesen Fällen um alte Menschen, die in redlicher Arbeit ergraut, auch heute noch Anspruch auf eine angemessene Entlohnung hätte. Die gegenwärtig herrschenden Zustände seien skandalös und drängend der Abhilfe bedürftig.

GR. Erbau (chr. soz.) verweist darauf, dass die Steinmetzwerkstätten der Gemeinde Wien am Zentralfriedhof nicht nur Reparatur- sondern Neuanschaffungs zwecken diene. Eine Tatsache, die sehr zur Befürchtung Anlass gibt, dass auch andere von der Gemeinde geführten Werkstätten in dieser Richtung geführt würden und so dem Gewerbestande schwere Konkurrenz machen.

GR. Jenschik erwidert in seinem Schlusswort dass diese Werkstätten nicht eine Neueinrichtung sind, sondern nur eine bessere Organisation der bereits bei Begründung der Anstalt Lainz eingerichteten, also von der christlichsozialen Verwaltung geschaffenen Werkstätten. Wenn also es zuträfe, dass durch deren Tätigkeit der Gewerbestand geschädigt würde, wären die Christlichsozialen als die Urheber dieser Schädigung anzusehen, da sie mit der Führung der Werkstätten begonnen haben. Was die schlechte Entlohnung, die angeblich geübt würde betreffe, sei darauf hinzuweisen, dass es sich um freiwillig geleistete Arbeit handle, die die Pfléglinge auf sich nehmen und für die sie in der Form einer Kostaufbesserung die eigentliche entsprechende Be-lohnung finden. Niemandem würde Zwang angetan, oder ein bestimmtes Arbeitspensum zur Erledigung zugewiesen.

GR. Ellend (chr. soz.) berichtigt tatsächlich, dass ihm wohl bekannt sei, dass diese Werkstätten keine Neueinrichtungen wären, dass aber durch sie der Gewerbestand schwer zu Schaden gebracht würde.

Der Antrag Jenschik wird, nach dem der Antrag Ellend auf Absetzung des Referates abgelehnt wurde, abgenommen.

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Verhandlung über die Hauptrechnungsabschlüsse für das zweite Halbjahr 1921 und für das Jahr 1922 vertagt wird, da die neugewählten Mitglieder des Gemeinderates diese Abschlüsse nicht erhalten haben. Ohne Bericht wurden Zuschusskredite von 23 und 27.2 Millionen Kronen für Grundankäufe in Floridsdorf, von 60 Millionen Kronen für den Scheckverkehr, von 211.4 Millionen Kronen für die Grundsteuer des Bürgerstifts, ^{von 22} Millionen für Anstaltseinrichtungen in der Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke in Ybbs, von 235 Millionen Kronen für den Sanitätsbetrieb, von 350 Millionen Kronen für verschiedene Remunerationen, von 250.7 Millionen Kronen für Steuern und Abgaben des Fondsguts Ebersdorf, von 424 Millionen Kronen für die Markt- und Approvisionierungsanstalten beschlossen. Ebenfalls ohne Bericht wurden das Darlehen an den niederösterreichischen Landesmutterkeller verlängert, die Errichtung eines Jugendspielplatzes in Hirschstetten mit einem Aufwand von 120 Millionen Kronen und der Ankauf von Grundstücken in Hirschstetten und von Häusern auf dem Alsergrund beschlossen. Dem Brauhaus der Stadt Wien wurde ein Kredit von 700 Millionen für Kühlmaschinen bewilligt, die Gemeindekassen wurden gegen Einbruch versichert, in einer Unterstation der Elektrizitätswerke wird die Errichtung eines Akkumulatorengebäudes beschlossen, im Siedlungsgebiet Ameisbach werden die Strassenhöhen bestimmt und dem Gaswerk die Baubewilligung für eine Dampfkesselanlage erteilt. Für das städtische Ziegelwerk in Oberlaa wird ein neuer Schlepplahnanschluss mit den Bundesbahnen genehmigt, den Feuerwehrgestellten ein Vorschuss bewilligt, die Landesgruppe der Berufsvormünder wird aufgelassen, die Grundlöhne und Nachtschichtzulagen in den Gas- und Elektrizitätswerken erhöht, der Kollektivvertrag mit den Lagerarbeitern des städtischen Wirtschaftsamt und der Arbeitsvertrag für den Kanalräumungsbetrieb abgeändert, ein Nachtragskredit für Personalauslagen beim Bau der Wasserkraftwerke in der Höhe von 260 Millionen Kronen bewilligt, für die Arbeitslosenversicherungsbeiträge werden 240 Millionen Kronen als Zuschusskredit genehmigt, der vorzeitigen Auflösung der Wiener Produktivwerke für Fleisch- und Fettindustrie wird zugestimmt und der Neubau von Hauptunratskanälen in Meidling und in Währing beschlossen.

Stadtrat Kokrda (Sozialdemokrat) referiert über Ankäufe von Amtsstempeln, Zeitschriften, Ausbesserung von Amtsmöbeln und Bezahlung von Fernsprechgebühren und beantragt einen Zuschusskredit von 339 Millionen Kronen.

GR. Stöger (Christl-Soz.) verweist auf die Unzulänglichkeit der Amtsräume im Alten Rathaus, insbesondere des städtischen Steueramtes, die dem starken Parteienverkehr nicht mehr genügen. Die Steuerzahler drängen und stossen sich in diesen Räumen und müssen stundenlang auf die Abfertigung warten. Für die Ausbesserung der Amtsräume geschehe gar nichts sie seien gänzlich verwahrlost, schlecht beleuchtet und schlecht ventiliert und gleichen Räuberhöhlen. Die Gemeindeverwaltung möge doch endlich diese Mistände beheben, die einer Grossstadt unwürdig seien.

Der Referent erwidert, er werde sehen, ob eine Abhilfe bewirkt werden könne.

Der Antrag wird sodann angenommen.

GR. Kopriva beantragt einen Zuschusskredit von 120 Millionen für die Instandsetzung des Daches des städtischen Hauses im 13. Bezirk Uten-dorf-gasse Nr. 3 und bemerkt, dass mit den Wohnparteien Verhandlungen eingeleitet werden, um sie zur Tragung der halben Herstellungskosten zu veranlassen.

Der Zuschusskredit wird bewilligt.

GR. Michal berichtet über die Tarifiermässigung im Nachtverkehr der Kraftstellwagenlinien und stellt die bekannten Anträge, wonach der ermässigte Tarif mit 21. Jänner 1924 in Kraft tritt.

GR. Doppler (chr. soz.) tritt für die Ausdehnung des Verkehrs vom Elterleinplatz bis Dornbach ein und erklärt, dass die Voraussetzungen für eine ziemlich lebhaft Frequenz und Rentabilität bestehen.

GR. Arasek (chr. soz.) spricht sich gegen das Einmannsystem aus und beantragt die Endstation der Nachtkraftstellwagen von der Silbergasse zur Grinzinger Allee zu verlegen.

4
Der Referent erwidert, derzeit sei es unmöglich die vorgebrachten Wünsche zu erfüllen. Man müsse erst die Fertigstellung der 30 in Lieferung gegebenen Kraftstellwagen abwarten. Eine Ausdehnung des Verkehrs bis zur Grinzinger Allee sei aus verkehrspolizeilichen Gründen nicht möglich, weil das Vorbeifahren der schweren Wagen vor dem Rudolfinerhaus unzulässig sei.

Der Antrag Karasek wird abgelehnt, der Referentenantrag angenommen. GR. Jenschik (Sozialdemokrat) beantragt, dass das Kanalwesen, welches gegenwärtig von einer Magistratsabteilung geführt wird, in einem eigenen Betrieb umgewandelt wird und legt ein ausführliches Organisationsstatut für diesen neuen Betrieb der Gemeinde vor.

GR. Angelst (chr. soz.) bemängelt, dass die Gemeindeverwaltung durch die Vorschriften für den Kanalbau die private Bautätigkeit hindere. Die Leistungen der Gemeinde für private Bauten werde immer geringer, aber die Anforderungen, die von der Gemeinde an die Bauunternehmer gestellt werden, vergrößern sich zusehends.

Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten wird die Vorlage angenommen.

GR. Pokorny (Soz. Dem.) beantragt die Bewilligung eines Zuschusskredites von 32 Millionen Kronen für die Instandsetzung des eingestürzten Hauskanals im städtischen Zinshaus, VI., Mollardgasse 32 gegen Rückersatz seitens der Mietparteien.

GR. Doppler (chr. soz.) bemängelt die ungenaue und unzulängliche Ausarbeitung der schriftlichen Vorlage der Tagesordnung für den Gemeinderat und wünscht, dass diesen Uebelständen in Zukunft Abhilfe geschaffen werde.

Der Antrag Pokorny wird hierauf angenommen.

StR. Richter beantragt einen Kredit von 2500 Millionen Kronen zur Deckung der Kosten der Nationalrats- und Gemeinderatswahlen und begründet diesen Kredit damit, dass die Kosten für die Wahlen grösser geworden sind, besonders durch die Verlängerung der Reklamationsfrist und erwähnt, dass auch der Beitrag des Bundes an die Gemeinde Wien kleiner gewesen sei, als man erwartet habe.

GR. Stöger (chr. soz.) spricht Art der gegen die Durchführung der Wahlen. Es sei nicht das richtige Personal in Verwendung gestanden und der Leiter der Wahlen und Organisator sei ein sozialdemokratischer Parteimann.

GR. Binder (chr. soz.) beklagt sich über das System, nach dem die Wahlen durchgeführt wurden und spricht besonders im Hinblick auf den III. Bezirk die Hoffnung aus, dass bei kommenden Wahlen nicht ein solcher Terror geübt werden wie bei den letzten.

GR. Orel (chr. soz.) weist hin, dass man im Bezirke Währing 60 Lehrpersonen dadurch um ihr Wahlrecht gebracht habe, dass man sie in Kommissionen im 20. und 21. Bezirk versetzte. Auch die Durchführung der Wahlen im Haus der Barmherzigkeit müsse Redner bemängeln. Hier habe man alte kranke Menschen in schrecklichster Weise gequält, dadurch dass man nicht organisatorisch richtig die Wahlen zur Durchführung brachte.

Verhandlungen über das Reinigungsgeld. Nach dem Hausbesorgergesetz ist jedes halbe Jahr durch eine Verordnung der Landesregierung das Reinigungsgeld festzusetzen. Die Hausbesorgerorganisationen haben nun von der Wiener Landesregierung eine Erhöhung des gegenwärtig geltenden Reinigungsgeldes um hundert bis hundertfünfzig Prozent verlangt. Heute nachmittags fand nun im Rathaus unter dem Vorsitz des amtsführenden Stadtrates Weber eine Besprechung in dieser Angelegenheit statt, an der Vertreter des Hausbesorger- und Portiervereines, des christlichen Hausbesorgervereines, des allgemeinen Mietervereines, des christlich deutschen Mietervereines, der Zentralorganisation der Hausbesitzervereine, der Handels- und Gewerbekammer und der Arbeiterkammer teilnahmen. In dieser Besprechung erhoben die Hausbesorgerorganisationen die bereits mitgeteilte Forderung nach Erhöhung des Reinigungsgeldes vom 1. Februar an. Nach einer eingehenden Aussprache wurde beschlossen, dass die Vertreter der einzelnen Organisationen sich über diese Forderungen mit ihren Mitgliedern ins Einvernehmen setzen werden und die Besprechung für die nächste Woche vertagt.

5
Dr. Kunschak beschwert sich darüber, dass leitende Persönlichkeiten, die in der breiten Öffentlichkeit wirken, in die Wählerliste nicht aufgenommen worden sind weil sie bei der Begehung des Hauses von Wien abwesend waren. Es ist wohl der ausschlaggebende Grund dafür ihre christliche Gesinnung gewesen. In der Budgetdebatte wurde auch der Fall Schlängel vorgebracht, der noch immer nicht aufgeklärt wurde. Dieser Mann wurde rechtskräftig samt seiner Frau für fünf Jahre von Wien abgeschafft und trotzdem in den Heimatverband der Stadt Wien aufgenommen und gelangte natürlich auch in die Wählerliste. Während der Wahlpropaganda sind die Angestellten der Plakatierungsanstalt der Gemeinde um Mitternacht mit der Plakatierung der sozialdemokratischen Wahlplakate beschäftigt gewesen, wodurch die Gewerbeordnung verletzt und mit dem Gemeindegut Missbrauch getrieben wurde. Schliesslich beantragt der Redner, dass der Gemeinderat eine Kommission einsetzen soll, die festzustellen hat, ob und in welchem Umfang eine Einrichtung der Gemeinde oder eine Unternehmung an der die Gemeinde beteiligt ist, in den Dienste der Wahlagitatorien für eine Partei gestellt worden ist. (Beifall bei den Christlichsozialen)

GR. Plaschkes (Jüd. Nat.) erklärt, einige Beispiele des Wahlunfugs geben zu wollen. Die Judenschaft sei von Sozialdemokraten, Grossdeutschen und Christlichsozialen verhöhnt und verunglimpft worden. Erstere haben sogar einen Rabbiner in vollem Ornat gezeichnet, der die christlichen Führer beschneiden wollte. (Heiterkeit) Was sie nicht gezeichnet haben, das sind die armen Juden, die nach der Seververordnung ausgewiesen wurden nicht die armen jüdischen Studenten, die von den Hakenkreuzlern aus der Universität hinausgeprügelt worden sind. Die Herren Christlichsozialen haben wegen der Auslandskredite mehr Vorsicht angewendet. Immerhin wiesen die christlichsozialen Plakate einen großen Geldsack auf mit einem darauf sitzenden Juden, obgleich sie nicht den Nachweis erbrachten, dass die auf dem Geldsack sitzenden Juden gewisse Beziehungen zu der christlichsozialen Partei haben. Bundeskanzler Seipel sandte an die Juden faksimilierte Briefe aus, für die christlichsoziale Liste zu stimmen. Ich halte es für würde- und ehrlos einem Juden dergartiges zuzumuten. Neben diesen allgemeinen Angriffen wurden auch unerhörte Angriffe gegen die persönliche Ehre der jüdischnationalen Kandidaten erhoben. Man stellte sie als Reklamehelden und Streber hin, obgleich man weiss, welche persönliche Opfer an Existenz und Zeit sie bringen. Die Versammlungen der jüdischen Wahlgemeinschaft wurden von Sozialdemokraten vielfach gestört, insbesondere in der Leopoldstadt und in der Brigittenu. Hier hat auch der christlichsoziale Gemeinderat Körber jüdische Wähler aus der Liste herausreklamiert, Lebende als tot, Ortsanwesende als abwesend bezeichnet, doch ist dank der strengen Objektivität der Magistratsbeamten in allen Fällen nach Recht und Gesetz verfahren worden. Am Wahltage selbst spielten sich unerhörte Terrorakte ab, es wurden jüdische Wähler unter sozialdemokratischer Bedeckung in die Wahllokale geführt.

Der Bürgermeister unterbricht den Redner und fordert ihn auf zum Gegenstande zu sprechen. Als GR. Dr. Plaschkes fortfährt, Einzelheiten vom Wahltage zu erzählen, unterbricht ihm neuerlich der Bürgermeister mit dem Bemerkens, er könne eine Debatte hierüber nicht zulassen, da hier lediglich die Wahlkosten zur Erörterung stehen.

GR. Dr. Plaschkes: So viel darf ich wohl feststellen, dass die sozialdemokratische Partei in der Leopoldstadt und in der Brigittenu am Wahltage falsche erlogene Nachrichten in die Öffentlichkeit brachte, um der jüdischen Wahlgemeinschaft Stimmen abspenstig zu machen. Das Wahlgesetz an sich sei ungerecht, es unterdrücke die Minoritäten und liefere ein falsches Bild über die wirkliche Stimmung der Wählerschaft. Wenn Wien ein gerechtes Wahlgesetz erhalten werde, werde Redner auch für die Kosten der Wahl stimmen können.

GR. Bermann (Soz. Dem.): Das Fehlen einzelner Personen in der Wählerliste ganz gewiss nicht auf böse Absicht zurückzuführen. Man kann ohne weiters beweisen, dass auch sozialdemokratische führende Persönlichkeiten, wie Nationalräte, in die Wählerliste nicht aufgenommen worden sind, weil sie bei der Häuserbegehung nicht anwesend waren. Jedenfalls kann festgestellt werden, dass die Zahl der Reklamationen bei der letzten Wahl weitaus geringer war, als bei den Wahlen, die die jetzige Minderheit organisiert hat. Dazu kommt noch, dass jetzt die Zahl der Wähler

6

infolge der Wahlberechtigung der Frauen und der Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Zwanzigjährigen sich mehr als verdoppelt hat und wenn trotzdem weniger Reklamationen sich ergeben, so zeigt das klar, dass diese Wählerliste vollständig unparteiisch angelegt worden ist. Gegen die Ausführungen meines Vorredners zu polemisieren ist bei diesem Gegenstand nicht zulässig, es wird sich wohl auch da eine Gelegenheit geben, um entsprechend zu antworten.

StR. Richter (Schlusswort): Ich beschränke mich darauf alle Anschuldigungen zu widerlegen, die gegen den amtlichen Apparat in Bezug auf die Wählerliste vorgebracht wurden. Die Mängel sind darauf zurückzuführen, dass die Wählerlisten in einer Zeit angelegt werden mussten, in der eben so viele Personen auf dem Lande oder sonstwie nicht in ihren Wohnungen anwesend waren. Die hier vorgebrachte Behauptung es seien 60 Lehrer von Währing in die Brigittenau und Floridsdorf in Wahlkommissionen gesetzt worden, ist vollständig unrichtig. Was die Angelegenheit mit der Wipag betrifft, ist die Nacharbeit der betreffenden Arbeiter sehr leicht zu erklären damit, dass eben diese Anstalt, sowie alle Plakatierungsunternehmungen in der Zeit des Wahlkampfes sehr stark in Anspruch genommen wurde und den Anforderungen tagsüber nicht erschöpfend nachkommen konnte. Was den Fall Schlengel betrifft, konstatiere ich nochmals, dass dieser Mann heute noch nicht österreichischer Staatsbürger geworden ist, da er das erst wird, mit der Erledigung der vorgeschriebenen Taxe für die Aufnahme in den Heimatsverband.

Wenn also wahr ist, was GR. Kunschak vorberachte, dass dieser Mann um Ermässigung der Aufnahme taxen angesucht habe, so ist er heute noch nicht österreichischer Staatsbürger und folglich auch nicht wahlberechtigt.

GR. Orel berichtet tatsächlich, dass es sich im Bezug auf seine Behauptung, es seien 60 Lehrer versetzt worden, geirrt habe, es müsse richtig heissen Magistratsbeamte, ferner sei zu berichten, dass Lueger niemals Anhänger des freien allgemeinen gleichen Wahlrechtes gewesen sei, sondern nur seinerzeit diesem Wahlrechte den Vorzug vor einen schlechteren, nämlich dem Zensuswahlrechte, gegeben habe.

Der Antrag Richter wird angenommen, der Antrag Kunschak abgelehnt.

GR. Schorsch (Soz. Dem.) beantragt für den Umbau der Schaltanlagen im Kraftwerk Engerthstrasse einen Sachkredit von 7.5 Milliarden Kronen zu bewilligen.

GR. Körber (chr. soz.) verweist auf die Rauchplage der Elektrizitätswerke in der Engerthstrasse und hält es aus diesem Grunde für zweckmässiger die Elektrizitätswerke in Simmering, die im freien Gelände liegen, auszubauen. Die Direktion möge auch endlich dazu verhalten werden Rauchverzehrer zur Verminderung der Rauchplage in Anwendung zu bringen.

Der Referent entgegnet, dass beim Elektrizitätswerk durch aus kein kalorisches Ausbaue vorgenommen, sondern lediglich die Schaltanlage erweitert werde.

Der Antrag wird sodann angenommen.

GR. Schorsch berichtet weiter über den Antrag, den Gültigkeitsbeginn der Hin- und Rückfahrtscheine und Wochenkarten der Strassenbahnen

an den Werktagen von Montag bis Freitag für die Rückfahrt auf ein Uhr festzusetzen.

GR. Wielsch (chr. soz.) ersucht den Gültigkeitsbeginn auf 12 Uhr mittags zu verlegen, da viele Kurzarbeiter schon um diese Zeit Arbeitschluss haben. Sie führt dann Beschwerde über die Verunreinigung der Strassenbahnwagen und wünscht, dass die Schaffner strenger auf Ordnung achten. Schliesslich verlangt sie eine Verlegung des Betriebschlusses auf eine spätere Nachtstunde und die Festsetzung einer späteren Stunde für die Nachfahrtscheine.

GR. Doppler (chr. soz.) bespricht einige Mängel im Betriebe der Strassenbahn und erklärt es sei geradezu ein Wunder dass nur so wenige Unfälle sich ereignen. Es müsse vor allem das Ueberfüllungsverbot wieder eingeführt und die Verkehrsichte durch Einschaltung von Zügen erhöht werden. Das Stehen auf den Trittbrettern und Plattformen muss soweit als möglich verboten und unmöglich gemacht werden. Das Nichtfunktionieren der Heizvorrichtung in manchen Wagen macht sich besonders bei dem jetzt herrschenden Frost sehr unangenehm bemerkbar und kann das doch gewiss nicht von dem Belieben der einzelnen Schaffner abhängen, ob ein Wagen geheizt ist oder nicht. Wenn die Vorrichtungen zur Heizung nicht funktionieren, so trafe die Schuld die Direktion und die verschiedenen Werkstättenleitungen, die zeitgerecht Vorsorge für das Funktionieren hätten treffen müssen.

Der Referent erklärt in seinem Schlusswort, dass infolge der Unmöglichkeit der breiten Massen ihrem Arbeitsorte nachzuziehen, die Benützung der Strassenbahn gegenüber der Friedenszeit um mehr als ein Drittel zugenommen hat. Selbstverständlich ergeben sich daraus viele Mängel und die Direktion sei unablässig bemüht sie abzustellen.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag einstimmig angenommen.

Bgm. Seitz unterbricht hierauf die Sitzung und teilt mit, dass sie voraussichtlich am kommenden Freitag fortgesetzt werden wird.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Samstag, den 19. Jänner 1924.

.....
Sitzungen im Rathause. In der kommenden Woche halten der Stadtsenat am Dienstag, den 22. ds. um 10 Uhr Vormittag und der Gemeinderat am Freitag, den 25. ds. um 4 Uhr Nachmittag Sitzungen ab.

.....
Entfallende Sprechstunde. Infolge dienstlicher Verhinderung entfällt am Montag, den 21. ds. die Sprechstunde bei dem amtsführenden Stadtrat für technische Angelegenheiten Siegel.

.....
Die Wasserkraftwerke der Gemeinde Wien. Der österreichische Ingenieur- und Architektenverein veranstaltet in seinem Vortragssaale, I., Eschenbachgasse 9, am Dienstag, den 22. Jänner um $\frac{1}{2}$ 7 Uhr abends einen Vortrag über den Stand der Bauarbeiten bei den Wasserkraftwerken der Gemeinde Wien. Der Vortrag wird von dem Ingenieur der WAG, Franz Kuhn, gehalten und werden Lichtbilder und Filme vorgeführt.

.....
Die Erholungsfürsorge für Jugendliche. Morgen Sonntag um 2 Uhr Nachmittag ist im Verbandsheim VI., Königsegg-Gasse 10 eine Zusammenkunft der ehemaligen Zöglinge der Erholungsheime für Lehrlinge und Lehrlingmädchen. Der Leiter der Lehrlingsfürsorgeaktion August Marianek wird über die Organisation dieser Aktion im Jahre 1924 berichten.

.....
Der ermässigte Kraftstellwagennachtarif. Am Montag, den 21. Jänner werden die im Nachtverkehr befahrenen Linien des Kraftstellwagens Nordbahn - Stefansplatz - Südbahn, Rochusgasse - Stefansplatz - Elterleinplatz, Rainergasse - Stefansplatz - Franz Josefsbahn, Stefansplatz - Hietzing, Stefansplatz - Gersthof und Stefansplatz - Silbergasse in je zwei Teilstrecken zerlegt. Die ersten drei Linien werden am Stefansplatz unterteilt und die zweiten drei Linien am Gürtel. Der Fahrpreis wird von diesem Tage an ermässigt und beträgt für eine Teilstrecke 5000 K, und für zwei Teilstrecken 10.000 K. Umsteigfahrtscheine werden nicht ausgegeben. Im Vorverkauf ermässigen sich die Fahrscheine auf 4500 K für eine Teilstrecke und auf 9000 K für zwei Teilstrecken. Der Tarif für Sonderfahrten beträgt für eine Tagestunde 30.000 K, für eine Nachtstunde 60.000 K, für einen Kilometer ab Garage 12.000 K und der Mindesttarif für eine Bestellung wurde mit 100.000 K festgesetzt.

.....
Die Sammlung für die Armen Wiens. Wie wir bereits mitgeteilt haben, findet der Sammeltag für die Armen Wiens am Sonntag, den 27. Jänner statt. Es werden die bekannten amtlichen Sammelbogen rechtzeitig den Wohnparteien übermittelt.

.....
Spenden für die Armen Wiens. In der gestrigen Gemeinderatssitzung teilte Bürgermeister Seitz mit, dass die niederösterreichische Escomptegesellschaft für wohltätige Zwecke 50 Millionen, Herr Generaldirektor Kraus von der Zentral-europäischen Länderbank für wohltätige Zwecke ebenfalls 50 Millionen, Präsident Camillo Castiglioni für die Armen Wiens 30 Millionen, Frau Marie Schmid 5 Millionen, Herr Dr. Paul Raumann 5 Millionen und Generalkommissär Dr. Alfred Zimmermann 2 Millionen gespendet haben. Die Firma Gebrüder Gutmann spendete zur Verteilung an Arme fünf Waggons Kohle. Ein ungenannt sein wollender Spender, der seit Jahren unter dem Namen „Wilhelm“ Zuwendungen für arme Schulkinder macht, hat für die Kinder der städtischen Knabenvolksschule, Quellenstrasse 54, sowie für die Kinder der Knabenvolksschule Thavonatgasse 20, eine große Zahl von Bekleidungsgegenständen im Werte von ungefähr 25 Millionen Kronen und für bedürftige Schulkinder der Schulen in der Quellenstrasse 31 und in der Fuchbaumgasse 55 als Weihnachtsgabe für bedürftige Schulkinder ebenfalls Kleidungsstücke im Werte von rund 25 Millionen gespendet.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Samstag, 19. Jänner 1924. D r i t t e A u s g a b e

Die Leichenfeier für Gemeinderat Dr. Heinrich Grün. Im Krematorium der Stadt Wien wurde heute nachmittags der Leichnam des Gemeinderates Dr. Grün eingehüchert. Der Leichenfeier im Krematorium ging eine Trauerkundgebung vor dem Hause des Verstorbenen voraus, bei der Gemeinderat Fischer namens des Wahlbezirkes von dem Toten Abschied nahm und an der für den christlichsozialen Gemeinderatsklub die Gemeinderäte Körber und Marie Wielsch, sowie Bezirksvorsteherstellvertreter Ludikovsky teilnahmen. An der Leichenfeier im Krematorium nahmen teil: Bürgermeister Seitz, Vizebürgermeister Emmerling, sämtliche amtsführende Stadträte, Präsident Eldersch und viele Nationalräte, Polizeipräsident Schober, Bezirksvorsteher Berdiczower, Magistratsdirektor Dr. Hartl und die meisten sozialdemokratischen Gemeinderäte und Bezirksvorsteher. Bürgermeister Seitz hielt nun dem toten Gemeinderat folgende Nachruf: Wir bestatten hier einen der Besten, einen der treuesten Diener der Gemeinde Wien. Dr. Grün war Arzt, er war aber ein Arzt im vollen Sinne des Wortes, erfüllt von der Liebe zur Menschheit, erfüllt von einem unauslöschlichen Drange, den Unglücklichen zu helfen, den Kranken ihre Gesundheit wiederzugeben. Es war nur selbstverständlich, dass Dr. Grün bei dieser Berufstätigkeit in den proletarischen Gebieten zu der Erkenntnis kam, dass die medizinische Wissenschaft nicht genügen kann, den Menschen wirklich zu retten, wenn er nicht über die finanziellen Mittel verfügt um sich zu heilen. Es war daher selbstverständlich, dass Dr. Grün den Weg nahm, wie viele andere Aerzte, wie einer der Grössten in unseren Reihen, Dr. Viktor Adler. Das waren Aerzte, die erkannten, dass man die Gesellschaft heilen müsse, wenn der einzelne Mensch geheilt werden soll. So kam Dr. Grün in das öffentliche Leben. So hat er gewirkt bis zu dem Tage wo die grosse Sache, der er gedient hat, der Sozialismus, in Wien zur Macht kam. An dem Tage wurde Dr. Grün in den Gemeinderat entsendet. In selbstloser, hingebungsvoller Weise hat er im Gemeinderat gewirkt. Wir im Gemeinderat haben an Dr. Grün einen unserer Besten verloren, einen Mann der immer fröhlich war, dem nichts etwas anhaben konnte, der immer hilfsbereit war, dabei bescheiden und darauf bedacht nirgends sich vorzudrängen. Wir übergeben seinen Leichnam der reinigenden Flamme, die ihn verzehren wird. Aber was nicht verzehrt werden kann, ist das Werk, das er geschaffen hat. Die hunderte Menschen, die sich an ihm ein Beispiel genommen haben, die tausende, die durch sein Wort und noch mehr durch seine Tat gewonnen wurden für die grosse Sache des Sozialismus, sie nehmen sein Werk auf, so dass er auch fernerhin mit uns und in uns fortleben wird, als einer der Edelsten und Besten. Nach dem Bürgermeister sprach Vizebürgermeister Emmerling: Schmerzbewegt geben wir Dir, lieber Freund Grün, das letzte Geleite. Nun gilt es, von Dir, treuer Freund, für immer Abschied zu nehmen und Dir die letzten Grüsse zu entbieten. Deine Lebensarbeit als Arzt, als Mensch ging dahin, die Leiden der Menschheit zu lindern, die Menschen aufzurichten, ihnen ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen, sie zu befähigen den schweren, harten Kampf des Lebens führen zu können. Du standest in einem stetem stetem Kampfe mit den Gewalten, die dem Leben des Menschen feindlich sind. Nun bist Du dem Tod erlegen, einem Tod, der Dich zuerst mahnte, dann jäh und unvermittelt mit grausamer Hand Deinem segensreichen Wirken ein Ende setzte. Die reinigende Flamme wird Deinen Leib der Verwesung entreissen. Uns bleibt Dein Bild, das Bild eines pflichtbewussten, opferbereiten, guten Menschen. Dieses Bild, die Erinnerung an Dich wird dauernde Gestalt in uns bekommen und uns aufrufen zu der Arbeit für die gesamte Menschheit. Wir danken Dir für Deine treue Mitarbeit. Mit diesem Danke verbinden wir die Versicherung, Dir stets ein ehrenvolles Andenken zu bewahren. Wir grüssen Dich, lieber guter Freund, zum letztenmal. Namens der Aerztekammer nahm Präsident Dr. Thenen in ergreifenden Worten von dem Toten Abschied. Für die Arbeiterkrankenkassen hielt Obmann Jelinek dem verstorbenen ärztlichen Mitarbeiter einen tiefempfundenen Nachruf, worauf die Trauerfeier mit einem Choral des Gesangsvereines „Elektra“ beendet wurde.

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Samstag, den 19. Jänner 1924.

Blumenpracht im Winter. Die Gemeinde Wien besitzt 352 grössere und kleinere Gartenanlagen, die mehr als 2.1 Millionen Quadratmeter umfassen und in denen rund 56.000 Bäume stehen. Besonders im vergangenen Jahre hat die Gemeindeverwaltung diese öffentlichen Gartenanlagen stark erweitert und verschönert. Es wurden 34 grössere Gartenanlagen, die teilweise zerstört waren, wieder instand gesetzt, die Rasenstreifen der Ringstrasse, der Lothringerstrasse neu besäht und in Ottakring der Stillfriedpark und in Währing der Herbeckpark bedeutend erweitert. Die Reitallee auf der Ringstrasse wurde in einen Promenadeweg umgewandelt und mit Sitzbänken versehen. Durch die Umwandlung des ehemaligen Matzleinsdorfer-, des allgemeinen Währinger-, des Donauefelder- und des Floridsdorfer Friedhofes in Parkanlagen wurden prächtige Erholungsstätten mit Jugendspielplätzen geschaffen. Umfangreiche Gartenanlagen wurden im neuen Versorgungshaus in Baumgarten, im Versorgungshaus in der Meldemannstrasse, bei den Erholungsstätten für Leichtlungenkranke Spinnerin am Kreuz, Kreuzwiese in Hernals und beim Schloß Bellevue errichtet. Auch in den Höfen der neuen Gemeindegewohnhäuser hat die städtische Gartenverwaltung zweckentsprechende Hausgärten mit Kinderspielplätzen angelegt. Ausserdem wurden die Alleen und andere kleinere Baumpflanzungen verbessert. In den verschiedenen Parkanlagen und auf den Promenadewegen wurden ungefähr 1200 neue Gartenbänke aufgestellt, so dass der Friedensstand bereits überschritten ist. Im vergangenen Jahre wurde auch eine reichere Ausgestaltung der öffentlichen Anlagen mit Blumen durchgeführt.

Die gewaltige Menge von Pflanzen und Blumen, die für die Ausschmückung der städtischen Gartenanlagen notwendig ist, wird vor allem in dem grossen Reservegarten der Gemeinde Wien in der Vorgartenstrasse, der heute von den Vertretern der Presse besichtigt wurde, gezüchtet. Dieser Reservegarten ist 46.000 Quadratmeter gross, besitzt 25 Glashäuser und eine grosse Zahl von Mistbeeten und sonstigen Aufzuchtshilfen für die Beschaffung der erforderlichen Anzahl von Pflanzen. Bemerkenswert sind die in dem neuen grossen Palmenhause, das erst im vergangenen Jahre mit grossen Kosten instandgesetzt und mit neuen Heizkesseln versehen wurde, untergebrachten Riesenpalmen, meist seltene Schaustücke, die bei festlichen Anlässen zu Dekorationszwecken dienen. Ebenso interessant sind die Treibhäuser, die zur Erzielung des vorzeitigen Blühens verschiedener Pflanzen und Gehölze, wie Flieder, Prunus, Azaleen, Rosen, Hortensien und der verschiedenen Blumenzwiebeln wie Hyazinthen, Tulpen, Narzissen, Crocus u.s.w. notwendig sind. Diese Gewächse werden in verschiedenen Zeiträumen, nachdem eine entsprechende Vorkultur erfolgt ist, in diese Treibhäuser gestellt, in entsprechend stets steigende Temperatur gehalten und so frühzeitig zum Blühen gebracht. Dadurch ist es möglich, stets

immer in gewissen Abständen aufgeblühte Exemplare zu erhalten. Der grösste Teil der Glashäuser wird zur Erzielung der Vermehrung der verschiedenen Pflanzen benützt. Diese Vermehrung erfolgt entweder durch Samen oder durch Stecklinge. So sorgt die städtische Gärtnerei schon im Winter, wenn draussen Eis und Schnee liegen und grimmige Kälte herrscht, für die Aufzucht der Blumen, die sobald die warme Witterung eintritt, in den Parkanlagen das Auge der Besucher erfreuen. Mehr als eine Million Pflanzen und Schnittblumen sind jährlich für die Ausschmückung der städtischen Gartenanlagen notwendig und diese gewaltige Menge wird im städtischen Reservegarten erzeugt. Damit ist der Friedensverbrauch erreicht.

Im kommenden Frühjahr wird die städtische Gartenverwaltung grosse Aufgaben zu erfüllen haben. Es sollen drei weitere Friedhöfe, nämlich der Handstürmer-, der erste Teil des Schmelzer- und der Währinger Ortsfriedhof in Gartenanlagen umgewandelt werden. Am Mincioplatz in Fünfhaus, in der Richthausenstrasse in Hernals, auf der Stefaniehöhe in Döbling und in der Langobardenstrasse in Stadlau werden öffentliche Parks errichtet. Der Floridsdorfer Aupark muß erweitert und eine grössere Zahl von Alleepflanzungen in allen Bezirken Wiens hergestellt werden. Ausserdem werden ungefähr tausend neue Gartenbänke aufgestellt. Die städtische Gartenverwaltung beschäftigt neben den Verwaltungsbeamten noch 65 gelernte Gärtner und im Jahresdurchschnitt ungefähr 300 ungelernte Arbeiter.

Die Wiener Gartenanlagen, die während des Krieges von der Bevölkerung nicht im geringsten geschont wurden, sind im vergangenen Jahre fast auf den Friedensstand gebracht worden. Auch die Zerstörungen sind stark zurückgegangen und im Jahre 1923 wurden rund 150 Anzeigen über Beschädigungen der Gartenanlagen erstattet. Besonders durch das Fussballspiel, werden manche Gartenanlagen beschädigt. Durch verständnisvolles Zusammenwirken der Bevölkerung und der städtischen Gartenorgane werden sich auch diese Verhältnisse bessern.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Montag den 21. Jänner 1924.

Jubilare der Ehe. In der vergangenen Woche überreichte StR. Speiser in Vertretung des Bürgermeisters den goldenen Hochzeitspaaren Ernst und Anna Röhner, XXI., Holzmeistergasse 11, Ignaz und Louise Schück, II., Untere Augartenstrasse 16 und Josef und Amalie Schwarzinger, VII., Kaiserstrasse 26, die Ehrengabe der Gemeinde Wien.

Wiener Kinder nach San Pelagio. Am Mittwoch werden von der Gemeinde Wien die ersten Kinder in diesem Jahre nach dem Süden entsendet. Vom Wiener Südbahnhof werden an diesem Tage um 22 Uhr 40 Minuten 55 tuberkulose Kinder in das Seehospiz nach San Pelagio fahren. Davon werden 25 Kinder in die Kinderheilstätte Lussin Grande abgegeben.

Reichsdeutsche Gast Schüler. Der Stadtschulrat für Wien hat an die ihm unmittelbar unterstehenden Unterrichtsanstalten einen Erlass über die Aufnahme reichsdeutscher Kinder gerichtet. In diesem Erlasse wird darauf verwiesen, dass infolge der im deutschen Reiche herrschenden Not, immer mehr reichsdeutsche Kinder in Wien eintreffen. Um diese Kinder während der Zeit ihres Aufenthaltes in Wien einem geregelten Schulunterricht zuzuführen, wurden die Schulleitungen angewiesen, bei der Aufnahme solcher Kinder das tunlichste Entgegenkommen walten zu lassen. In zweifelhaften Fällen haben die Schulleitungen sich mit dem zuständigen Bezirksschulinspektor zu verständigen.

Deutsche Kinder in der Obhut der Gemeinde Wien. Am Sonntag, den 20. Jänner um acht Uhr früh kamen die ersten reichsdeutschen Kinder, die von der Gemeinde in ihre eigenen Anstalten aufgenommen werden, in Wien an. Es waren 57 Mädchen und 45 Knaben, also zusammen hundert Kinder, die das Jugendamt der Stadt Dresden ausgewählt hatte. Die Gemeinde Wien hatte vom städtischen Jugendamt Dr. Breunlich, einen Arzt, eine Fürsorgerin und einen Beamten nach Passau entsendet, um die Schützlinge der Stadt Wien zu übernehmen. Die Kinder kamen am Samstag spät abends in Begleitung eines Beamten und zweier Fürsorgerinnen der Stadt Dresden in Passau an, wo sie von der Uebernahmskommission der Gemeinde Wien, die mit Tee, Zucker, Milch, Brot und Fett wohl ausgerüstet war, ausgespielt wurden. Jedes Kind erhielt auch eine warme Reisdecke, so dass die Nachtfahrt gut überstanden wurde und die Kleinen bei ihrer Ankunft in Wien wohlauf waren. Schliesslich soll nicht unerwähnt bleiben, dass der deutsche Wirt des Bahnhofes in Passau für das warme Wasser für eine Schale Tee von den Wiener Abgesandten, die den reichsdeutschen Kindern zur Hilfe geeilt waren, dreitausend Kronen verlangt hat.

Die Gemeinde für die Wiener Frühjahrsmesse. In der heutigen Sitzung des gemeinderätlichen Finanzausschusses wurde über Antrag des Gemeinderates Hless der Wiener Frühjahrsmesse eine Subvention von 250 Millionen Kronen bewilligt. An die Bewilligung dieses Betrages ist die ausdrückliche Bedingung geknüpft, dass er für Propagandazwecke zu verwenden ist, um das Ausland auf die Stadt Wien, ihre hochentwickelten gewerblichen und industriellen Erzeugnisse aufmerksam zu machen und so die Anknüpfung neuer kaufmännischer Beziehungen herbeizuführen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die städtischen Waisenkinder im Rathaus. Samstag nachmittag waren die Zöglinge der städtischen Waisenhäuser als Gäste des Bürgermeisters und seiner Frau im Rathaus zu einer Jause geladen. Es waren ungefähr siebenhundert Kinder schulpflichtigen Alters und eine kleine Zahl Erwachsener in dem festlich mit Blumen geschmückten Speisesaal des Rathauses erschienen. Bürgermeister Seitz begrüßte sie. In früherer Zeit war man der Ansicht, dass Waisenkinder nur Handwerker werden können, die günstigsten Falles nach der Schulzeit eine mittlere Lehranstalt besuchten. Die Stadt Wien ist heute der Ansicht, dass jedes Waisenkind zu allen Schalen zugelassen werden soll, wenn es dazu befähigt ist. Die Stadt Wien hofft, dass sich die Waisenkinder in ihrem schweren Lebenskampf durchringen und tüchtige Bürger werden. In launiger Weise schilderte der Bürgermeister seine eigene Jugend als Waisenkind und gab der Hoffnung Ausdruck, dass die Zöglinge der Waisenhäuser, so wie er, sich auch fernerhin ihrer Jugend und der Gemeinde, die ihnen Vater und Mutter ersetzt hat, erinnern werden. Zum Schluss lud der Bürgermeister die Kinder ein, sich die Jause gut schmecken zu lassen. Die Kapelle der städtischen Strassenbahner besorgte in liebenswürdiger Weise unentgeltlich die Tafelmusik. Die Kinder erhielten Scho kolade, Gugelhupf und jedes noch ein Säckchen vollgefüllt mit Bäckerei. Es war absichtlich vermieden worden, eine grössere Zahl Erwachsener zu laden, damit sich die fröhlichen Kinder zwangloser unterhalten können. Ausser dem Bürgermeister und seiner Frau waren nur der amtsführende Stadtrat für Wohlfahrtsangelegenheiten Professor Tandler und die Vorsitzende seines Ausschusses, Gemeinderätin Glöckel anwesend. Mit Sonderzügen der Strassenbahn wurden die Kinder vom Rathaus wieder in ihre Heime gebracht. Am Mittwoch den 23. Jänner werden die städtischen Waisenkinder eine Vorstellung im Zirkus Hagenbeck besuchen.

Die Erholungsfürsorge für Jugendliche. Am Sonntag nachmittag versammelten sich im Verbandsheim in der Königseggasse die ehemaligen Pfleglinge der Lehrlingsfürsorgeaktion. Saal und Galerie waren überfüllt. Es waren nicht nur die Pfleglinge selbst, sondern auch in grosser Zahl deren Eltern gekommen, um über die Durchführung der Organisation der Erholungsfürsorge für Jugendliche unterrichtet zu werden. Die Leitung der Aktion leitete die Zusammenkunft mit ernstem und heiteren Vorträgen, die ausschliesslich von Pfleglingen der verschiedenen Erholungsheime gehalten wurden, ein. Aus diesen Vorträgen war zu ersehen, dass die Aktion nicht nur das leibliche Wohlbefinden der ihr anvertrauten Lehrlinge und Lehrlingmädchen in ihren Erholungsheimen zu erzielen bestrebt ist, sondern auch für geistige Nahrung sorgt. Es waren recht hübsche und vielfach auch unterhaltende Darbietungen, die von den Pfleglingen vorgeführt wurden und die zeigen, welches frohes Leben in den Erholungsheimen der Lehrlingsfürsorgeaktion herrscht. Der Leiter der Aktion August Marianek erörterte eingehend die Pläne für das Jahr 1924. Es werden vorerst die vier Heime in Niedersalm bei Salzburg, in Fischau a. d. Schneebergbahn, in Bruck a. d. Leitha für männliche und in Wieselburg a. d. Erlauf für weibliche Erholungsbedürftige Jugendliche eröffnet und Anmeldungen schon jetzt entweder bei den Krankenkassen, bei denen die Erholungsbedürftigen versichert sind oder in der Leitung der Aktion, I., Hofgartengasse Nr. 3, entgegengenommen. Es dürften ungefähr 5000 Jugendliche in diesem Jahre in den Erholungsheimen der Lehrlingsfürsorgeaktion aufgenommen werden, um dort ihre gefährdete Gesundheit wieder zu erlangen. Die Kosten dieses Erholungsaufenthaltes werden zum grössten Teile von den Krankenkassen getragen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Dienstag, den 22. Jänner 1924.

Gemeindesubventionen. In der gestrigen Sitzung des gemeinderätlichen Finanzausschusses wurden die noch unerledigten Subventionsgesuche verhandelt. Der grösste Teil der Subventionsansuchen wurde nämlich mit Rücksicht auf den dringenden Notstand der ansuchenden Vereinigungen bereits im Laufe des Jahres 1923 jeweils nach Einlagen des Gesuches erledigt. Im Vorschlag für das Jahr 1923 war für die Gemeindesubventionen ein Kredit von 310 Millionen Kronen vorgesehen, der aber schon bisher weit überschritten wurde, da die Subventionsbeiträge bereits die Summe von 2.339,082.140 K erreichten. In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses wurden abermals 105.7 Millionen Kronen als Subventionen bewilligt. Davon sind besonders hervorzuheben die Subvention von fünf Millionen Kronen für den Ausschuss für volkstümliche Universitätsvorträge, von vier Millionen für die Wiener Philharmoniker, von fünf Millionen für die Kunstschule für Frauen und Mädchen, von sechs Millionen für das Kuratorium der Lehrlingsfürsorge beim Bundesministerium für soziale Verwaltung, von fünf Millionen für die Lehrlingsfürsorgekommission des Fortbildungsschulrates, von rund zehn Millionen für die genossenschaftlichen Fortbildungsschulen der Fleischhauer, Gastwirte und Kaffeesieder, Hoteliers, Schuhmacher, Uhrmacher, von je einer Million für die Denkmäler der Tonkunst und dem Wirtschaftsverband bildender Künstler Oesterreichs, von zehn Millionen für das österreichische Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose, von je einer Million für das Kaiser Franz Josef Ambulatorium, das Greisenasyl der Barmherzigen Schwestern vom hl. Karl Borromäus, für den Unterstützungsverein für aus den Heil- und Pflegeanstalten entlassenen hilflosen Personen, für die Marie Prizibram'sche Blinden- Mädchenanstalt und für den Wiener Tierschutzverein, von je vier Millionen für das Brigittahospital und dem Verein „Herzstation“. Dem Verband für freiwillige Jugendfürsorge wurde zur Beteiligung der ihm angeschlossenen Vereinigungen eine Subvention von fünfzig Millionen Kronen bewilligt. Ausserdem erhielten eine Reihe anderer Vereinigungen kleinere Beträge. Die Vertreter der Minderheit beantragten, dass einige Subventionsgesuche, die abgewiesen worden waren, berücksichtigt werden sollen. Die Anträge wurden abgelehnt und die Vorlage unverändert angenommen.

Die Abgaben der Vergnügungslokale für den Invalidenfonds. Gestern sprachen bei Bürgermeister Seitz der geschäftsführende Vorsitzende des Landesverbandes Wien der Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebenen Brandeis, der Vorsitzende dieses Verbandes Benatzky und der Sekretär Wolfmüller vor. Die Abordnung überreichte dem Bürgermeister eine Entschliessung, die kürzlich von der Delegiertenversammlung der Invalidenorganisation angenommen worden war und in der darüber geklagt wird, dass das Bundesministerium für soziale Verwaltung die von den Vergnügungslokalen und Kaffeehäusern für die Erteilung von ausserordentlichen Sperrstundenverlängerungen eingehobene Abgabe für den Invalidenfonds ohne jedwede Rechnungslegung oder gesetzmässige Verantwortung verwaltet. Der Landesverband Wien der Kriegsinvaliden hat aus diesem Fonds bis jetzt überhaupt nichts erhalten, während kleine Organisationen, die vermöge nicht bestehender oder nur in geringer Anzahl vorhandener Mitglieder oder wegen ihrer nicht seriösen Gebarung grundsätzlich aus dem Kriegsofferfonds nicht beteiligt werden, aus diesem unkontrollierbaren Invalidenfonds bereits mehrmalige Zuwendungen in einer für die Öffentlichkeit unbekanntem Höhe erhielten. Die Abgabe für diesen Invalidenfonds wird den Besitzern von Vergnügungslokalen und Kaffeehäusern durch die Polizeidirektion vorgeschrieben. Die erwähnte Delegiertenversammlung fordert daher den Polizeipräsidenten von Wien auf, dass öffentlich bekanntgegeben wird, wie gross die bereits geleisteten Abgabenbeträge sind und verlangt vom Bundesministerium für soziale Verwaltung die öffentliche Rechnungslegung über die Gebarung dieser Beträge. Die Abordnung erklärte, dass sie über Auftrag dieser Delegiertenversammlung verspreche und ersuche den Bürgermeister in seiner Eigenschaft als Landeshauptmann, er möge beim Polizeipräsidium über diesen Invalidenfonds Aufklärung verlangen. Bürgermeister Seitz sagte die Erfüllung dieses Wunsches zu.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Mittwoch, 28. Jänner 1924

Die ermässigte Autotaxe. Unter dem Vorsitz des amtsführenden Stadtrates Richter fand heute im Rathaus eine Besprechung mit den Vertretern der Genossenschaft der Lohnfuhrwerker, der Polizeidirektion und der Handels- und Gewerbekammer statt, in der über eine Ermässigung der Lohnfuhrwerks- taxen beraten wurde. Die Wiener Landesregierung hat zuletzt im September 1922 diese Taxen festgesetzt. Damals war die Beschaffung des Benzins, der Autoreifen, des Oels noch mit grossen Schwierigkeiten verbunden und dieses Betriebsmaterial sehr teuer. Inzwischen haben sich die Verhältnisse bedeutend verbessert und wurde von vielen Autotaxibesitzern die im Sep- tember 1922 beschlossene neuntausendfache Friedenstaxe auf das Sieben- tausendfache herabgesetzt. Nunmehr wurde vorgeschlagen eine sechstausend- fache Maximaltaxe zu bewilligen. Es wird daher der erste Kilometer Auto- taxifahrt 7200 Kronen kosten und jeder weitere Kilometer 6000 Kronen. Für eine Fahrt zum Trabrennfahren wird ein Zuschlag von 6000 Kronen und für eine Fahrt zum Rennen werden drei Zuschläge eingehoben. Der Gepäckszu- schlag wurde ebenfalls mit 6000 Kronen bestimmt.

Für die Einspänner bleibt der sechstausendfache Betrag, der im Frie- den für Nachtfahrten bezahlt wurde, aufrecht. Es kostet der erste Kilometer mit dem Einspänner 6000 Kronen und jeder weitere Kilometer 3600 Kronen.

Auch der Fiskertarif bleibt unverändert, wobei aber eine Zeittaxe vorgeschlagen wurde, nach der für die ersten zehn Minuten Fahrt 10.000 K und für jede weiteren zehn Minuten 7000 Kronen zu entrichten sind.

In der erwähnten Besprechung einigte man sich auf diese Taxen, wobei ausdrücklich festgestellt wurde, dass es sich durchwegs um Maximaltarife handle, die nicht überschritten werden dürfen.

Die neuen Tarife werden am Montag, den 28. Jänner wirksam.

Geschlechtskranke Kinder. In der heute abends abgehaltenen Sitzung des Ge- meinderatsausschusses für Wohlfahrtswesen und Jugendfürsorge berichtete amtsführender Stadtrat Professor Tandler über die traurigen Verhältnisse der Behandlung der geschlechtskranken Kinder. Er beantragte, dass die Gemein- de Wien in einem Pavillon des Zentralkinderheimes eine eigene Abteilung für geschlechtskranke Kinder errichten soll, was umsomehr notwendig^{er} ist, als in den Kinderheimen der Gemeinde sich geschlechtskranke Kinder befin- den, ohne dass man dieser traurigen Erscheinung der Grosstadt die unbedingt erforderliche Fürsorge angedeihen lassen könne. Der Referent teilte mit, dass dieser Pavillon in sehr kurzer Zeit soweit ausgestaltet sein kann, dass ungefähr 250 Kinder aufgenommen werden können. Bedauerlich ist, dass man schon am Tage der Eröffnung, die bald erfolgen kann, ungefähr 150 ge- schlechtskranke Kinder unterbringen müssen. Es handelt sich dabei zum grössten Teile um ein- bis zwölfjährige gonorrhökranken Mädchen, die äusserster schwierig zu behandeln sind. Es sollen auch für diese Kinder eigene Kindergärtnerinnen und Lehrerinnen eingestellt werden, so dass die erkrankten Kleinen wirklich isoliert sind und Infektionen vermieden wer- den. Der Ausschuss hat den Antrag einstimmig angenommen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Donnerstag, den 24. Jänner 1924.

Die Theaterdirektoren beim städtischen Finanzreferenten. Heute vormittags erschienen bei dem amtsführenden Stadtrat Breitner die Direktoren der Wiener Theater. Sie verwiesen darauf, dass vor allem die Operettenbühnen mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen haben und verlangten eine Ermässigung der Lustbarkeitsabgabe. Sie führten ferner aus, dass sie bei den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr in der Lage sein würden, am ersten September ihre Betriebe wieder zu eröffnen. Stadtrat Breitner antwortete, dass es der Gemeindeverwaltung keineswegs unbekannt geblieben sei, dass die Konjunktur der Theaterbetriebe nicht mehr so gut sei, wie in der Inflationszeit. Die Operettenbühnen leiden auch darunter, dass auch das Stadttheater und das Apollotheater sich der Operette zugewendet haben, wodurch naturgemäss eine gewisse Konkurrenzierung erfolgt sei. Die Gemeindeverwaltung müsse aber feststellen, dass die Operette eine höhere Besteuerung vertrage, da sie eine starke Anziehungskraft ausübe und auch für den Export von Bedeutung ist. Die Wiener Operetten werden in der ganzen Welt aufgeführt. Für die Gemeinde komme auch noch in Betracht, dass sie die unbedingt notwendigen Ausgaben, die für das Jahr 1924 mit rund drei Billionen Kronen veranschlagt werden, bedecken müsse. Als daher im Dezember, bei der Beratung des Voranschlags auch die Notwendigkeit erörtert wurde, der Gemeinde neue Einnahmequellen zu erschliessen, wurde auch eine Erhöhung der Lustbarkeitsabgabe für die Operetten auf 35 Prozent und sogar auf 40 Prozent erwogen. Diese Erhöhung wurde aber mit Rücksicht auf die schwächere Konjunktur dieser Theaterbetriebe unterlassen und die Gemeinde hat sich andere Einnahmequellen zu erschliessen versucht. Daraus könne die Abordnung erschen, dass man nicht einfach ganz gedanken- und bedenkenlos die Steuerschraube in Bewegung gesetzt habe. Es ist der Gemeindeverwaltung wohl bekannt, dass in Verbindung mit dem Theaterbetrieb viele hunderte von Angestellten beschäftigt werden. Andererseits aber könne die Gemeinde auf diese Abgabe nicht verzichten, weil sie für ihre Ausgaben eine entsprechende Bedeckung finden müsse. Eine Ermässigung der gegenwärtig geltenden Sätze der Lustbarkeitsabgabe sei daher vollkommen ausgeschlossen. Sollte die Regierung ihre Vorlage über das Abgabenteilungsgesetz unverändert beschliessen, dann müsse die Gemeinde Wien die damit verbundene ausserordentlich schwere Schädigung ihrer Finanzen durch neue Steuern auszugleichen versuchen. Es wäre dann eine starke Erhöhung der Fürsorgeabgabe notwendig, die naturgemäss auch die Theaterbetriebe treffen würde. Auch die Ankündigung der Direktoren, dass sie am 1. September ihre Betriebe nicht mehr eröffnen würden, könne die Gemeinde von ihrem Standpunkt nicht abbringen. Die Gemeindeverwaltung ist verpflichtet, ihren gewaltigen Fürsorgeapparat aufrecht zu erhalten und kann auch aus diesem Grund beim besten Willen die gewünschte sehr starke Ermässigung der Lustbarkeitsabgabe für die Theaterbetriebe nicht gewähren.

Die neuen Strassenbahnlinien. Die im Rahmen der drei Notstandsprogramme vorgesehenen neuen Strassenbahnlinien und die Verbesserungen der bestehenden Anlagen konnten infolge der besonders günstigen Witterung, die bis Ende Dezember anhielt, fast alle fertig gestellt und in Betrieb genommen werden. Bei einigen dieser Linien ist der grösste Teil der Bauarbeiten bereits durchgeführt und es sind nur noch kleinere Arbeiten notwendig, die jetzt infolge der grossen Kälte nicht vorgenommen werden können. So fehlen auf der nach Inzersdorf führenden neuen Linie einige Pflasterungen und es muss auch noch die Endstation ausgebaut werden. Die Linie über die Schmelz ist vollkommen fertiggestellt, jedoch stark vereist. Bei dem letzten, zwischen Walcherstrasse und Innstrasse gelegenen Teile der Linie Engerthstrasse sind noch die Gleiskreuzungen einzubauen. Für die Linie

Kreuzgasse-Czartoriskypark sind die Erdarbeiten vergeben worden. Sobald wärmeres Wetter eintritt, werden die Bauarbeiten vollendet und es wird in kürzester Zeit der Betrieb auf diesen neuen Linien aufgenommen werden.

Die Elektrisierung der Stadtbahn. Am 21. Jänner hat der niederösterreichische Landtag den Beschlüssen über die Elektrisierung der Stadtbahn zugestimmt und es ist nun dieser schwierige Gegenstand endgültig soweit erledigt, dass die formelle Uebergabe der Stadtbahnlinien, soweit die nicht gegenwärtig betrieben werden, an die Gemeinde Wien - städtische Strassenbahnen erfolgen kann. Die Gemeinde kann nun die Bestellungen vergeben und mit den Bauarbeiten, soweit dies die Witterung zulässt, beginnen. Die notwendigen Baupläne sind bereits bei der Bundesbahndirektion zur Genehmigung eingereicht worden und die Besprechungen mit den zur Lieferung in Betracht kommenden Firmen werden unausgesetzt fortgesetzt. Die erste grössere Bestellung, nämlich der Wagen, ist bereits gestern an die österreichischen Waggonfabriken erfolgt. Ueber die Vergebung der übrigen Ausrüstungsgegenstände wird noch verhandelt, da sich mit Rücksicht auf Kartellierungsbestrebungen einzelner Branchen, gewisse Schwierigkeiten ergeben haben. Die Gemeinde setzt alles daran die Arbeiten an die Industrie und die Baufirmen so rasch als möglich zu vergeben, um die seit der Ueberrichtung des Offerts der Gemeinde, also seit August 1923, verflozene für die Arbeiten verlorene lange Zeit, die durch die schwierigen Verhandlungen mit der Regierung ausgefüllt war, hereinzubringen.

Spenden für das städtische Uhrenmuseum. Das Uhrenmuseum der Stadt Wien hat in der letzten Zeit einige wertvolle Spenden erhalten. Es haben Uhrmacher Löwy eine eiserne Spindelstundenschlaguhr mit Konsole, die Firma Weiss und Brausteiner mehrere Bibliotheksbücher, Zeitschriften und zwei Stockuhrglaskästchen, Uhrmacher Böhnel eine eigentümliche kleine Wanduhr, Direktor Irk in Karlstein, Zeichnungen, die von Schülern der dortigen Uhrmacherschule ausgeführt wurden, ferner eigene, noch nicht veröffentlichte Zeichnungen und das ziemlich seltene Buch von Curt Dietzschold „Verzahnungen“, Kommerzialrat Maximilian Fechner ein Buch für die Bibliothek des Uhrenmuseums und einen Werk Tisch, Herr Karl Faver eine goldene Taschenuhr mit Repetierwerk, Ingenieur Anders ein Modell und zwei Bände „Essai sur l'horlogerie“ von Ferdinand Berthoud, Herr Gustav Flamm interessante Schriften und Bücher über die Uhrmacherschule, Ingenieur Spronz mehrere Bände des alten Buches von Geisler „Lehrbegriff“ Die Firma Danubia zwei Zählerwerke und eine Zünd- und Löschuhr für Gaslaternen, die Firma Brüder Oesterreicher eine Turmuhr, mehrere kleinere Uhren und ein Spielwerk, Uhrmacher Fischl ein von ihm selbst erfundenes Viertelrepetierwerk mit einzigem Rechen und Hammer, Herr Franz Lukas mehrere Bücher für die Bibliothek, Uhrenfabrikant Mowawetz ein wertvolles Buch von Martinia, Direktor Frankfurter eine grosse Pendeluhr samt Kasten, Uhrmacher Lössl eine Weckuhr mit Duplexhemmung und einige von seinen Töchtern ausgeführte Schalzeichnungen und Uhrmacher Lustig eine eigentümlich gearbeitete Spindelstockuhr mit Stundenschlag. Bürgermeister Seitz hat in der letzten Gemeinderatssitzung allen Spendern namens der Stadtverwaltung den besten Dank ausgesprochen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl Ho n a y

Wien, Freitag, den 25. Jänner 1924.

E I N L A D U N G

Die Gemeinde Wien wird in diesem Jahre in Hernalz ein Wohnhaus errichten, das eine Reihe von Einrichtungen enthält, die eine wesentliche Erleichterung der hauswirtschaftlichen Arbeiten bezwecken. Es wird eine neuartige Wirtschaftsnische eingebaut werden, die auf kleinstem Raum alle für den Küchenbetrieb erforderlichen Gegenstände vereinigt.

Um der Öffentlichkeit ein Urteil über diese Reform des Küchenbetriebes zu ermöglichen, hat die Gemeinde im Arkadenhofe des Rathauses ein Naturgrosses Modell dieser Wirtschaftsnische samt den anschliessenden Nebenräumen errichtet.

Amtsführender Stadtrat Siegel richtet an die geehrte Redaktion das Ersuchen zu der Besichtigung dieses Modelles einen Vertreter zu entsenden. Die Besichtigung ist am Samstag, den 26. Jänner 1924, um $\frac{1}{2}$ 1 Uhr mittags und wird der Verfasser des Projektes Architekt Polak-Bellwig die erforderlichen Erklärungen geben. Zusammenkunft im Journalistenzimmer.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 25. Jänner 1924.

Bgm. Seitz eröffnet um 4 Uhr nachmittags die Sitzung. An Stelle des verstorbenen Gemeinderates Dr. Heinrich Grün ist zum erstenmale die neue Gemeinderätin Frau Leopoldine Fischer erschienen und leistet die Angelobung. Es wird sofort zur Erledigung der Tagesordnung geschritten. Ohne Wortmeldung werden Remunerationen für Lehrpersonen, eine Subvention von 250 Millionen Kronen für die Wiener Messe, die in der Zeit vom 9. bis 15. März stattfindet, ein Kredit von 610 Millionen für den Ankauf von Grundstücken für die Braunkohlenwerke in Zillingdorf, ein Ehrenpreis für die achtzehnte Jahresausstellung des österreichischen Künstlerbundes von einer Million Kronen, ein Zuschusskredit von 132.6 Millionen, für Grundankäufe, ein Zuschusskredit von zwei Milliarden Kronen für den weiteren Ausbau des städtischen Ziegelwerkes in Oberlsa, wodurch die durchschnittliche Jahresleistung auf 15 Millionen Ziegel erhöht wird, die Endabrechnung über den Ankauf von Aktien der Persenbeuger Porphyritindustrie, einige Abänderungen der Bestimmungen über die Bezüge der Gemeinderäte, Bezirksvorsteher, deren Stellvertreter und der Fürsorgeinstitutsvorsteher und ein Zuschusskredit von 250 Millionen für die Frühstücksauspeisung in den städtischen Kindergärten genehmigt.

GR. Grünfeld (Soz. Dem.) referiert nun über Zuschusskredite für die städtischen Friedhöfe: Er sagt, dass für verschiedene Saisonarbeiten und die hierfür erforderlichen Materialien, für Baumpflanzungen, Wegherstellungen und dergleichen Mehrkosten erwachsen seien. Hauptsächlich musste ein Teil jener Friedhofswege hergerichtet werden, die seit dem Jahre 1914 nicht mehr gepflegt wurden. Es sei zu hoffen, dass mit den Zuschusskrediten von 3.7 Milliarden Kronen die notwendigen Herstellungen auf allen Friedhöfen durchgeführt werden können.

GR. Kunschak (chr. soz.) bringt vor, dass die monumentale Einfahrtshalle des Hernalser Friedhofes, die einst von der ehemaligen Gemeinde Hernalz mit grossen Kosten errichtet wurde und die eine Zierde der Friedhofsanlage bildet in den letzten Tagen vermauert worden ist. (Hört- Hört- rufe bei den Christlichsozialen). Der Zugang zum Friedhof befindet sich nun durch zwei Tore in den Mauern, links und recht von der ursprünglichen Zufahrt. Diese beiden sehr primitiven Eingänge bezweckten bisher zuallerheiligen den Verkehr zu erleichtern, sonst waren sie gesperrt. Einer dieser Eingänge, bei dem sich die Abortanlage am Friedhof befindet, dient nun als Haupteinfahrt für die Leichenzüge, die den Weg nicht mehr durch die schöne breite Zufahrtsstrasse nehmen können, sondern durch eine ungepflegte Strasse. Infolge der Ablenkung der Leichenzüge sind auch alle in der Hauptzufahrtsstrasse ansässigen Geschäftsleute, Steinmetze, Blumenhändler, die Wastwirte u. dgl. schwer geschädigt. Die Zumauerung der monumentalen Einfahrtshalle wurde weder im zuständigen Verwaltungsausschuss noch im Finanzausschuss besprochen, das Stadtbauplatzamt wisse von der ganzen

Sache nichts, die ganze Umänderung sei einmündig auf Anordnung des Direktors der Leichenbestattung Ingenieur Lasch vorgenommen worden. (GR. Angeli: Eine solche Schweinerei!) Auch ist eine baubehördliche Bewilligung nicht eingeholt und das Bezirksamt Hernalz davon nicht verständigt worden.

Die zugemauerte Einfahrt dient nun als Leichenhalle, wenn auch zugegeben werden müsse, dass die am Hernalz erfriedhof befindliche Kapelle unzulänglich ist, hätte man doch ohne Schwierigkeiten bestehende Baulichkeiten erweitern und Aufbauzwecken zuführen können. Aber die Lösung wie sie hier getroffen wurde, sei ein unerhörter Skandal, sie können nur einem dem Volksempfinden fremden und kranken Gehirn entsprungen sein. Redner müsse also verlangen, dass ein Lokalaugenschein vorgenommen, dieses Schandwerk wieder beseitigt und die gothische Friedhofshalle in ihrer ursprünglichen Schönheit wieder hergestellt werden. Der Bürgermeister möge dahin wirken, dass die sich immer wiederholenden Uebergriffe der Leichenbestattung, die in diesem Falle zu einem solchen Skandal ausarteten endlich aufhören und der Gemeinderat/die Öffentlichkeit von den Experimentierkünsten des Direktors Lasch endlich befreit werden.

StR. Professor Tandler (Soz. Dem.) verweist darauf, dass die Bezirksvertretung Hernalz selbstverständlich vor Durchführung des Planes befragt wurde und damit auch einverstanden war, selbst die Angehörigen der christlichsozialen Partei haben ihre Zustimmung gegeben. Der Akt wurde im zuständigen Verwaltungsausschuss genehmigt, ohne auf einen besondern Widerspruch der christlichsozialen Mitglieder zu stossen. Auch im Ausschuss V wurde die Angelegenheit widerspruchslos erledigt. Schon besteht also kein Zweifel, dass wegen dieser baulichen Veränderung rechtlich alles geschehen ist, was zu geschehen hatte. Direktor Lasch hat als Vorstand des Friedhofsamtes die Arbeiten angeordnet. Zur Sache selbst ist zu bemerken, dass auf dem Friedhofe sowie auf anderen Wiener Friedhöfen ein Mangel an geeigneten Aufbahrungsräumen besteht, was wohl dem Umstand zuzuschreiben ist, dass früher die meisten Leichen im Wohnhause eingescharrt worden sind, während jetzt aus materiellen Gründen überwiegende Mehrheit der Leichenbegängnisse von der Friedhofshalle aus stattfindet. Die Verhältnisse gestalteten sich immer unhaltbarer und riefen nach Abhilfe. Auf dem Hernalser Friedhofe befindet sich überhaupt keine Einsegnungshalle, sondern nur eine kleine Kapelle, die kaum zwei Dutzend Menschen fasst, woraus sich der Uebelstand ergab, dass der grösste Teil der Leidtragenden bei Begräbnissen in der offenen zugigen Einfahrtshalle dem Einsegnungsakte beiwohnen musste. Natürlich wäre es am einfachsten gewesen eine neue Einsegnungshalle zu erbauen, aber dazu reichten die vorhandenen Mittel nicht hin. Deshalb wurde aus der bisherigen Durchfahrt, die sehr geräumig ist, durch Zumauerung der Strasseneingänge eine provisorische Aufbahrungshalle geschaffen, die sich würdig präsentiert und von der Strasse wie die Rückseite einer gothischen Kapelle aussieht. Die Seitentore in der Friedhofsmauer sind breit genug, dass der grösste Leichenzug bequem passieren kann. Ausserdem hat der Friedhof noch zwei Eingänge und diese vier Tore werden selbst bei stärkstem Verkehr genügen. Die Leichenzüge können auch jetzt den Weg durch die breite Zufahrtsstrasse zum Friedhofe nehmen, nur müssen sie zum rechtsseitigen Eingang eine kleine Schwenkung von etwa 50 Schritten machen, was wohl keine besondere Schwierigkeit bedeutet. Gegenüber der Pietät für die Leidtragenden war es gerade notwendig mit einem gewissen Opfer an Esthetik die Adaptierung vorzunehmen. Gegen eine Besichtigung durch die Mitglieder des zuständigen Ausschusses sei nichts einzuwenden, sie werden sich davon überzeugen, dass dieses Problem jene Lösung erfahren hat, die im gegebenen Momente die einzig mögliche war.

GR. Kunschak (chr. soz.) dankt dem Herrn StR. Tandler, dass er sofort zum Gegenstand gesprochen habe und verweist darauf, dass mit einigem Willen eine weit bessere Lösung gefunden werden konnte. Man hätte die eisernen Tore verglasten können und hätte solcherart den unästhetischen Anblick, den das vermauerte Einfahrtstor heute bildet, vermeiden können. Was den inrechtl. Stand der Frage anbelange, so habe sich Redner nur auf Informationen, die er rasch eingeholt haben berufen können. Es sei aber immerhin zu bemängeln, dass dem Gemeinderate nicht so wie früher in Angelegenheiten baulicher Natur Planskizzen vorgelegt wurden, die Aufschluss über

die beabsichtigten Arbeiten geben würden. Wäre dies hier geschehen, so hätte gewiss kein Ausschussmitglied und kein Mitglied der Bezirksvertretung Hernals seine Zustimmung zur Zumauerung dieses Tores gegeben.

GR.Grünfeld verweist im Schlussworte darauf, dass die Durchführung der Vermauerung angesichts der Notwendigkeit unvermeidlich war und dass der gegenwärtige Zustand nur ein Provisorium sei. Bei Eintritt wärmerer Witterung würde alles noch fehlende veranlasst und der Bau in jeder Hinsicht vollendet werden.

Der Antrag wird angenommen.

StR.Professor Tandler berichtet über den Aufwand von einer Milliarde Kronen für Holz- und Kohlenspenden an die Armen. Der Vorgang sei im allgemeinen der gleiche wie in früheren Jahren nur wäre die Verteilungsart geändert, dadurch, dass nun die Wihoko allein die Verteilung des Brennmaterials vornimmt.

GR.Doppler (chr. soz.): Auch die Minorität habe selbstverständlich gegen die Verteilung von Holz- und Kohlenspenden an die Armen Wiens nichts einzuwenden. Zu beanstanden aber wäre, dass man heuer sehr langsam mit der Verteilung eingesetzt und wie es scheint, die sozialdemokratischen Fürsorge räte der Bezirke begünstigt habe,

dass man ihnen die Ausfolg-zettel früher zustelle. Dass die Einlösung der Bezugsscheine nur bei der Wihoko vorgenommen werden könne, zeitige besonders für alte gebrechliche Personen manche Härten. Man könne nicht verlangen, dass solche Leute mit der Last oft riesige Wege zurücklegen müssten. Da wäre es schon besser vorzusehen, dass die Holz- und Kohlenhändler überhaupt mit der Verteilung dieses Brennmaterials betraut würden. Früher sei es üblich gewesen, auch die Gemeinderäte mit einer Anzahl von Bezugsscheinen zu betheiligen. Ein Brauch, der wie Redner glaube, auch jetzt ganz gut geübt werden könnte.

StR.Professor Tandler erwidert auf die Behauptung, dass einzelne Fürsorgegeräte bevorzugt worden seien, dass dem nicht so wäre, denn die Verteilung der Kohlenzettel sei auf dem Weg durch die Bezirksämter erfolgt. Man betraue die Holz- und Kohlenhändler nicht mehr mit der Verteilung, weil sich oftmals zeigte, dass diese von den betreffenden Geschäftsleuten nicht willig und im Interesse der Beteiligten durchgeführt worden Um den alten

gebrechlichen Personen Beschwerden zu ersparen, habe man die Sache so organisiert, dass man in besonderen Fällen den Leuten den entsprechenden Betrag in Baren auf die Hand gibt, damit sie nach Belieben damit ihren Bedarf an Brennmaterial bei der ihnen zunächst liegenden Verschleißstätte decken. Im XXI. Bezirke habe die Wihoko mittelst Wagen an einem bestimmten Tage die Rationen in entlegene Gegenden z. B. Stadlau, zugestellt. Man sehe also, dass man bei dieser Aktion gewiss das Interesse der Betroffenen zu wahren wisse.

Der Antrag des Referenten wird angenommen.

GR.Schütz (Soz. Dem.) berichtet über eine Regulierung des Strassenzuges Kreuzgasse - Paulinengasse und teilt mit, dass beide Bezirksvertretungen, sowohl die von Hernals, als auch die von Währing dieser Regulierung zugestimmt haben.

GR.Orel (chr. soz.) entgegnet, dass die Mitteilung des Referenten, es hätte die Bezirksvertretung Währing dieser Regulierung zugestimmt unrichtig sei. Redner sei von der Mehrheit dieser Bezirksvertretung beauftragt worden, gegen diese Regulierung zu protestieren, weil dadurch ein Teil des Czartoryskiparkes der Verbauung zugeführt wird. Schon aus gesundheitlichen, aber auch aus schönheitlichen Gründen müsse man dagegen auftreten, dass Gärten ohne zwingende Not beseitigt werden. Vor 70 und 80 Jahren hat die liberale Gemeindeverwaltung ebenso gewirtschaftet und hat dort, wo früher Gärten waren, ihre liberalen Mietkästen hingesetzt. Sie machen es ebenso und wollen dort viergeschossige Gebäude hinstellen. Der Redner beantragt, dass der Gemeinderat den vorgelegten Plan an den Stadtsenat zurückweisen soll, ein neuer Plan auszuarbeiten ist, wobei die Erhaltung des gesamten Czartoryskiparkes berücksichtigt werden muss. Schliesslich beantragt der Redner noch, dass wenn dieser Antrag von der Mehrheit abgelehnt werden sollte, wenigstens der Czartoryskipark nördlich der Kreuzgasse nicht verbaut werden soll.

GR.Doppler (chr. soz.) ist der Meinung, dass diese Gründe einer durchgreifenden Regulierung unterzogen werden müssen. Schon im Jahre 1919 hat

Redner im Gemeinderat beantragt, dass diese Frage studiert wird, es ist aber nichts geschehen und es scheint, dass die Anträge der Minderheit nur als Füllmaterial für die Papierkörbe dienen. Das ganze Gelände, von dem hier gesprochen wurde, ist für eine grosse Spielakademie geeignet, Bedeutende Sportsleute weisen darauf hin, dass man dort ein Stadion errichten könne. Jetzt will die Gemeinde dort Mietkasernen errichten. Ich urgiere meinen Antrag vom 19. Juli 1919, der verlangt, dass die Gemeinde auf den Grundstücken des alten Hernalser Ziegelofens eine Sport- und Spielakademie errichten soll. Damals enthielt der Antrag auch den Zusatz, dass eine Kommission zur Beratung dieses Projektes eingesetzt werden soll und innerhalb acht Wochen dem Gemeinderat zu berichten habe. Bis heute ist jedoch nichts geschehen. Auch Ihr Parteiorgan „Der Abend“ hat bereits im Jahre 1920 die Zustände bei diesem Hernalser Ziegelofen gerügt und von einer Pestgrube gesprochen. Es ist aber auch da nichts geschehen. Ich habe am 17. März 1922 in Form eines Dringlichkeitsantrages ebenfalls dazu Stellung genommen, aber man hat sich abermals darum nicht bekümmert. Es ist dies eine empörende Missachtung der Beschlüsse des Gemeinderates. Heute wird noch in diesem Teich der Kehricht aus dem allgemeinen Krankenhaus geschüttet und wenn einmal die wärmere Witterung kommt, werden die Bewohner der umliegenden Häuser wieder die Fliegenschwärme in ihre Wohnungen bekommen und der Gefahr einer Infektion ausgesetzt sein. Es soll dies alles nur deswegen sein, weil die Abfuhr des Kehrichts aus dem Allgemeinen Krankenhaus in die Donau zu teuer kommt. Also weil es billiger ist, muss die Bevölkerung im Sommer diesen penetranten Gestank einatmen. Jetzt gehen Sie wieder daran und bestimmen angrenzend an dieses Terrain Baulinien. Diese Plätze dürfen nicht verbaut werden, da wir für unsere Jugend Spielgelegenheiten brauchen. Ich erneuere daher meinen Antrag über die Einsetzung einer Kommission, die die Errichtung eines Stadions auf diesen Plätzen zu beraten hätte.

In seinem Schlussworte entgegnet der Referent, die Bezirksvertretung Hernals habe selbst darum angesucht, dass der Bauplan nicht festgelegt werde, sondern dass der Bezirksvertretung Gelegenheit gegeben werde, vorher dazu Stellung zu nehmen. Es werde geplant, den Park bis an den Rand der Bahnlinie zu verlegen. Bezüglich der Anträge des GR.Orel liege eine Mitteilung der Bezirksvertretung Währing vor, wassie mit den beantragten Abänderungen einverstanden sei.

Rufe bei den Christlichsozialen: Was ist mit der Pestgrube! Darauf geben Sie keine Antwort?

Bei der Abstimmung werden die Anträge Orel auf Rückverweisung und sein Gegenantrag abgelehnt, der Antrag Doppler der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt und der Referentenantrag angenommen.

GR.Jenschik (Soz. Dem.) berichtet über den Antrag auf Bewilligung von zwei Zuschusskrediten von 2.6 Milliarden Kronen zur Deckung der Kosten der Schneeschäuberung. Der Referent verweist darauf, dass infolge der aussergewöhnlichen starken Schneefälle im Dezember und Jänner die Gemeindeverwaltung nicht nur alle verfügbaren Kräfte, sondern auch Hilfskräfte zur Säuberung der Verkehrswege aufbieten und die Stundenlöhne um 50 Prozent auf 4200 K erhöhen musste.

GR.Untermüller (chr. soz.) bemerkt, nach den Ausführungen des Referenten scheine es in Wien überhaupt nur ausserordentliche Schneefälle zu geben, denn schon im Vorjahre habe StR.Siegel dieselbe Wendung gebraucht. Augenscheinlich rechne die Gemeindeverwaltung bei Aufstellung ihres Voranschlages überhaupt nicht mehr damit, dass es im Winter schneien könnte. Die Strassenpflege sei unter aller Kritik schlecht und insbesondere nach dem letzten Schneefall habe es sich gezeigt, dass die Gemeindeverwaltung sich gar nicht ernstlich bemühe für die Freimachung der Strassen wirklich Sorge zu tragen. Zur Not seien nur die Geleise der Strassenbahn gereinigt worden. Wenn sich so wenig Arbeitslose zu der schweren Arbeit des Schneeschaufelns melden, so seien daran die elenden Stundenlöhne schuld, denn für solche Schand- und Schundlöhne wollen selbst die ^{Ernsten} Teufel nichts arbeiten. Sie mussten erst in den Streik treten, um der Gemeindeverwaltung die Lehre beizubringen, dass sie auch untergeordneten Arbeitern eine menschliche Entlohnung bieten müsse.

3

Die Gemeinde und die Bundestheater. Stadtrat Breitner ersucht um die Aufnahme folgender Feststellung: Einzelne Tagesblätter berichteten im Zusammenhang mit der gestern erfolgten Vorsprache der Theaterdirektoren über eine Unterredung, die ich angeblich mit dem als Vertreter der Bundestheater erschienenen Herrn Ministerialrat Eckmann geführt habe. Dieses Gespräch beruht vom ersten bis zum letzten Wort auf völlig freier Erfindung. In der Konferenz mit den Theaterdirektoren hat Herr Ministerialrat Eckmann nicht gesprochen und es wurden weder von einem der anderen Teilnehmer noch von mir die Bundestheater überhaupt erwähnt. Ebensowenig habe ich vor oder nach der Sitzung irgendeine noch so kurze Aussprache über die Bundestheater gepflogen. Demnach sind wohl auch alle an diese nie gefallenen Aeusserungen geknüpften Kommentare als gegenstandslos zu betrachten.

GR. Doppler (chr. soz.) führt aus, dass es allen Anschein erwecke, als habe die gegenwärtige Verwaltung überhaupt nicht die Sache der Schneefahrt und der Säuberung der Strassen und Gehsteige reiflich überlegt, denn sonst wäre es nicht möglich gewesen, dass in der Tagesordnung zur letzten Gemeinderatssitzung dieser Gegenstand noch nicht aufgenommen worden sei.

Wenn von der Mehrheit und der Verwaltung der Gemeinde immer darauf hingewiesen werde, dass diese Ausgabe für die Schneefahrt eigentlich eine unproduktive sei, so müsse man erwägen, dass dazu ja die Umlagen und sonstigen Einkünfte bei der Gemeinde vorhanden seien, um mit ihnen derartige unausbleibliche Ausgaben zu decken. Eine Schande sei aber nur der lächerlich geringe Lohn, den man diesen Leuten, die die Schneefahrt besorgen, geboten habe. Aus dieser Bezahlung könne man wahrlich nicht auf eine besondere Arbeiterfreundlichkeit und Arbeiterschätzung schliessen. Wenn in der Arbeiterzeitung und durch andere offizielle oder nichtoffizielle Organe Berechnungen verschiedenster Art angestrebt wurden, ^{zum} Zwecke nachzuweisen, wie unmöglich für die Gemeinde eine rasche Lösung der Schneefahrt sei, so habe man sich damit schon ein Armutzeugnis gegeben und ein Schuldbekenntnis abgelegt. Die Bevölkerung in den Bezirken fragt aber nicht nach derlei Berechnungen und Veranschaulichungen, sondern verlangt mit Recht, dass die Strassen und Gehsteige gesäubert würden. In dieser letzteren Hinsicht sei besonders darauf hinzuweisen, dass die Bestreuung mit Sand alles zu wünschen übrig liess und viele Unfälle verursacht wurden.

GR. Jenschik: Wenn der Gemeindeverwaltung so vielfach Vorwürfe wegen ihrer vermeintlichen Unterlassungen gemacht werden, muss man schon darauf hinweisen, dass sich durch den katastrophalen Schneefall, wie wir einen solchen seit vielen Jahren nicht mehr verzeichneten, auch andere Städte z. B. Salzburg, das durchaus christlichsozial verwaltet wird, ^{vor} eine unlösbare Aufgabe gestellt sehen. In dieser Stadt war buchstäblich der Verkehr drei Tage unterbunden. Auch der Bund und die Verwaltung des Landes Niederösterreich haben

in diesem Punkte versagt. Die frühere Gemeindeverwaltung der Stadt Wien hat in Bezug auf das Lohnwesen viele schwere Fehler gemacht. Ihre Arbeiter waren die am schlechtesten bezahlten. Wenn gesagt würde, es hätten damals die Arbeiter einen Gulden für die geleistete Arbeit erhalten, so müsse man bedenken, dass damals nicht wie heute acht Stunden, sondern zehn Stunden und darüber gearbeitet werden musste. Wenn also Arbeiterfeindlichkeit vorzuwerfen sei, dann sicherlich nicht der heutigen Gemeindeverwaltung. Im Ausschuss, in dem die Frage der Schneefahrt besprochen wurde, fand sich ein Christlichsozialer Gemeinderat, der dem StR. Breitner zu überlegen anheimstellte, ob es nicht angezeigt wäre, nach dem Muster anderer Städte, die angeblich die Praxis geübt haben soll, ihre Arbeitslosen zur Schneefahrt zu zwingen, vorzugehen. Wir fragten uns allerdings mit welchem Rechte man solche Arbeit von den Arbeitslosen verlangen könne. Da wäre man ja berechtigt, auch Hausherrn, die vielfach ein arbeitsloses Einkommen besitzen, zu dieser Arbeit zu zwingen.

GR. Rotter (chr. soz.): So ein junger Löffel!

Der Vorsitzende GR. Schorsch ruft den Zwischenrufer zur Ordnung und bittet ihn die Würde des Hauses zu wahren.

GR. Doppler (christl. soz.) bezieht sich tatsächlich, dass die Gemeinde mit ihren derzeitigen Löhnen für die Schneearbeiter weit hinter den Löhnen, die von der christlichsozialen Verwaltung gezahlt worden sind, zurück bleibe.

Es wird abgestimmt und der Referentenantrag angenommen.

StR. Siegel berichtet über die Einführung einer neuen Wohnhaustype im XVII. Bezirk, Bergsteiggasse und führt aus, dass das in Frage stehende Haus das kleinste einer Reihe von Häusern ist, die die Gemeinde in dieser Form zur Errichtung bringen will. Es soll gleichsam ein Versuch damit unternommen werden. Es sind im ganzen 26 Wohnungen, die im allgemeinen aus drei Räumen bestehen, vorgesehen. Eine besondere Neuheit an dieser Type sei die sogenannte Wohnküche mit verschiedenen eingebauten Objekten, wie Schränken, Speisekasten u. s. w. Ein Modell einer solchen Wohnküche sei im Arkadenhof errichtet und werde morgen von den Vertretern der Presse besichtigt.

GR. Doppler (chr. soz.): Es ist selbstverständlich, dass die Bevölkerung von Hernalz grosses Interesse daran zeigt, endlich einmal mehr Wohnungen durch die Errichtung von Gemeindebauten zu erhalten. Es ist hoch an der Zeit, dass sobald die Witterungsverhältnisse es gestatten, mit dem Bau begonnen werde. Was den Bau anlangt, ^{ist} die Bevölkerung einigermaßen enttäuscht. Schon die Fassade passe, wie sie geplant ist, nicht recht in die Umgebung und man müsse verlangen, dass das Strassenbild nicht durch solche Experimente verschandelt werde. Die Räume sind sehr klein und einfenstrig. Das Projekt schaut ein wenig verpfuscht aus. Es wäre gewiss möglich gewesen, die Räume in grösseren Ausmass zu halten. Der Referent hat gemeint, dass es sich da nur um einen Versuch handle, so muss darauf entgegnet werden, dass zu solchen Experimenten jetzt keine Zeit ist und besonders dann schon gar nicht, wenn sie so kostspielig sind.

GR. Biber (christl. soz.) behandelt die Vorlage vom Standpunkt des Baufachmannes. Er bemängelt vor allem, dass nur 55 Prozent des Grundes verbaut werden und 45 Prozent als Hofraum bleiben. Bei einer so ungewöhnlich günstigen Baustelle müsste es jedem tüchtigen Baumeister gelingen mit 30 Prozent Hofraum den Grundriss ausgezeichnet zu lösen. Was aber hier geschieht, ist eine Verschwendung von Baufläche. Die projektierte Trakttiefe passt nicht für einen Volkswohnungsbau. Um bei einer solchen Anlage möglichst viele Räume zu gewinnen hat denn auch der Projektant lange schlauchartige Zimmer gewählt, während doch die quadratische Form die einzig richtige und zweckmässige ist. Die Anordnung der einzelnen Zimmer ist gleichfalls höchst unpraktisch, sie gehen ineinander und haben nicht separierte Eingänge, eine Bauweise, die schon seit Jahrzehnten in Wien nicht mehr üblich ist. Derartige Anlagen sind auf das entschiedenste zu bekämpfen, schon aus gesundheitlichen Gründen. Die Küchen sind gleichfalls zu klein geraten, so klein, dass ausser den notwendigen Gerätschaften und Möbeln kaum Platz für eine Person bleibt. Bei der Wiener Bauweise sind doch allgemein Wohnküchen vorherrschend. Besonders bei Volkswohnungen sollte an diesen Grundsatz festgehalten werden. Es geht doch nicht an, dass ein Architekt hier einfach einen Einfall verwirklicht und von der Wohnküche auf die Nischenküche übergeht. Unsere Volkssitten lassen sich mit den schönsten Plänen nicht wegschaffen. Die Nischenküche wird sich für unsere Wiener Arbeiterbevölkerung als unpraktisch und ungesund erweisen. Bei der Mittelfassade ist eine sehr pompöse Architektur gewählt. Wenn man aber hinter die Scheiben blickt und etwa glaubt, dass hier lauter grosse Räume sind, so täuscht man sich, denn gerade in der pompösen Mittelfassade befinden sich lauter Aborte, Speisen und sonstige Nebenräume. Man soll rationell und wahr bauen. Diese beiden Grundsätze sind im Projekte nicht erfüllt und deshalb können wir uns dafür nicht erwärmen.

Der Referent sagt in seinem Schlussworte: Wir werden noch Gelegenheit haben uns künftighin mit ähnlichen Projekten zu beschäftigen, wie

mit den vorliegenden. Ich wett heute schon, dass keines von den Vier-
telhundert Projekten, die wir hier vorlegen werden, sei es von welcher
Seite immer, die Zustimmung der geehrten Opposition finden, sondern
dass daran immer Kritik geübt werden wird.

GR. Biber (chr.-soz.): Wie können Sie so etwas behaupten, das ist un-
erhört, das ist eine feige Beschuldigung, die wir uns nicht gefallen
lassen. Das können Sie in einer Schnapsbude sagen, aber nicht im Gemein-
derat. (Leute Zustimmung bei den Christlichsozialen).

GR. Panosch (chr.-soz.): So eine Frechheit!

GR. Rotter (chr.-soz.): So ein blöder Kerl!

Im Saal entsteht großer Lärm, der mit jeder Sekunde anschwillt.
Von der Opposition wird dem Referenten zugerufen: Gehen Sie zum Teufel!
Schluss! Hinaus mit Siegel! Wir wollen ihn nicht weiter hören!

Zahlreiche Mitglieder der Opposition schlagen auf die Pulte, trampeln
mit den Füßen und rufen unisono: Hinaus! Hinaus mit ihm!

GR. Kunschak (chr.-soz.): Immer muss er provozieren, eine solche Ge-
meinheit!

In dem ungeheuren Lärm scharen sich die Mitglieder der Mehrheit um
das Referentenpult und GR. Siegel spricht weiter, begleitet von unausge-
setzten Pfui- und Abzugsrufen der Opposition. Da sich der Referent nicht
beirren lässt und in dem ohrenbetäubenden Krawall weiter spricht, stei-
gert sich noch mehr die Erregung der Opposition, der Mitglieder mit den
Fäusten auf die Pulte schlagen und zahllose Zwischenrufe, aus denen man
nur immer wieder die Worte: Abzug Siegel! Hinaus mit ihm! hört. Als der
Referent seine Ausführungen schliesst, bereitet ihm die Mehrheit eine
stürmische Ovation, die auf der linken Seite mit Pfuirufen erwidert
wird.

GR. Panosch (chr.-soz.) ergreift ein Bündel Schriften und wirft es
gegen den Referententisch.

GR. Schorsch
Der Vorsitzende gibt unausgesetzt das Glockenzeichen. Inzwischen
ist Bgm. Seitz rasch herbeigeholt worden, er begibt sich zu den Bänken
der Opposition und es gelingt ihm die Erregung zu beschwichtigen.

Nachdem Ruhe eingetreten ist, erklärt Vorsitzender Schorsch: Ich
sehe mich zu meinem Bedauern genötigt, den Kollegen Siegel als Referen-
ten wegen seiner Ausführungen zu rügen. (Rufe bei der Mehrheit: Warum
dann?) Es geht nicht an, dass man in den Schlusssausführungen Wendungen
gebraucht, die missverstanden werden können. Ich bin überzeugt, dass
der Referent niemand beleidigen wollte, aber es konnte den Anschein
haben, Ich hatte diese Empfindung nicht. Die Kollegen Rotter, Biber und
Wawerka muss ich teils wegen ihres Benehmens, teils wegen der gegen den
Referenten gerichteten Beschimpfungen zur Ordnung rufen. Es würde sich
empfehlen, wenn schon eine Entgleisung erfolgt, dass Sie die Ordnung
dem Vorsitzenden überlassen. Wenn aber jeder einzelne gleich, sobald
er sich für beleidigt erachtet, zu dem Mittel des Skandals greift, wer-
den solche Szenen sich ereignen, die durchaus dazu nicht beitragen, das
Ansehen des Gemeinderates zu heben.

Hierauf wird der Referentenantrag angenommen.

StR. Speiser referiert über die in der letzten Zeit erfolgten Maß-
nahmen zur Besserstellung der städtischen Angestellten. Schon im Juli
und Oktober v. J. seien an die städtischen Angestellten Vorschüsse aus-
bezahlt worden. Auch habe eine Regulierung der Dienstzeit stattgefun-
den, nach der nun die siebenstündige Dienstzeit in Geltung stünde. Am
1. Jänner ds. J. seien die erhöhten Bezüge zur Auszahlung gelangt und
auch die Bezüge der Pensionisten würden von der Erhöhung betroffen.
Wegen der umfangreichen Berechnungen seien noch nicht alle erhöhten
Bezüge für die Pensionisten ausbezahlt worden.

StR. Rummelhardt (chr.-soz.): Es wird immer behauptet, dass die
städtischen Angestellten im Vergleich zu den Bundesangestellten materi-
ell viel besser gestellt seien und höhere Bezüge hätten. Nach
genauen Berechnungen habe man aber herausgefunden, dass dies nicht
richtig ist. Es ergibt sich in der geringsten Gehaltsklasse schon eine

Differenz von 40.500 Kronen monatlich, die sich in der höchsten Klasse
bis zu 894.000 K steigert. Nach den Mitteilungen des Herrn Referenten
würden Vereinbarungen immer nur zwischen der Gemeinde Wien und dem Ver-
bande der städtischen Angestellten getroffen. Es ist das ein Vorgang,
den wir durchaus nicht hinnehmen können, denn wir wissen, dass eine
große Zahl von städtischen Beamten von diesem Verband überhaupt nichts
wissen will oder nur unter dem Zwange der auf sie ausgeübt wird, nicht
aber innerlich, ihm angehören. Es ist so, dass heute vielleicht schon
90 Prozent von seinen Angehörigen nichts mehr von ihm wissen wollen,
aus dem Grunde, weil sein Präsident heute ein ausgesprochener sozial-
demokratischer Parteimann ist, obwohl dieser Bund seinerzeit als un-
politisch gegründet wurde. Man muss also mit Nachdruck verlangen, dass
besonders bei bindenden Verhandlungen auch die christlichen Gewerkschaf-
ten dazu eingeladen werden. Man muss sich in Erinnerung rufen, zu
welchen Zeitpunkten die von den Herrn Referenten erwähnten Vorschüsse
gegeben wurden. Im Juli handelte es sich darum, dem Bund ein Schnipp-
chen zu schlagen, denn gerade damals waren dessen Beamte um Regulie-
rung der Gehälter eingekommen. Im Oktober aber standen die Wahlen vor
der Türe und da musste man ebenfalls durch Gewährung von Vorschüssen
für die sozialdemokratische Partei Stimmung machen. Ueberdies haben sich
die Vorschüsse sehr gefürchtet gemacht, da sie, wie man annimmt, rückbe-
zahlt werden müssen. Es wäre dringend notwendig, im Interesse der Beamten
schaft diese beiden Vorschussleistungen als besondere Bezüge gelten zu
lassen. Darüber hinaus gibt es aber noch viele wichtige Fragen, welche
in diesem Zusammenhang erörtert werden müssen. Vor allem die Haltung
vieler sozialdemokratischer Beamten in den Aemtern, die ihre Kollegen,
die anderer politischer Richtung angehören, bespitzeln und den unziehen.
Unbedingt Remetur muss geschaffen werden bei den Vertrauensleutenwesen.
Es sind dutzende von Fällen bekannt, in denen sogenannte Vertrauensleute
mit dem brutalsten Terror die Interessen ihrer nichtsozialdemokratischen
Kollegenschaft vergewaltigen. So vor allem bei der Wiener Feuerwehr.
Da treibt ein sozialdemokratischer Vertrauensmann sein Unwesen und schad-
det bei jeder Gelegenheit seinen nichtsozialdemokratischen Kollegen.
Man muss den Herrn Stadtrat dringlich davor warnen, sich mit solchen
Leuten zu weit einzulassen, denn besondere Vorgänge in Lainz zeugen
deutlich dafür, dass solche sozialdemokratische Speichellecker oft nicht
würdig sind, mit ihren Arbeitskollegen beisammen zu sein. Eine besondere
Beachtung verdient auch die Besoldung der Lehrer und die Art und Weise,
mit der die Lehrerschaft von der Gemeindeverwaltung behandelt wird. Es
hat sich da in letzter Zeit ein Verhältnis herausentwickelt, das durch-
aus nicht hingenommen werden kann. Nichtsozialdemokratische Lehrpersonen
werden ohne Rücksicht auf die Interessen der Kinder, Eltern und der Er-
ziehung mitten im Schuljahr von den Schulen wegversetzt und in entlege-
nen Bezirken zur Dienstleistung herangezogen. Es versteht sich, dass das
immer nur auf missliebige nichtsozialdemokratische Lehrer und Lehrerinnen
zutrifft. Auch im Bezug auf die Wohnungszuweisung lasse sich die Gemein-
de Wien bei ihren Angestellten viel zu schulden kommen. Zwei Lehrerinnen
müssten schon seit zwei Jahren in der Leichenkammer des Grinzinger Spi-
tals hausen, weil ihre Gesuche vom Wohnungsamt unberücksichtigt gelassen
werden. Es ist nun selbstverständlich, dass die Gemeinde auch da ihren An-
gestellten entgegenkommen müsse, wenn sie die volle Dienstleistung ver-
lange. Es ist merkwürdig, wenn immer gesagt wird, dass die Christlichsozia-

Es gelangt nun folgender Dringlichkeitsantrag des Gemeinderates
Biber zur Verhandlung: Der Wiener Gemeinderat beschliesst: „Der Herr
Bürgermeister möge umgehendst an den Wiener Magistrat die Weisung er-
gehen lassen, dass in Fällen, wodurch die zuständigen Steueradministra-
tionen die Stundung der staatlichen Erwerbsteuer vom Jahre 1922, bis
zur Erledigung des gegen die Bemessung derselben erhobenen Rekurs-
ses bewilligt wurde, auch die Zuschläge der Gemeinde, ohne weitere Be-
helligung der Parteien, für den gleichen Zeitraum gestundet werden, fer-
ner, dass diesbezügliche, gegenteilige, an die Steuerabteilungen des
Wiener Magistrates ergangene Weisungen, sofort ausser Kraft gesetzt
und eventuell laufende Exekutionen und Pfändungen eingestellt werden“.

5
Ihre Leute schlecht gezahlt hätten. Es ist die Bezahlung unter der früheren Verwaltung weitaus besser gewesen. Bringen sie endlich die Politik aus den Ämtern heraus, denn das Volk hat ein Anrecht auf unpolitische Beamte. Es ist auch nicht geschmackvoll im Dienste ein Abzeichen, sei es nun die weisse oder die rote Nelke, zu tragen. Auch das heute geübte System der Ständervorrückungen und der Auszeichnungen ist durchaus unzulässig und es muss gesagt werden, dass ein paritätisch zusammengesetzte Stelle die vorgeschlagenen Begünstigungen beurteilt und ein einheitliches Gutachten erstattet wird.

STR. Speiser: Die Gemeinde hat nachgewiesener Massen auch im November und Dezember v. J. bedeutend höhere Bezüge an ihre Beamten gezahlt als der Bund für seine Angestellten im gleichen Dienstgrad und gleicher Verwendung. Was die Vorschusszahlung anlangt, so muss schon gesagt werden, dass die Gemeinde schon lange vor den Wahlen diese Vorschüsse zur Auszahlung brachte, noch in einer Zeit, wo man gar nicht wusste, wann diese stattfinden sollte. In die Gewerkschaftsverhältnisse der Angestellten kann und will ich durchaus nicht eingreifen. GR. Rummelhardt hat auch von dem angeblichen Terrorherrschaft geredet, von der wir immer wieder hören. Wir haben das System vertrauensvollen Zusammenarbeitens zwischen der Personalvertretung, den Vertrauensmännern und der Verwaltung, das sich durchaus bewährt. Die vorgebrachten Beschwerden wegen der Feuerwehr werde ich überprüfen. Wir können sagen, dass die Verhältnisse bei der Feuerwehr in finanzielle und dienstlicher Richtung gegen früher wesentlich besser geworden und sicher nicht ungünstig sind. Der Referent behandelt dann noch die Frage der politischen Abzeichen, er wünsche, dass im Dienste keine Abzeichen getragen werden und es sei in dieser Beziehung sicher schon besser geworden. Hierbei möchte er wünschen, dass führende Männer in amtlichen Stellen mit gutem Beispiel vorangehen. Kürzlich habe er einem christlichsozialen Minister auf der Ministerbank mit dem Abzeichen gesehen und sogar in seiner Sprechstunde hat er jeden Besucher mit dem Abzeichen des Volksbundes empfangen. Wenn die Opposition kritisiert, dann möge sie sehen, dass ihre eigenen führenden Persönlichkeiten und Anhänger dasselbe Beispiel geben. Das aussertourliche Avancement vollzieht sich nicht, wie GR. Rummelhardt behauptet, in einer Dunkelkammer, sondern weit öffentlicher als das aussertourliche Avancement und anderen Verwaltungskörpern. Ich habe beispielsweise noch nie gehört, dass ein solches aussertourliches Avancement beim Bund dem Parlament vorgelegt wird. Das vollzieht sich wirklich in den Dunkelkammern der Ministerien. (Heiterkeit und Sehr gut! bei der Mehrheit)

Der Antrag wird sodann einstimmig angenommen.

Zu dem Dringlichkeitsantrag GR. Eiber spricht der Antragsteller: Er sagt, dass bei den Erwerbssteuervorschreibungen für 1922 bedeutende Irrtümer unterlaufen seien. In vielen Fällen wurden einfach Hausnummern als steuerpflichtig den Zensiten vorgeschrieben. Bei verschiedenen Kommissionen und Ämtern hat man sich auf Verzehnfachung und Verzwanzigfachung der ursprünglichen Sätze eingelassen und sich nicht darum gekümmert, ob die Betriebsstätten überhaupt nicht bestehen und ob die Betriebsverhältnisse die gleichen sind wie im Vorjahre. Dieser Vorgang führte zu grossen Härten und Ungerechtigkeiten. Als die davon Betroffenen bei den zuständigen Stellen des Bundes vorstellig wurden, hat man ihnen für die Bezahlung bis zur Erledigung der Rekurse Fristen eingeräumt. Nun ergibt sich ein Fall, dass die Gemeinde Wien, die von einer Stundung des Bundes von Amtswegen verständigt worden war, diese Verständigung einige Wochen liegen liess und dann dem betreffenden Zensiten einen Exekutivbefehl schickte, mit der Drohung, dass bei Nichtzahlung binnen drei Tagen die Exekution und Pfändung erfolge. Ich habe erfahren, dass ein Befehl des Magistrates vorliegen soll, wonach solche Stundungen des Staates nicht berücksichtigt werden wird. Bei dieser Umfrage konnte ich nicht auch davon überzeugen, dass der geschilderte Vorgang des Wiener Magistrats durchaus nicht vereinzelt ist. Im Hinblick auf den Umstand, dass eine grosse Reihe solcher Zensiten so ungerecht behandelt wird, ist ein rasches Einschreiten erforderlich, weil die Leute sonst ins

Elend gestürzt werden. Ich glaube daher, dass ein dringlicher Beschluss notwendig ist und dass auch die Gemeinde Wien wie der Bund den erbetenen Aufschub erteilen soll.

Dem Antrage wird einstimmig die Dringlichkeit zuerkannt und GR. Eiber bespricht dann kurz die rechtliche Seite dieser Sache.

StR. Breitner: Wir haben für die Dringlichkeit gestimmt, weil wir der Erörterung nicht ausweichen wollten. Das soll aber keineswegs bedeuten, dass wir dem Meritum zustimmen. Dem betroffenen Zensiten ist ja jederzeit das Recht gewahrt, durch Anrufen der Instanzen den Standpunkt der Gemeinde anzufechten. Wir sind befugt und berechtigt unsere Zuschläge einzuheben und es würde dem Wesen der autonomen Verwaltung nicht entsprechen, wenn wir uns durch die Verfügungen der Bundesverwaltung für gebunden erachten wollen. Hier wird durchaus rechtmässig vorgegangen. Ich habe aus Anlass zahlreicher Fälle schon früher dem Finanzministerium erklärt, dass wir zu einer automatischen Stundung in keinem Falle bereit sind. Die Erfahrung lehrt, dass die Steuerbemessungen ausserordentlich langsam erfolgen und dass der staatliche Apparat schlecht funktioniert. Es wäre verfehlt, diesen langsamen Weg durch Stundungen noch weiter zu verzögern.

Die Gemeinde hat sich daher in dieser Beziehung vollständig selbständig gemacht. Das bedeutet aber nicht, dass wir diese Stundungen nicht gewähren. Ich bin in der Lage nachzuweisen, dass auch die Gemeinde diese Steuerstundungen in vielen hundert Fällen gewährt. Nur überprüfen wir die Notwendigkeit genau, während der Bund solche Stundungen massenhaft gewährt und keine besonderen Prüfungen vornimmt. Dieses System einfach automatisch zu übernehmen, müssen wir ablehnen. Wir verteilen diese Stundungen auf mehrere Monate und unterrichten uns darüber, ob es sich um einen schlechten und säumigen Steuerzahler handelt. Da die Zuschläge der Gemeinde zu der Erwerbsteuer mit dem Jahre 1922 aufhörten, so ist diese Frage für die Gemeinde fast erledigt. Wir können uns auch nicht in dieser Frage an die Entscheidungen des Bundes binden, sondern müssen dies dem freien Ermessen des Magistrates überlassen. Wenn wir auch dafür waren, dass diesem Antrag die Dringlichkeit erteilt wird, so muss ich doch feststellen, dass wir uns auf diesem Weg nicht begeben können. (Beifall bei der Mehrheit)

GR. Rotter (chr. soz.): Im Voranschlag für das Jahr 1923 ist von Einnahmen aus dem Erwerbsteuerzuschlägen keine Rede. Wenn die Gemeinde Wien heute über so riesige Kassenbestände verfügt, so stammen diese aus den Eingängen der Steuerzuschläge. Diese machen es aber noch gar nicht aus. Dazu kommen noch drakonische Strafen, Verzögerungszinsen u. s. w. Die Gemeindeverwaltung und die sozialdemokratische Partei schreie jeden Augenblick über das fürchterliche Anwachsen der Teuerung und bedenke dabei nicht, dass sie selbst mit schuld daran sind. Durch die Steuervorschreibung Abgaben und Taxen würde gerade der leistungsfähige Gewerbebestand vernichtet. Wenn das aber einmal der Fall, dann sei für die Gemeinde auch keine Möglichkeit mehr zu solchen Geldmitteln zu gelangen.

GR. Kunschek (chr. soz.): Die Steuervorschreibungen des Bundes sind so gemacht, weil der Apparat des Bundes anders geartet ist. Es entspricht sicherlich auch nicht den Intentionen des Finanzministeriums in allen Fällen Steuerstundungen zu gewähren. Der Standpunkt jedoch, grundsätzlich Steuerstundungen zu verweigern, ist falsch. Bei der Gemeinde herrsche jetzt ein Zustand der vollkommenen Unsicherheit und Willkür. Ich hätte doch erwartet, dass der städtische Finanzreferent seinen Standpunkt korrigieren werde. Die richtige Methode wäre, jeden einzelnen Stundungsfall richtig zu erfassen.

Der Dringlichkeitsantrag des Gemeinderates Eiber wird hierauf von der Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende teilt sodann mit, dass die Beratung der Rechnungsabschlüsse von der Tagesordnung abgesetzt wird und schliesst um $\frac{1}{2}$ 10 Uhr die Sitzung.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Samstag, den 26. Jänner 1924.

.....
Keine Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten. Am Montag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim amtsführenden Stadtrat Hugo Breitner.

.....
Das Modell einer Wirtschaftsnische im Rathaushof. In der gestrigen Sitzung des Gemeinderates wurden die Pläne für ein Mittelstandswohnhaus genehmigt, das die Gemeinde Wien in der Hernalser Hauptstrasse, Ecke Bergsteiggasse, errichten wird. Die Pläne stammen von dem bekannten Architekten Polak-Hellwig. Da es sich hier um eine wesentliche Vereinfachung der hauswirtschaftlichen Arbeiten handelt, die durch den Einbau einer in allen Einzelheiten genauest durchgearbeiteten Wirtschaftsnische bezweckt werden soll, hat das Stadtbauamt ein naturgrosses Modell im Arkadenhofe des Wiener Rathauses errichtet. Architekt Polak-Hellwig hat sich bemüht, wie er selbst sagt, angeregt durch holländische und amerikanische Studien, auf kleinster Fläche und mit möglichster Berücksichtigung der hauswirtschaftlichen Arbeiten die notwendigen Räume anzuordnen. Er rechtfertigt die Anordnung eines nur indirekt belichteten Vorraumes mit der Begründung, dass ein Vorraum nur als „Einschaltraum“ zwischen Stiegenhaus und Wohnräumen, als Kleiderablage und zur Aufstellung der Kohlenkiste zu dienen hat. Für diese Zwecke sei in einer Kleinwohnung indirekte Belichtung vollkommen ausreichend. Das Klosett ist selbstverständlich vom Vorraum aus zugänglich. Gegen den Vorhalt, dass auch das Klosett nicht unmittelbar ins Freie mündet, verweist Architekt Polak-Hellwig auf die vollkommen einwandfreien Ausführungen derartiger Ueberlüftungen, wie sie in dem bekannten Einküchenhaus bestehen. In Holland, mit seiner hochstehenden Wohnkultur, seien die Klosetts oft vollkommen von Licht und Luft abgesperrt, eine für unsere Begriffe ganz unmögliche Anordnung. Die Ueberlüftung ist natürlich kombiniert mit einer Raumentlüftung über Dach. Ein kleines Modell, das ebenfalls zu sehen ist, erklärt die auf ähnlichen Grundlagen beruhende Anordnung für einfache „Volkswohnungen“. Hier entfällt die Badenische, das Klosett rückt an die Aussenwand des Hauses. Besonders bei dem geringen Umfang des Hernalser Mittelstandshauses wurde von einer gemeinsamen Badeanlage abgesehen, es wurden vielmehr Badenischen in den Wohnungen angeordnet. Vom Vorraum, in dem eine Kohlenkiste eingebaut ist, kommt man in den Wohnraum, der mit der angebauten „Wirtschaftsnische“ die „Wohnküche“ der Mittelstandswohnung ohne Hausgehilfin bildet. Ein Plan, betitelt „Taylorarbeitsvorgang beim Zubereiten und Forträumen der Mahlzeiten“ illustriert das Bestreben, die mit dem Kochen zusammenhängenden Arbeiten möglichst zu vereinigen und dadurch zu vereinfachen, die notwendigen Apparate und Geräte zweckentsprechend anzuordnen. Die getrennte Spüle, aus dem Siedlerhaus hervorgegangen, hält der Architekt für fehlerhaft, da sie zusammenhängende Arbeiten zerreisst. Trotz der vorgelagerten kleinen Laube erhält die Wirtschaftsnische genug Licht und Luft. Es würde zu weit führen, die praktische Einrichtung der Wirtschaftsnische im einzelnen zu schildern. Es kann aber schon nach dem Modell festgestellt werden, dass die bis ins Kleinste durchdachte Durchbildung einen wichtigen Schritt vorwärts bildet zur Rationalisierung der Hauswirtschaft. Die gleichen Ursachen, wie der Mangel an Dienstmädchen und der Frauenerwerb, die in Amerika schon längst zu einer für unsere Begriffe fast wunderbaren technischen Durchdringung der Hauswirtschaft geführt haben, werden auch bei uns diese Entwicklung zwangsläufig beschleunigen. Die Gemeinde Wien hat dieses Modell vor allem deshalb errichtet, um sowohl Fachleuten, als auch Laien, vor allem aber den daran am meisten interessierten Hausfrauen Gelegenheit zu geben, diese Einrichtung kennen zu lernen. Mit dem Bau dieses Mittelstandswohnhauses, das 26 Wohnungen enthalten wird, dürfte in den nächsten Wochen begonnen werden.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y .

Wien, Samstag, den 26. Jänner 1924. Zweite Ausgabe.

.....
Freie Fachärztinstelle. Für das Berufsberatungsamt der Stadt Wien wird die Stelle einer Fachärztin besetzt werden. Die Gesuche sind bis 1. März 1924 bei der Magistratsabteilung 12 (Gesundheitsamt) einzubringen. Die Bewerberinnen müssen österreichische Staatsbürger^{sein} und das Doktorat für die gesamte Heilkunde besitzen. Ausserdem werden besondere Vorkenntnisse in Berufshygiene und Berufskunde oder die praktische Betätigung in der Berufsberatung verlangt.

.....
Sammlung für die Armen Wiens. Mit Rücksicht auf den Sammeltag der Gemeinde Wien für die Deutschlandskinder entfiel die alljährliche allgemeine Sammlung für die Wiener Armen im Dezember. Der Gemeinderatsausschuss für Wohlfahrtswesen hat nun, wie bereits mitgeteilt, beschlossen, dass diese Sammlung morgen Sonntag durchgeführt wird. Es steht zu erwarten, dass die Wiener Bevölkerung, die für fremde Not ein warmfühlendes Herz hatte, auch ihren eigenen armen Mitbürgern ihre tatkräftige Hilfe nicht versagen wird. Es wäre erfreulich, wenn diese Sammlung für die Ärmsten der Armen Wiens ein ganz besonders günstiges Ergebnis aufweisen könnte. Die Sammlung erfolgt diesmal ohne besonderen Anschlag in den Häusern, jedoch mit dem üblichen Sammelbogen.

.....
Der Verkehr in der Rechten Wienzeile. Zur Zeit des Marktverkehrs ist die Rechte Wienzeile zwischen der Schleifmühlgasse und der Bärenmühle meist derart mit Marktfuhrwerk verstopft, dass andere Wagen nicht durchfahren können. Der Magistrat hat daher verfügt, dass diese Strecke während des Marktverkehrs, nämlich zwischen 7 und 12 Uhr vormittags nur von dem Marktfuhrwerk benützt werden darf. Die anderen Fuhrwerke benützen die Linke Wienzeile. Schliesslich hat der Magistrat verfügt, dass die Rampe vor der Karlskirche für jegliches Schwer- und Lastenfuhrwerk, einschliesslich der Lastkraftwagen gesperrt ist, da dieses Kirchenbauwerk gegen grössere Erschütterungen geschützt werden muss.

.....
Die Austrittsbewegung aus den Religionsgenossenschaften. Der Magistrat veröffentlicht die in den letzten neun Monaten des Jahres 1923 angemeldeten Konfessionsänderungen. Insgesamt haben 23.205 Personen den Austritt aus Religionsgenossenschaften angemeldet, eine Zahl, die in vergangenen Jahren niemals auch nur annähernd erreicht worden ist. Hievon waren 13.299 Männer und 9.906 Frauen. Der weitaus grösste Teil davon entfällt auf die katholische Kirche. 20.793 Austritten stehen nur 542 Eintritte gegenüber, so dass ein Gesamtabfall von 20.251 Katholiken resultiert. Ein absolutes Minus ergibt sich auch bei den Juden durch 957 Austritte und 183 Eintritte. Hingegen haben die beiden evangelischen Bekenntnisse einen Zuwachs erlangt, der bei dem Ausburger-Bekenntnisse 923 Personen, beim Helvetischen Bekenntnis 69 Personen umfasst. Das Gleiche gilt für die Altkatholiken, die wohl 273 Austrittsfälle, hingegen aber 1503 Eintrittsfälle zu verzeichnen haben. Der weitaus grösste Teil aller jener Menschen aber, die den Austritt^{aus} einer Religionsgemeinschaft abmeldeten, wurde konfessionslos. Ihre Zahl beträgt in den ersten drei Quartalen des verflossenen Jahres 18.835. Davon 11.348 Männer und 7487 Frauen. Bemerkenswert ist, dass auch sehr bejahrte Personen sich zu diesem Schritte entschlossen haben, sind doch 92 von den Ausgetretenen bereits über 70 Jahre alt.

.....
Aus dem Rathause. In der kommenden Woche hält der Stadtsenat am Dienstag, den 29. ds. um 10 Uhr vormittags Sitzung.

.....
Leihweise Benützung von Militärpferden. Die Heeresverwaltung beabsichtigt eine gewisse Zahl von Dienstpferden des Bundesheeres an österreichische Bundesbürger zum Gebrauche leihweise zu überlassen. Die genauen Vertragsbedingungen liegen bei den Truppenkommanden und bei den städtischen Amtstierärzten in den magistratischen Bezirksämtern auf.

Wien, Montag, den 28. Jänner 1924.

Die Wasserkraftwerke der Gemeinde Wien. Ueber den Stand der Bauarbeiten

bei den Wasserkraftwerken berichtete Ingenieur Franz Kuhn von der WAG kürzlich im Österreichischen Ingenieur- und Architektenverein. Er teilte mit, dass bei dem Opponitzer Werk, das bekanntlich das Gefälle des Ebbsflusses zwischen den Orten Göstling und Opponitz ausnützt, in-dem es eine 34 Kilometer lange Flußschleife durch eine 11.3 Kilometer lange Oberwasserführung abschneidet, die Arbeiten sehr weit vorgeschritten sind. Das Wehr bei Göstling wird in zwei Bauabschnitten ausgeführt. Gegenwärtig wird an den Fundamenten für den eigentlichen Wehrkörper gearbeitet, während das Einlaufbauwerk bereits fertiggestellt ist. Den Hauptteil an den Bauarbeiten bildet der Vortrieb der Stollen. Es handelt sich dabei um eine Strecke von rund zehn Kilometer, von denen bereits neun Kilometer vorge-trieben sind, so dass nur noch im großen Frieslingstollen ungefähr 980 Me-ter bewältigt werden müssen. Von den vorgetriebenen Stollen ist der gröss-te Teil bereits ausgemauert und glatt geschliffen. Die großen eisernen Druckrohre sind schon geliefert und befinden sich auf der Baustelle in Opponitz. Im Frühjahr wird die Rohrleitung montiert. Auch der Bau des Krafthauses ist so weit vorgeschritten, dass sämtliche Dachstühle aufge-setzt werden konnten.

Die Gemeinde baut dann bekanntlich noch ein zweites Werk, nämlich das Wasserleitungswerk, das das grosse Gefälle der zweiten Wiener Hochquellen-leitung zwischen Lunz und Kienberg-Gaming ausnützt. Durch einen neuen Stol-len von 7993 Meter Länge, mit sehr geringem Gefälle, wird von dem derzeitigen Wasserleitungsstollen das Wasser abgeleitet. Dadurch wird ein Druck-gefälle von 188 Metern erzielt. Nach Fertigstellung dieses Werkes, wird das Wasser, ohne an seiner bekannten Güte auch nur die geringste Einbusse zu erleiden, auf dem Wege nach Wien 4630 Pferdekkräfte oder 23 Millionen Kilowattstunden Strom jährlich erzeugen. Die Arbeiten bei diesem Werk wur-den im vergangenen Herbst begannen. Bis jetzt sind die erforderlichen Barak-kenbauten fertiggestellt, Zufahrtsmöglichkeiten geschaffen und die Stollen-arbeiten eingeleitet.

Die in beiden Werken erzeugte elektrische Kraft wird mittels einer 140 Kilometer langen Fernleitung nach Wien geleitet. Auch der Bau der Lei-tung ist bereits vorgeschritten und sind von den auf der ganzen Strecke erforderlichen 753 eisernen Gittermasten bereits 538 aufgestellt. Auch in Wien wurden bereits die ersten Maste längs des Hubertusdamms in Florida-dorf errichtet. Der Vortragende sprach die Hoffnung aus, dass noch im Lau-fe dieses Jahres als erstes Werk die Opponitzer Anlage den Betrieb auf-nehmen wird können. Die Jahresleistung dieses Werkes beträgt rund 55 Millio-nen Kilowattstunden, von denen 47 Millionen in Wien abgegeben werden können.

Die Sammlung der Gemeinde für die Deutschlandhilfe. Die am 1. und 2. Dezember

durchgeführte allgemeine Sammlung der Gemeinde Wien für die Deutschland-hilfe wies ein sehr erfreuliches Ergebnis aus. Bis jetzt ist ein Betrag von 1.930.000.000 Kronen eingelangt und dürfte die endgiltige Abrechnung das Ergebnis dieser Sammlung auf rund zwei Milliarden Kronen steigern. Auf die einzelnen Bezirke verteilt sich der Betrag wie folgt: Innere Stadt 49,656.031 K, Leopoldstadt 143,652.768 K, Landstrasse 140,647.926 K, Wie-den 84,046.050 K, Margareten 96,610.953 K, Mariahilf 96,046.303 K, Neubau 81,941.401 K, Josefstadt 98,534.294, Alsergrund 129,089.694 K, Favoriten 75,974.720 K, Simmering 47,500.000 K, Meidling, 94,247.983 K, Hietzing 116,285.499 K, Rudolphheim 61,146.878 K, Fünfhaus 55,680.625 K, Ottakring 45,709.902 K, 124,461.322 K, Hernals 70,408.460 K, Währing 85,645.208 K, Brigittenau 102, 276.061 K, Floridsdorf 87,071.011 K.

Das Gelingen dieser Sammlung ist neben der Gehefreudigkeit und Opfer-willigkeit der Bevölkerung auch ein Verdienst der in allen Bezirken tätig-gewesenen Komitees, an deren Spitze die Bezirksvorsteher und Vorstände der Fürsorgeinstitute standen, ferner der Wiener Tagespresse, die die Ankündi-gung der Sammeltag durchführte, weiters der in den Komitees vereinigten Fürsorgeräte, Ortsschulräte, Schulverbände und Elternvereinigungen. Nicht zuletzt haben aber auch alle Beamte, die die Vorarbeiten für diese groß-zügige Hilfsaktion durchzuführen hatten, wesentlich zum Gelingen der Samm-lung beigetragen. Bürgermeister Seitz hat in der letzten Sitzung des Ge-meinderates über den Erfolg dieser Sammlung berichtet und der Gemeinderat

hat der gesamten Bevölkerung, vor allem auch der Wiener Tagespresse für die hingebungsvolle Mitwirkung an dem Zustandekommen dieses so schönen Erfol-ges deutscher Bruderhilfe den warmsten Dank ausgesprochen.

RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o r a y

Wien, Dienstag, den 29. Jänner 1924.

.....
Die Entscheidungen der Mietkommissionen. Seit der Wirksamkeit des neuen Wohnungsanforderungsgesetzes wird die Zahl der Wohnungen, die infolge rechtskräftig gewordener Anforderung zugewiesen werden können, immer geringer. Die Mietkommissionen haben sich eine Spruchpraxis zurecht gelegt, durch die ein großer Teil der Wohnungsanforderungen wegen persönlicher Rücksichtnahme aufgehoben wird. Besonders auffällig kommt dies bei den beiden Mietkommissionen des Bezirksgerichtes Innere Stadt zum Ausdruck. Da vielfach von den Wohnungssuchenden dem Wohnungsamte die Schuld an der nicht rechtskräftig gewordenen Anforderung beigemessen wird, sieht sich das Wohnungsamt veranlasst, zahlenmässig festzustellen, wie schwierig es ist, bei den Mietkommissionen der Bezirksgerichte mit einer Anforderung durchzudringen. Es fanden vom Jänner bis November 1923 bei den beiden Mietkommissionen des Bezirksgerichtes Innere Stadt 140 Verhandlungen über Anforderungen statt. Davon wurden 111 Fälle erledigt, von denen 76 Anforderungen bestätigt, 35 aufgehoben worden sind, so dass also 68 Prozent rechtskräftig wurden, während 32 Prozent nicht durchdrangen. Vom November an haben sich aber die Verhältnisse wesentlich verschlechtert. Von 20 behandelten Fällen sind durch die Mietkommission nur drei Anforderungen, also 15 Prozent bestätigt und acht Anforderungen, also 40 Prozent aufgehoben worden, während neun Verhandlungen über Anforderungen überhaupt vertagt wurden. Es handelt sich dabei meist um Fälle, die eine starke Entlastung des Wohnungsmarktes herbeizuführen geeignet wären, was jedoch durch die Entscheidung der Mietkommissionen vereitelt wurde. Dadurch ist es dem Wohnungsamte unmöglich, eine grössere Zahl von Wohnungssuchenden in angeforderte Wohnungen unterzubringen, was jedoch keinesfalls dem Wohnungsamte zur Last gelegt werden darf.

.....
Der Strassenbahnfahrpreis am Samstag. Die in der heutigen Vormittagsausgabe enthaltene Notiz lautet richtig: Am Samstag, den 2. Februar (Feiertag) gilt auf den städtischen Strassenbahnen der Werktagsfahrpreis. Es sind daher an diesem Tage die Hin- und Rückfahrtscheine, Frühfahrtscheine und Wochenkarten giltig. Nur die Fürsorgefahrtscheine können nicht benutzt werden.

.....
Keine Gemeinderatssitzung. In dieser Woche findet eine Sitzung des Wiener Gemeinderates nicht statt.

.....
Der Kampf gegen die schlechten Lebensmittel. Das Marktamt der Stadt Wien berichtet soeben über seine Tätigkeit im Monat Dezember. In diesem Monat hat das Marktamt insgesamt 919 Anzeigen erstattet, von denen der grösste Teil, nämlich 397, auf schlechte Beschaffenheit von Lebensmittel entfiel. Wegen Uebertretung der Gewerbeordnung wurden 126, der Sonntagsruhevorschriften 107, der Marktordnung 89, der Eichvorschriften 33 und wegen unterlassener Preisanschreibung 68 Anzeigen erstattet. Auch wegen Preistreiberei mussten 20 Anzeigen weiter geleitet werden. Gross ist die Zahl der beanstandeten Milchverwässerungen. Es wurden einige Fälle angezeigt, in denen eine Verwässerung der Milch bis zu 26 Prozent erfolgt ist. Bei einer Milchverschleisserin in Meidling wurde sogar eine Wässerung der verkauften Milch bis zu 31 Prozent festgestellt. Bei vielen Verschleissstellen wurde eine starke Entrahmung der Milch vorgenommen. Auch die Verfälschungen von Butter haben im Dezember einen grossen Umfang zu verzeichnen. Das Marktamt hat auch Proben von jodierten Kochsalz abgenommen und der Untersuchungsanstalt übermittelt. Von den 120 Proben ist bis jetzt noch der grösste Teil von der Untersuchungsanstalt noch nicht zurückgelangt, doch wurden bereits 13 Proben wegen falscher Bezeichnung beanstandet, da ein Jodgehalt nicht nachweisbar war. Die Marktamtsabteilungen haben im Dezember besonders streng in den Geschäften und auf den Märkten die verwendeten Wagen kontrolliert und mussten wegen Betrugess beim Gewicht fünf Anzeigen erstatten. Gross ist im Berichtsmonat die Menge der beschlagnahmten und vernichteten Lebensmittel. An der Spitze stehen 2988 kg Fische, 2908 kg Obst, 890 kg Gemüse, 562 kg Kartoffel, 560 kg Agrumen, worauf kleinere Mengen Käse, Eier, Geflügel, Fleisch und Innereien, Fett, Würste, Kondensmilch folgen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Dienstag, den 29. Jänner 1924

Jubilare der Ehe. In der vergangenen Woche überreichte StR. Speiser in Vertretung des Bürgermeisters den goldenen Hochzeitspaaren Bernhard und Magdalena Eschwe, II., Kleine Stadtgutgasse 10 und Karl und Marie Käsmayer, Atzgersdorf, Breitenfurterstrasse 62, die Ehrengabe der Gemeinde Wien.

Unbefugte Pfandgeschäfte. Die Behörden waren bereits in einer Anzahl von Fällen gezwungen, gegen Kreditunternehmungen einzuschreiten, weil sie, ohne eine Konzession zu besitzen, Darlehen gegen Faustpfand gewerten. In solchen Fällen musste im Zuge der Strafamtshandlung der Geschäftsbetrieb eingestellt und die Betriebsstätte amtlich geschlossen werden. Es wurden vorgefundene Pfänder beschlagnahmt. Wenn auch die Liquidation der bereits abgeschlossenen Pfandgeschäfte auch nach der Sperre so rasch als nur möglich durchgeführt wird, so erwachsen doch den Darlehensschuldern und den Verpfändern bei der Rückerlangung des gegebenen Pfandes doch vielfach Schwierigkeiten. Es besteht auch in solchen Fällen, in denen Pfandleihbetriebe unbefugt und daher unkontrollierbar ausgeübt werden, oft die Gefahr, dass die Pfänder weiter gegeben werden, was bei den konzessionierten Pfandleihanstalten ausdrücklich verboten ist. Die Bevölkerung wird daher gewarnt, bei Kreditinstituten, die keine Konzession zum Betriebe einer Pfandleihanstalt besitzen, Darlehen gegen Faustpfand aufzunehmen.

Die städtische Unfallfürsorge. In der letzten Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Sozialpolitik berichtete amtsführender Stadtrat Weber über die die städtische Unfallfürsorge im Jahre 1922. Die Unfallfürsorge umfasst sämtliche nicht definitiv angestellte Gemeindebediensteten und die unter einem Kollektivvertrag stehenden Arbeiter und Angestellten. Im Jahre 1922 erstreckte sich die Unfallfürsorge auf 25.662 städtische Bedienstete. In diesem Jahre ereigneten sich 109 Unfälle, die zur Zuerkennung einer Rente führten. Die grösste Zahl von Unfällen, nämlich 95, ist bei der Strassenbahn zu verzeichnen. Auf das Elektrizitätswerk und auf die Lagerhäuser entfallen je drei Unfälle, während die übrigen acht auf die sonstigen Betriebe kommen. Insgesamt ereigneten sich 2013 Betriebsunfälle, von denen 1380 auf die Strassenbahnen, 299 auf die Gaswerke, 152 auf die Elektrizitätswerke, 47 auf die Lagerhäuser, 12 auf die Leichenbestattung, einer auf das Brauhaus und 122 auf die übrigen Gemeindebetriebe entfielen. Diese verhältnismässig grosse Zahl ist darauf zurückzuführen, dass sämtliche städtische Bedienstete, vor allem die der städtischen Unternehmungen den Auftrag haben, jede selbst die geringste Verletzung, auch dann, wenn gar keine Dienstunterbrechung eintritt, zu melden. Im Jahre 1922 ereigneten sich vier Unfälle mit tödlichem Ausgang, von denen einer einen Strassenbahner, zwei Elektrizitätswerkbedienstete und einer ^{einen} Bediensteten des städtischen Fuhrwerksbetriebes/traf. Am 31. Dezember 1922 verblieben 800 Rentner, von denen neun eine Heilverfahrensrente, 631 eine Unfallsrente und 160 eine Hinterbliebenenrente bezogen. An diese Personen wurden im Jahre 1922 insgesamt 94.6 Millionen Kronen an Unfallsentschädigungen und Teuerungszulagen ausbezahlt. Der Bericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Strassenbahnfahrpreis am Samstag. Am Samstag, den 2. Februar (Feiertag) gilt auf den städtischen Strassenbahnen der Werktagsfahrpreis. An diesem Tage sind die Hin- und Rückfahrtscheine, die Frühfahrtscheine und die Wochenkarten ungültig. Ebenso sind die Fürsorgefahrtscheine an diesem Tage nicht benützbar.

spricht. Die Wohnung wurde als zur Gänze untervermietet angefordert, jedoch von der Mietkommission beim Bezirksgerichte Hernals wurde die Anforderung aufgehoben. Selbstverständlich können diese Beispiele beliebig vermehrt werden, da der § 19 des Wohnungsanforderungsgesetzes jedem Richter es ermöglicht unter Berücksichtigung der beruflichen, persönlichen und Familienverhältnisse des Einspruchswerbers die Anforderung aufzuheben. Das Wohnungsamt der Stadt Wien ist der Ansicht, dass es

ungenügend benützte Wohnungen entsprechend den Bestimmungen des Anforderungsgesetzes anzufordern hat. Solche Wohnungen sind besonders in den inneren Bezirken sehr zahlreich. Wenn sie trotz erfolgter Anforderung nicht den Wohnungssuchenden zur Verfügung gestellt werden können, so ist dies ausschliesslich der Spruchpraxis einzelner Mietkommissionen zuzuschreiben.

.....

Wien, Mittwoch, den 30. Jänner 1924.

Der grosse Wettbewerb für Volkswohnungen in Ottakring. Der Wettbewerb, zu dessen Beteiligung die Gemeinde Wien gegenwärtig eine Anzahl der besten Wiener Architekten einladet und über den wir bereits kurz berichtet haben, ist der zweite in der Reihe der öffentlichen Wettbewerbe der Gemeinde Wien. Es handelt sich diesmal um ein besonders grosses Bauprogramm, da das Gebiet, das nun verbaut werden soll, ungefähr 100.000 Quadratmeter gross ist. In das Bauprogramm einbezogen wurde aber ein viermal grösseres Gebiet, für das jedoch erst später ein Freisausschreiben veranstaltet werden soll. Die Baufläche liegt im Zwickel zwischen der Ottakringerstrasse und der Hernalser Hauptstrasse, westlich der äusseren Gürtellinie und wird durch die Sandleitengasse, Oberwiedengasse und Wilhelminenstrasse begrenzt. Nach Norden steigt das Gelände gegen die Giselalpe an, nach Westen gegen den Predigtstuhl. Rund 1200 Wohnungen sollen auf diesem Grundstück errichtet werden, davon noch 785 in diesem Jahre. Der Verbauprogramm ist derart gedacht, dass von Ost nach West und Norden eine allmähliche Auflockerung der Verbauprogramme stattfindet; der nördlichste Baublock soll durch Besetzung mit einzelstehenden oder gekuppelten kleineren Wohngebäuden oder Gruppenbauten mit mässiger Frontlänge, Vorgärten und Anordnung von bloss zwei bis drei bewohnbaren Geschossen, landhausartigen Charakter haben. In der Hauptsache sollen Kleinwohnungen entworfen werden, wobei eine grosse Mannigfaltigkeit der Typen gewünscht wird. Die Kleinwohnungen sollen in der Mehrzahl Wohnküche, Zimmer und Kammer oder Kochküche mit zwei Zimmern samt den notwendigen Nebenräumen, in der Minderzahl Wohn- oder Kochküche und einen Wohnraum mit Nebenräumen umfassen. Für die erstgenannten Wohnungen sind einschliesslich des Anteiles der Stiegen und des Ganges 75 bis 85 Quadratmeter Bodenfläche zulässig. Fünf Prozent aller Wohnungen sind als Mittelstandswohnungen mit Kochküche, drei Zimmern, Dienerzimmer, eventuell Baderaum gedacht. Auch eine grössere Anzahl von Einzelzimmern mit Kochnische soll in das Projekt mit einbezogen werden. Gute direkte Belichtung und Belüftung sind unerlässlich. Die Nebenräume sollen bei geringsten Abmessungen die grösste hauswirtschaftliche Zweckmässigkeit bieten. Wo es die Niveauverhältnisse von selbst ergeben, sollen Werkstätten, Magazine und Geschäftslokale angeordnet werden. Besondere Aufmerksamkeit ist den Wohlfahrtseinrichtungen und Wirtschaftsanlagen zu widmen. Der Wettbewerb verlangt ausdrücklich, dass ein Kinderhort samt zugehörigen Spielplätzen, Nebenräumen und Werkstätten; Spielplätze und Kinderplanschbecken in den gärtnerisch ausgestatteten Binnen- und Strassenhöfen; eine grössere Zahl zentraler Dampfwäschereien; eine zentrale Badeanlage mit Wannen und Brausen ein Kindergarten mit vier Spielsälen, acht Beschäftigungszimmern und den erforderlichen Nebenräumen; ein Werkstattengebäude mit motorischen Betrieben; Gastwirtschaft und Kleinbäckerei untergebracht werden sollen. Schliesslich soll eine Volksschule für 1200 Kinder, mit zwei Turnsälen, in baulicher Anlage und Einrichtung dem modernen Schulbetrieb entsprechend, errichtet werden. Vorgeschrieben sind auch Ateliers für Architekten, Maler und Bildhauer. Die Jury, ist zusammengesetzt aus amtsführenden Stadtrat Siegel, Stadtbaudirektor Fiebiger, Senatsrat Hafner, Baurat Bittner, Architekten Gessner, Oerley und Schmid. Als Ersatzmänner fungieren die Architekten Aichinger und Badstieber. Jeder Bewerber und jede Bewerbergruppe erhält für das diesen Bedingungen entsprechende Projekt eine Vergütung von 40 Millionen Kronen. Die Wettbewerbsarbeiten sind binnen zwei Monaten abzuliefern. Die Gemeinde plant, den zur Ausführung geeigneten Entwurf dem Verfasser zur Ausarbeitung der Baupläne vollständig zu übertragen. Eventuell wird die Gemeinde geschlossene Baublöcke getrennt in Auftrag geben. Die Einladungen zur Beteiligung am Wettbewerb ergingen an eine Anzahl von Architekten, die einvernehmlich Arbeitsgemeinschaften bilden. Der Zweck dieser Arbeitsgemeinschaften ist, eine grössere Zahl von Baukünstlern an diesem Wettbewerb mitarbeiten zu lassen, die Kenntnisse und verschiedenartigen Erfahrungen mehrerer Architekten im Projekte nutzbringend zu verarbeiten. Die Einladungen für den Wettbewerb erfolgten an sieben Gruppen, die sich aus den Architekten Professor Theiß, Jaksch, Krauss und Tölk; Keym, Hetmanek und Gorge; Lichtblau, Kotratschek und Jellitz; Egli, Ried, Sowa und Beer;

Hoppe, Schöenthal und Matuschek; Messner, Popovic und Fischel; Gfögl, Diacher und Alfred Schmidt zusammensetzen. Auch der Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen bildet eine solche Arbeitsgemeinschaft. Die eingelangten Entwürfe werden, sobald das Preisgericht entschieden hat, durch 14 Tage öffentlich ausgestellt.

Musik- und Theaterfest der Stadt Wien 1924. Heute vormittags fand im Sitzungssaal des Stadtsenats unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Seitz die erste Beratung des von ihm im Einvernehmen mit den Parteien eingeladenen gemeinderätlichen Komitees zur Veranstaltung eines Musik- und Theaterfestes statt. Das Komitee besteht aus dem Bürgermeister, dem Vizebürgermeister Emmerling, den amtsführenden Stadträten Breitner, Richter, Speiser und Professor Tandler, dem Präsidenten Glöckel, den Stadträten Frau Dr. Motzko und Regierungsrat Rummelhardt, den Gemeinderäten Paulitschke und Uebelhör, dem Präsidenten Vetter und dem Schriftsteller Dr. Bach. Nach der Begrüssung der Anwesenden durch den Bürgermeister erstattete Dr. Bach ein Referat über die geplante Veranstaltung. Nach eingehender Erörterung wurde beschlossen, die endgültige Entscheidung über den Termin des Festes (Mai oder September) der nächsten Sitzung, die schon in einigen Tagen stattfinden wird, vorzubehalten. Diese Sitzung wird auch den Umfang des Programmes festlegen. Zur Stellvertretung des Bürgermeisters im Vorsitz wurden amtsführender Stadtrat Breitner und Stadtrat Rummelhardt bestimmt. Als ständiger Referent wird Schriftsteller Dr. Bach fungieren.

Ein Schwindler behebt Sammelgelder. Im siebenten Bezirke hat ein Mann bei verschiedenen Hausbesorgern und Parteien vorgesprochen, um die am vergangenen Sonntag zugunsten der Armen Wiens gesammelten Gelder zu beheben. Da die Gefahr besteht, dass der Betrüger auch in anderen Bezirken sein Unwesen treibt, werden die Wohnparteien und Hausbesorger ersucht, den Mann anhalten zu lassen. Es sind nur die amtlich legitimierten Fürsorgeräte der Stadt Wien berechtigt, die Sammelgelder entgegenzunehmen.

Die Entscheidungen der Mietkommissionen. Das Wohnungsamt der Stadt Wien hat gestern mitgeteilt, dass seit der Wirksamkeit des neuen Wohnungsanforderungsgesetzes die Zahl der Wohnungen, die infolge rechtskräftig gewordener Anforderung zugewiesen werden kann, immer geringer wird. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass dies auf die Spruchpraxis der Mietkommissionen bei den Bezirksgerichten zurückzuführen ist, die den § 19 des Anforderungsgesetzes, der von den persönlichen Rücksichten spricht, in einer Weise auslegen, die in den meisten Fällen keine Rücksicht auf die Wohnungsnot, umso mehr aber Rücksicht auf die Parteien nimmt, die einen gewissen Wohnungsluxus verzeichnen. Zur Erhärtung dieser Behauptung seien aus der Fülle ^{solcher} Erkenntnisse verschiedener Mietkommissionen einige Beispiele angeführt: Ein bekannter Weinhändler besitzt in der Inneren Stadt zwei grosse Wohnungen. Ausserdem hat seine Familie nach eigener Angabe eine ständige Wohnung in einer Vöslauer Villa, wo sie sich einen grossen Teil des Jahres aufhält. Die Mietkommission beim Bezirksgerichte Innere Stadt hat die Anforderung der beiden Wiener Wohnungen unter Zuhilfenahme des § 19 des Anforderungsgesetzes aufgehoben. Eine Dreizimmerwohnung wird durch den Tod des Hauptmieters frei, da aber die Wirtschaftlerin des Hauptmieters alle Teile der Wohnung mitbenützt hat, wird die Anforderung von der Mietkommission beim Bezirksgerichte Margareten aufgehoben, obwohl selbst bei der grössten persönlichen Rücksichtnahme der Wirtschaftlerin nur zwei Wohnräume zugewiesen hätten werden dürfen. Eine Reihe von Wohnungen wurde angefordert, weil sie in Untermiete gegeben waren und von den Wohnungsinhabern nicht bewohnt wurden. Auf die Angabe der Wohnungsinhaber, dass sie nie die Absicht hatten, die Wohnungen aufzugeben, wurden die Anforderungen von den Mietkommissionen aufgehoben. Eine Wohnung, bestehend aus sechs Wohnräumen, wurde teilweise angefordert, da sie ungenügend benützt wurde. Die Mietkommission beim Bezirksgerichte Margareten hat die Anforderung aufgehoben, weil zwei Gassenzimmer infolge ihrer künstlerischen Ausschmückung für normale Wohnzwecke nicht geeignet sind. Diese Entscheidung wurde übrigens vom Oberlandesgericht aufgehoben und ausdrücklich festgestellt, dass sie das Gesetz verletzt. Eine sehr grosse Wohnung wird vom der Hauptmieterin am 31. Dezember 1922 verlassen und von dem Untermieter, der erst am 1. Jänner 1923 einzog, bean-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Donnerstag, den 31. Jänner 1924.

Die Rechtshilfestelle der Gemeinde Wien übersiedelt. Die Rechtshilfestelle der Gemeinde Wien für Bedürftige, die bisher in den Räumen des städtischen Wohlfahrtsamtes untergebracht war, übersiedelt Montag, den 4. Februar in das Neue Amtshaus, I., Rathausstrasse 14-16, Hochparterre. Die Parteistunden werden wie bisher jeden Montag, Mittwoch und Freitag von $\frac{1}{2}$ 5 bis $\frac{1}{2}$ 7 Uhr abends abgehalten. Telefonanruf: „Neues Rathaus“.

Inspektor Siller gestorben. Heute früh starb im Allgemeinen Krankenhaus der Leiter der städtischen Kleingartenstelle Franz Siller. Der Verstorbene trat im Jahre 1915 in den Dienst der Gemeinde Wien und wurde im magistratischen Bezirksamt Brigittenau als Kanzleidiurnist beschäftigt. Als noch im gleichen Jahre infolge der Nahrungsmittelnot die Kriegsgemüsegärten in Wien entstanden, wurde die Organisierung dieser Bewegung dem Beamten Siller übertragen. Mit grossem Verständnis und unermüdlicher Tatkraft hat Siller für diese Kriegsgemüsegärtner gewirkt und auch der aufstrebenden Schrebergartenbewegung sein umfassendes Wissen gewidmet. Als die Gemeinde Wien im Jahre 1919 eine eigene Kleingartenstelle schuf, die lediglich die Aufgabe hatte, die Kleingartenbewegung zu fördern, wurde Siller mit der Leitung dieses Amtes betraut. Er war auch der Initiator der Kleingartenausstellungen, durch die diese Bewegung ausserordentlich an Bedeutung und Werk gewonnen hat. Als am 1. Jänner 1923 der Gemeinderat die Gründung eines eigenen Materialbetriebes für Kleingartenwirtschaft beschloss, entstand die Kleingartenstelle der Stadt Wien Ges. m. b. H., zu deren Direktor der Verstorbene ernannt wurde und die er musterhaft leitete. Noch in der letzten Zeit, als Inspektor Siller schon schwer krank war, hat er noch die grossen Arbeiten zur Schaffung einer Obstbaumschule und die Vorbereitungen für die im vergangenen Jahre veranstaltete grosse Kleingarten-Siedlungsausstellung geleitet. Der Verstorbene war in der grossen Masse der Kleingärtner ungemein beliebt und die Gemeindeverwaltung und die Kleingartenbewegung verlieren an ihm einen tatkräftigen und unermüdlichen Mitarbeiter. Inspektor Siller litt an einem Herzklappenfehler, dem er nun erst im 31. Lebensjahre stehend, erlegen ist.

Die Sterblichkeit in Wien. Im Monat Dezember sind in Wien 2097 Personen gestorben. Die grösste Zahl der Todesfälle, nämlich 477, entfiel auf Krankheiten der Kreislauforgane. Im Vergleich zum Dezember 1922 ist ein Rückgang der Sterblichkeit zu verzeichnen, da in diesem Monat 2358 Todesfälle gezählt wurden. Im November starben in Wien 1841 Personen.

Das Anwachsen der Gletscher. Am Mittwoch, den 6. Februar um 6 Uhr abends findet im Hörsaal 21 des geographischen Institutes, Universität, Eingang vom Arkadenhof ein Lichtbildervortrag über das Anwachsen der Gletscher in den Alpen in den letzten zehn Jahren statt. Vortragender: Universitätsprofessor Dr. Eduard Brückner.

Keine Durchfahrt durch die Lenaugasse. Um die alten Häuser in der Lenaugasse und Schloßgasse zwischen der Tulpen- und Flárianergasse vor Erschütterungen zu bewahren, hat der Magistrat verfügt, dass die Durchfahrt durch diese beiden Gassen für Lastkraftwagen nicht gestattet ist.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Donnerstag, 31. Jänner 1924. Abendausgabe

Neuregelung des Reinigungsgeldes. Nach dem Bundesgesetz über den Dienstvertrag der Hausbesorger wird jedes halbe Jahr nach Anhörung der Interessenvereinigungen das Reinigungs- und Sperrgeld festgesetzt. Heute ist nun die neue Verordnung erschienen, die diese Gebühren regelt. Danach beträgt vom 1. Februar 1924 an das Reinigungsgeld für ein Zimmer monatlich zweitausend Kronen, für zwei Zimmer und ein drittes Zimmer sind um je tausend Kronen mehr zu bezahlen, als für das vorhergehende, so dass für zwei Zimmer fünftausend und für drei Zimmer sechstausend Kronen monatlich zu zahlen sind. Für jedes weitere Zimmer wurde das Reinigungsgeld um je zweitausend Kronen höher angesetzt, als für das vorhergehende. Es beträgt daher für vier Zimmer das Reinigungsgeld monatlich fünfzehntausend und für fünf Zimmer dreißigtausend Kronen. Bis zu drei Nebenräumen beträgt das Reinigungsgeld für jeden Nebenraum tausend Kronen. Für den vierten und fünften Nebenraum sind je eintausendfünfhundert Kronen und für jeden weiteren Nebenraum zweitausend Kronen zu entrichten. Als Nebenräume gelten nur Kabinette, Hausgehilfenzimmer, Garderoben, Vorzimmer, Badezimmer und Küchen. Enthält die Wohnung kein Zimmer, sondern nur Kabinette, so sind diese als Nebenräume zu rechnen.

Bei den anderen Mietobjekten, wie Geschäftslokale, Magazine, Garagen, Werkstätten, Büroräumen u. s. w. wird das Reinigungsgeld nach dem Friedensmietzins gestaffelt. Von den ersten zweitausend Kronen Friedensmietzins ist das Hundertfache, von den nächsten zweitausend Kronen das Neunzigfache und von dem viertausend Kronen übersteigenden Teilbetrag des Friedensmietzins das Achtzigfache als Reinigungsgeld zu zahlen. In allen Fällen wird das Vielfache der einzelnen Staffeln auch für die angefangenen Beträge jeder Staffel gerechnet. Ergibt sich jedoch bei diesen Sätzen, dass für Geschäftslokale oder Büroräume, die sich in Wohnungen befinden, ein geringeres Reinigungsgeld zu zahlen wäre, als wenn man die Sätze für Wohnungen anwendet, dann gelten für diese Räume jene Beträge, die für Wohnungen zu zahlen sind. Wenn eine Wohnung räumlich mit einem anderen Mietobjekt verbunden ist, so hat der Mieter das Reinigungsgeld für die Wohnung nach den Sätzen die für Wohnungen gelten und für die anderen Mietobjekte nach jenen Sätzen, die für Geschäftslokale u. s. w. gelten, zu entrichten.

Für die Reinigung eines von mehreren Hausparteien benutzten Abortes hat jede dieser Parteien monatlich zweitausend Kronen als Reinigungsgeld zu zahlen.

In allen diesen Sätzen ist bereits das Entgelt für die Ausführung der zur Besorgung der Reinigungsarbeiten erforderlichen und Materialien enthalten.

Das Sperrgeld beträgt zwei

Tore

Mitternacht